

# Sahel im Umbruch – Kooperationen der Zukunft



Dokumentation einer Konferenz von  
**Fokus Sahel** vom 10. bis 12. Juni 2024  
in Berlin – inklusive Empfehlungen an  
Politik und Zivilgesellschaft

0

**Impressum**

**Inhalts-  
verzeichnis**

**Herausgegeben von**

Fokus Sahel

**Sprachen**Die Broschüre liegt auf Deutsch  
und Französisch vor**1. Auflage, Oktober 2024**800 Stück (Deutsch),  
200 Stück (Französisch)**Fotos**

Helga Dickow

**V.i.S.d.P**Grit Lenz  
Kordinatorin Fokus Sahel  
Am Sudhaus 2, 12053 Berlin**Tagungsorganisation**

Fokus Sahel

**Druck**

Printzipia (klimaneutral drucken)

**Autor der Dokumentation**

Olaf Bernau ist Soziologe und vertritt das transnationale Netzwerk Afrique Europe Interact im Steuerkreis von Fokus Sahel. Er hält sich regelmäßig im Sahel auf, insbesondere in Mali. 2022 ist im C.H.Beck Verlag sein Buch "Brennpunkt Westafrika. Die Fluchtursachen und was Europa tun sollte" erschienen. Weitere Infos: [www.olafbernaude.de](http://www.olafbernaude.de)

**Titelfoto**

Fokus Sahel-Konferenz, Juni 2024:  
Debatte während der Auftaktvorträge



Fokus Sahel ist ein zivilgesellschaftliches Netzwerk, dessen mitwirkende Organisationen sich im Sahel durch eigene Projekte oder Unterstützung von Partnerorganisationen engagieren. Der interne Austausch, die Vernetzung mit anderen Akteuren und gemeinsame Lobby- und Advocacy-Initiativen zu friedens- und entwicklungspolitischen Themen stehen im Mittelpunkt der Arbeit. Fokus Sahel setzt sich derzeit aus folgenden Mitgliedern zusammen: ADRA, Afrique-Europe-Interact, Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt, Amnesty International, Arnold Bergstraesser Institut, Brot für die Welt, CARE Deutschland Luxemburg, Caritas international, Franziskaner Helfen, Kindermissionswerk Die Sternsinger, Eirene Internationaler Christlicher Friedensdienst, Help - Hilfe zur Selbsthilfe e.V., medico international, Missio München, Misereor, Oxfam Deutschland, Partnerschaftsverein Chemnitz Timbuktu, Peace Resources, Robert Bosch Stiftung, terres des hommes, urgewald, DVV International, Welthungerhilfe. Weitere Informationen finden sich auf der Webseite von Fokus Sahel: [www.fokussahel.de](http://www.fokussahel.de) <

**Finanzielle Förderung der Tagung**

Die Tagung wurde gefördert von: Robert Bosch Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK, Rosa-Luxemburg-Stiftung und auf vielfältige Weise von den mitwirkenden Organisationen von Fokus Sahel (insbesondere Brot für die Welt, Misereor, Help e.V., medico international, Welthungerhilfe, terre des hommes, Oxfam Deutschland, Afrique-Europe-Interact und EIRENE e.V.). **Fokus Sahel möchte sich hierfür ganz herzlich bedanken.** <

# Inhaltsverzeichnis

<b>0 –</b>	Impressum	<b>3</b>
	Inhaltsverzeichnis	<b>4</b>
<b>1 –</b>	<b>Einleitung und Kurzzusammenfassung: Offene Gesprächsatmosphäre trotz kontroverser Debatten</b>	<b>6</b>
<b>2 –</b>	<b>Erster Tag: Auftaktvorträge – vielschichtiges und kontrverses Lagebild der aktuellen Entwicklungen im Sahel</b>	<b>10</b>
<b>2.1 –</b>	Kurzcharakterisierungen der Auftaktvorträge	<b>12</b>
<b>2.2 –</b>	Querschnittsanalyse der Auftaktvorträge	<b>14</b>
<b>2.3 –</b>	Empfehlungen der Auftaktvorträge	<b>22</b>
<b>3 –</b>	<b>Zweiter Tag: Workshops – der Sahel aus multidimensionaler Perspektive</b>	<b>24</b>
<b>3.1 –</b>	Pastorale Lebensformen – wirtschaftliche Potentiale vs. Exklusion und ethnische Diskriminierung	<b>25</b>
<b>3.2 –</b>	Restriktive EU-Migrationspolitik vs. entwicklungspolitische Bedeutung von Migration und Diaspora	<b>27</b>
<b>3.3 –</b>	Ökonomische Entwicklungsperspektiven: Wie erneuerbare Energien, Infrastrukturausbau und Industrialisierung zusammenhängen	<b>30</b>
<b>3.4 –</b>	Die Debatte im Sahel um Multipolarität sowie neue politische und ökonomische Partnerschaften	<b>34</b>
<b>3.5 –</b>	Kleinbäuerliche Landwirtschaft in der Klimakrise, Stärkung von Agrarökologie und (industrieller) Weiterverarbeitung	<b>34</b>
<b>3.6 –</b>	Jugend im Aufbruch – Politische Teilhabe und ökonomische Perspektiven	<b>37</b>

<b>3.7</b>	– Entwicklungszusammenarbeit im Kontext von Dekolonisierung und Multipolarität	<b>42</b>
<b>3.8</b>	– Kurzvortrag zur Wirklichkeit der deutschen Entwicklungspolitik	<b>45</b>
<b>4</b>	– <b>Dritter Tag: Auswertung und Öffentliche Abschlussveranstaltung</b>	<b>46</b>
<b>4.1</b>	– Auswertung	<b>47</b>
<b>4.2</b>	– Öffentliche Abschlussveranstaltung	<b>52</b>
<b>5</b>	– Empfehlungen	<b>54</b>
<b>6</b>	– Kontroversen während und nach der Konferenz	<b>62</b>
<b>7</b>	– <b>Begleitveranstaltungen   Wie weiter mit den Fokus Sahel-Konferenzen?   Referent:innen und Moderator:innen der Konferenz</b>	<b>65</b>
<b>7.1</b>	– Begleitveranstaltungen	<b>66</b>
<b>7.2</b>	– "Wie weiter?"	<b>66</b>
<b>7.3</b>	– Referent:innen und Moderator:innen der Konferenz	<b>67</b>
<b>8</b>	– Programm der Konferenz	<b>73</b>

**1**

**Einleitung und  
Kurzzusammen-  
fassung:  
Offene  
Gesprächs-  
atmosphäre  
trotz  
kontroverser  
Debatten**

Unter der Überschrift «Sahel im Umbruch – Kooperationen der Zukunft» hat das zivilgesellschaftliche Netzwerk Fokus Sahel vom 10. bis 12. Juni 2024 zu einer dreitägigen (Hybrid-)Konferenz nach Berlin eingeladen. Ähnlich wie bei den beiden Vorgänger-Konferenzen stammten die meisten Referent:innen – 27 von 35 – aus den vier Sahelländern Burkina Faso, Mali, Niger und Tschad, ein Vertreter aus Mauretanien musste seine Teilnahme kurzfristig absagen. Während die erste Konferenz 2019 in Frankfurt (Main) ihren Ausgang von der damals noch relativ jungen Gewalteskalation im Sahel nahm, beschäftigte sich die zweite Konferenz 2022 in Berlin mit dem Zusammenspiel von Demokratie und Frieden, also mit der Frage, inwiefern eine echte Beteiligung der Bevölkerung an demokratischen Entscheidungsprozessen zur Erneuerung staatlicher Institutionen und somit auch zur Zurückdrängung terroristischer Gewalt beitragen könnte.

Anders die dritte Konferenz: Sie berücksichtigte zwar die Ergebnisse der beiden bisherigen Konferenzen, rückte jedoch die (zukünftigen) Beziehungen bzw. Kooperationen zwischen entwicklungspolitischen Akteuren im Sahel und in Europa programmatisch ins Zentrum. Anlass waren bzw. sind die fundamentalen Umbrüche in jüngerer Zeit, die nicht nur Militärs in Burkina Faso, Mali und Niger an die Macht gebracht, sondern auch für eine Neuordnung des internationalen Beziehungsgefüges im Sahel gesorgt haben, insbesondere durch das endgültige Scheitern Frankreichs als regionaler Ordnungsmacht. Denn diese Entwicklungen stellen für alle Akteure eine handfeste Herausforderung dar, vor allem, weil sie – wie es in der Konferenzeinladung hieß – «Ausdruck eines starken Strebens nach Emanzipation von westlichem, insbesondere französischem Einfluss und des Ringens um mehr Souveränität und echte (politische und wirtschaftliche) Unabhängigkeit in einer neuen multipolaren Weltordnung» seien. Entsprechend müssten sich westliche Akteure auch die Frage nach ihrer Mitverantwortung für die Vielfachkrise im Sahel stellen, so die Einladung weiter, vornehmlich gelte es, nach Wegen zu suchen, Paternalismus aufzugeben und gleichberechtigte Partnerschaft zu leben.

### Kritik an europäischem Paternalismus

Wie komplex die diesbezüglichen Herausforderungen sind, zeigte sich bereits bei der letzten Konferenz 2022: Damals gab es zwar nur in Mali eine militärisch getragene Übergangsregierung, dennoch ist es nicht gelungen, offen über die zum Teil sehr unterschiedlichen Einschätzungen zu sprechen. Deutlich wurde das vor allem bei der Abendveranstaltung mit Christoph Retzlaff,

dem damaligen Sonderbeauftragten der Bundesregierung für den Sahel: Nachdem dieser mehrfach vor dem Einfluss Russlands im Sahel gewarnt hatte, platzte diversen Teilnehmer:innen aus dem Sahel der Kragen – unter anderem Augustin Cissé, der auch diesmal als Referent mitgewirkt hat. Er forderte Christoph Retzlaff auf, den Malier:innen nicht die Reife abzusprechen, selbst über die Geschicke ihres Landes zu urteilen. Und ähnlich äußerten sich auch mehrere digital zugeschaltete Teilnehmer:innen: Erzürnt hieß es, dass Europa die Menschen im Sahel endlich als denkende Wesen anerkennen müsse, als Staatsbürger:innen, die durchaus in der Lage seien, zwischen Gut und Böse zu unterscheiden. Und ebendiese Debatten waren es, die Fokus Sahel – in Abstimmung mit verschiedenen Partnern im Sahel – dazu gebracht haben, die Frage der Kooperationen zum Gegenstand der Konferenz 2024 zu machen, auch um der «Gefahr einer wachsenden Entfremdung» zwischen entwicklungspolitischen Akteuren im Sahel und in Europa «entgegenzuwirken», wie es in der Einladung hieß.

Es sollte freilich einvernehmlicher werden. Denn trotz des Wissens um die zum Teil sehr unterschiedlichen Wahrnehmungen der Militärputsche im Sahel hat unter den Konferenzteilnehmer:innen kaum jemand die prinzipielle Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit von Zusammenarbeit ernstlich infrage gestellt – unbeeindruckt davon, dass in mehreren Workshops die Entwicklungszusammenarbeit der vergangenen Jahrzehnte einer schonungslosen Grundsatzkritik unterzogen wurde. Selbst Dr. Bernhard Braune – Leiter des Sahel-Referats im Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) – erklärte bei der abschließenden Abendveranstaltung in den Räumen von *Brot für die Welt*, dass sich das BMZ ganz ausdrücklich an der Maxime der «ausgestreckten Hand anstatt des erhobenen Zeigefingers» orientieren würde, ohne hiervon die derzeitigen Übergangsregierungen auszunehmen. Gleichzeitig betonten mehrere jener Referent:innen, die sich für eine freie Partnerwahl aussprachen – so das Schlüsselwort für multipolares Handeln im Sahel –, dass es ein typisch europäisches Missverständnis sei, würde die Kooperation mit Russland, China oder der Türkei als Absage an die westliche Welt verstanden werden. Vielmehr reichten die Kooperationen mit Ländern wie China oder Russland (damals noch in Gestalt der Sowjetunion) bis in die frühen Unabhängigkeitsjahre zurück. Entsprechend signalisiere der heutige Handel mit Russland – etwa im Rüstungsbereich – keineswegs eine spezifische Affinität zum Putinschen Regime. Er sei vielmehr als Ausdruck von «Pragmatismus» und «Überlebensinstinkt» zu verstehen, wie ein Teilnehmer aus Burkina Faso trocken anmerkte.

## Umstrittene politische Bilanzen

---

Ungleich umstrittener war die Frage, wie man die politischen Bilanzen der Übergangsregierungen in Burkina Faso, Mali und Niger einzuordnen habe und was die jeweiligen Einschätzungen für das konkrete «Wie» zukünftiger zivilgesellschaftlicher und staatlicher Kooperationen bedeuten würden. Und diese Unterschiede waren buchstäblich mit Händen zu greifen – sowohl zwischen als auch unter den Teilnehmer:innen aus dem Sahel bzw. Europa: Während die einen Massaker, Menschenrechtsverletzungen und Einschränkungen der politischen Freiheiten verurteilten und dies mit einer grundlegenden Ablehnung der Übergangsregierungen im Sahel verbanden, argumentierten andere in weniger zugespitzter Tonlage. Danach dürften die verschiedenen Missstände und Fehlentwicklungen nicht geleugnet werden, allerdings seien zivile Opfer in aller Regel unvermeidbare Begleiterscheinungen eines gemeinhin – auch für die Sicherheitskräfte – verlustreichen Anti-Terrorkampfes. Und gleiches gelte für die Frage politischer Freiheiten: Deren zeitweise Einschränkung (die kaum jemand bestritt) sei angesichts einer komplexen Kriegs- und Umbruchsituation nicht immer zu vermeiden, sollten aber nicht als Ausdruck autoritärer oder diktatorischer Verhärtungen verstanden werden. Hinzu komme, dass auch positive Entwicklungen festzustellen seien, etwa der verstärkte Kampf gegen Korruption, die Verabschiedung neuer Bergbaugesetze oder ein Zuwachs an Selbstvertrauen und staatsbürgerlicher Verantwortung bei beträchtlichen Teilen der Jugend.

Wenig überraschend ließen sich diese zum Teil sehr kontroversen Positionen im Laufe der Konferenz nicht überwinden. Zur Realität gehörte aber auch, dass viele der Sahel-Teilnehmer:innen ein stark von Grautönen bzw. Ambivalenzen geprägtes Verständnis der aktuellen Lage zum Ausdruck brachten – mit dem Effekt, dass sich während der Konferenz kaum gefestigte Lager herausbildeten, sondern je nach Frage immer wieder neu zusammengewürfelte Konstellationen. Hierzu passte, dass es den Konferenzteilnehmer:innen insgesamt gelungen ist, sich wechselseitig zuzuhören und zu respektieren – ungeachtet schmerzhafter persönlicher Erfahrungen, die während der Debatten immer wieder spürbar geworden sind, ungeachtet handfester Differenzen, auch bei komplexen Fragen wie dem Status pastoralistischer Systeme, und ungeachtet gelegentlicher polemischer Zuspitzungen, etwa als eine «Kartographie der Zivilgesellschaft» eingefordert wurde, mittels derer die mutmaßliche Nähe oder Distanz konkreter NGO zu den jeweiligen Regierungen bzw. Regimen festgestellt werden könne. Die Aufrechterhaltung des sozialen Zusammenhalts – des «cohésion sociale», wie es im Sahel heißt – war angesichts der schwierigen Ausgangslage

ein zweifelsohne wichtiger Erfolg der Konferenz, wie auch viele Teilnehmer:innen bestätigten. In ihm dürfte nicht zuletzt das Bewusstsein dafür zum Tragen gekommen sein, dass Regierungen kämen und gingen, wie einer der malischen Referent:innen meinte, Bevölkerungen bzw. Gesellschaften aber blieben und daher buchstäblich dazu verdammt seien, nach kollektiven Lösungen Ausschau zu halten. Ein Credo, das auch Manzo Diallo aus Agadez beschwor, indem er an die Konferenzteilnehmer:innen appellierte, stets die wechselseitige Abhängigkeit der beiden Regionen – Sahel und Europa – im Blick zu behalten.

## Empfehlungen

---

Die Konferenz hat keine formelle Abschlussdeklaration mit Empfehlungen verabschiedet, aber sowohl in den Auftaktvorträgen als auch in den Workshops wurden konkrete Empfehlungen entwickelt, die sodann am dritten Tag in verschiedenen Zusammensetzungen gemeinsam diskutiert wurden. Entsprechend sind diese Empfehlungen genauso Gegenstand der vorliegenden Dokumentation (→ vgl. 5) wie die verschiedenen Vorträge und Debatten. Denn Fokus Sahel hat die Ausarbeitung konkreter Empfehlungen stets als eine der zentralen Zielsetzungen der Konferenz benannt, unter anderem mit Blick auf seine regelmäßigen Treffen mit Vertreter:innen sowohl des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) als auch des Auswärtigen Amtes. Umso passender war es, dass am 15./16. Juli 2024 die Generalversammlung der *Sahel-Allianz* in Berlin stattfand – dies vor dem Hintergrund, dass die deutsche Entwicklungsministerin Svenja Schulze 2023 bis 2025 die Präsidentschaft der Sahel-Allianz innehat.<sup>1</sup> Denn auf Einladung des BMZ hin hat sich Fokus Sahel an der programmatischen Ausgestaltung eines erstmals im Rahmen der Sahel-Allianz durchgeführten Treffens zivilgesellschaftlicher Vertreter:innen aus dem Sahel beteiligt, samt einer von Fokus Sahel organisierten zivilgesellschaftlichen Nachbereitung der Generalversammlung. Auf jeden Fall bot die Generalversammlung sowie das viertägige zivilgesellschaftliche Rahmenprogramm eine erste wichtige Plattform, um die bei der Fokus Sahel-Konferenz im Juni erarbeiteten Empfehlungen prominent zu platzieren.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Die Sahel-Allianz ist ein 2017 auf Initiative von Deutschland, Frankreich und der EU hin gegründetes Gremium zur Koordination entwicklungspolitischer Maßnahmen in den fünf Sahelländern Burkina Faso, Mali, Mauretanien, Niger und Tschad. Zu den Mitgliedern gehören neben weiteren westlichen Staaten auch multilaterale Akteure wie die Weltbank oder die Afrikanische Entwicklungsbank.

<sup>2</sup> Konkret waren 5 der rund 40 zur Generalversammlung ein-



## Feedback und wie weiter

Wie schon angedeutet, fiel das Feedback der allermeisten Teilnehmer:innen der Fokus Sahel-Konferenz äußerst positiv aus. Gelobt wurde insbesondere die konstruktive Gesprächsatmosphäre sowie die umsichtige Gesamtorganisation. Gleichzeitig wurde mehrfach das Bedenken geäußert, bei einer etwaigen nächsten Konferenz erneut eine Online-Teilnahme zu ermöglichen. Denn so wertvoll es gewesen sei, dass sich – wie bereits 2022 – rund 100 bis 150 Menschen an den Vereinssitzen von vier Fokus Sahel-Partnerorganisationen in Bamako (Mali), N'Djamena (Tschad), Niamey (Niger) und Ouagadougou (Burkina Faso) getroffen und gemeinsam online an der Konferenz teilgenommen hätten, so sehr müsse ernst genommen werden, dass dies auch einschüchternd gewirkt haben könnte – einfach, weil unklar gewesen sei, ob nicht Personen mit Verbindungen zu staatlichen Sicherheitsorganen die Debatten (inkognito) mitverfolgt hätten. Wie stark dieser Einschüchterungseffekt tatsächlich war, lässt sich naturgemäß nicht sagen, zumal sich ja verschiedene Referent:innen sehr wohl offen und kritisch geäußert haben. Doch Fakt ist, dass es mehrere Teilnehmer:innen gab, die eine solche Einschüchterung für sich oder als Befürchtung für Dritte reklamiert haben – natürlich auch vor dem Hintergrund, wie sie die Lage im Sahel persönlich einschätzen. Demgegenüber wurden die zum Teil instabilen Internetverbindungen in den Hauptstädten des Sahel sowie die Schwierigkeiten, Saal- und Online-Publikum bei den Wortmeldungen gleichberechtigt zu berücksichtigen,

geladenen zivilgesellschaftlichen Vertreter:innen bereits an der Fokus Sahel- Konferenz im Juni bzw. an der Vorgänger Konferenz 2022 beteiligt.

nicht als prinzipielles Hindernis für Hybrid-Konferenzen angesehen. Hier gelte es vielmehr, weitere Erfahrungen zu sammeln und mit unterschiedlichen Formaten zu experimentieren – natürlich auch unter Berücksichtigung des enormen finanziellen und organisatorischen Aufwands, den Hybrid-Konferenzen bedeuten.

Schließlich möchte sich Fokus Sahel bei all jenen bedanken, die zum Gelingen der Konferenz beigetragen haben: In erster Linie bei den Referent:innen, und das auch deshalb, weil viele von ihnen zeitaufwendige Visaprozeduren durchlaufen haben – vor allem die Gäste aus Niger, die aufgrund des Umstandes, dass die französische Botschaft in Niamey geschlossen ist und die deutsche Botschaft keine Konsularabteilung hat, zweimal nach Burkina Faso reisen mussten, um in der dortigen deutschen Botschaft ihr Visum beantragen bzw. abholen zu können. Erwähnt seien darüber hinaus die finanziellen Unterstützer (*Robert Bosch Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK, Rosa-Luxemburg-Stiftung* und mehrere Fokus Sahel-Mitglieder), die Übersetzer:innen, die Mitarbeiter:innen der Firma *hwvt.berlin Veranstaltungstechnik*, das Team des Gäste- und Konferenzshauses Am Glockengarten in Berlin-Zehlendorf, die Organisator:innen der kollektiven Online-Übertragung in N'Djamena (*Comité de Suivi de l'Appel à la Paix et à la Réconciliation – CSAPR*), Ouagadougou (*Centre National de Presse Norbert Zongo – CNP-NZ*), Niamey (*Alternatives Espaces Citoyens*) und Bamako (*FONGIM* und *Oxfam-Mali*) und natürlich alle Teilnehmer:innen, die aus der Konferenz überhaupt erst eine Konferenz gemacht haben. ◀

# 2

**Erster Tag:  
Aufaktvorträge –  
vielschichtiges  
und kontroverses  
Lagebild der  
aktuellen  
Entwicklungen  
im Sahel**

## Redner:innen Auftrittsvorträge



**links (von oben):**  
**Brema Ely Dicko (Sahel)**  
**Barry Amninata Touré (Mali)**

**rechts (von oben):**  
**Manzo Diallo (Niger)**  
**Abdel Gossoumian (Tschad)**  
**Serge Sedogo (Burkina Faso)**

Die Konferenz begann mit fünf zeitdiagnostischen Vorträgen, primär aufgeschlüsselt nach Ländern, was zwar von einigen als wenig innovativ kritisiert wurde, was aber eine Antwort auf den Umstand darstellte, dass die politischen Dynamiken in den einzelnen Sahelländern erhebliche Unterschiede aufweisen – und das trotz der zahlreichen, in westlichen Medien üblicherweise stark betonten Gemeinsamkeiten, die wiederum Brema Ely Dicko in seiner Keynote Speech zum Sahel näher beleuchtet hat. Im Rahmen dieser Dokumentation wird die Analyse der Auftaktvorträge in zwei Schritten erfolgen: Zunächst, indem jeder der Vorträge kurz zusammengefasst und charakterisiert wird, sodann, indem die 20- bis 30-minütigen Präsentationen entlang zentraler Schlüsselbegriffe wie «Sicherheitslage», «Politische Freiheiten» oder «Bilanz der militärischen Übergangsregierungen» vergleichend ausgewertet werden. Denn nur so lassen sich aus der Fülle der länderspezifischen Detailinformationen teils gemeinsame, teils getrennte Tendenzen herausdestillieren – auch als Grundlage dafür, das «Wie» zukünftiger Kooperationen genauer bestimmen zu können. Aus Transparenzgründen sei noch angemerkt, dass zwar alle Auftaktreferent:innen frei gesprochen haben, allerdings mehr oder weniger stark angelehnt an die schriftlichen Versionen ihrer Vorträge. Insofern orientiert sich die folgende Darstellung in erster Linie am gesprochenen Wort, auch wenn die schriftlichen Vorträge bzw. Powerpoint-Präsentationen durchgehend berücksichtigt wurden (genauso wie Antworten der Referent:innen auf schriftliche Nachfragen nach der Konferenz), insbesondere um überall dort stillschweigend Ergänzungen vorzunehmen, wo dies das Verständnis des mündlich Gesagten vertieft.

## 2.1 Kurzcharakterisierungen der Auftaktvorträge

**a) Brema (Ely) Dicko (Mali)** hat – seiner Selbstverortung nach – vornehmlich als Wissenschaftler gesprochen.<sup>3</sup> Thema seiner Keynote Speech war der Sahel als Ganzes – mit Fokus auf Burkina Faso, Mali und Niger. Nach ihm hätten die alten Regierungseliten ihr Vertrauen in der Bevölkerung komplett verspielt. Die Putsche seien insofern keine Überraschung gewesen, zumal Putsche im Sahel eine lange Tradition hätten. Umgekehrt gelte, dass Veränderungen Zeit bräuchten und viele Dinge sich noch nicht zum Positiven verändert hätten, was vor allem bei der Jugend die Zustimmung zu den Militärs (leicht) bröckeln ließe. Erschwerend käme hinzu, dass die Transitionsregierungen in allen drei Ländern zahlreiche Fehler begingen – konkret sprach Brema Dicko von «sieben Sünden». Und doch könnten auch zahlreiche Erfolge konstatiert werden, etwa bei der Sicherheitslage (dies vor allem in Mali), bei der Antikorruptionsbekämpfung oder bei der Überwindung kolonial geprägter Mentalitäten. Insgesamt zeigte sich Brema Dicko pragmatisch: Die politischen Realitäten hätten sich unwiderruflich geändert, sie müssten nun gestaltet werden. Europa riet er, auf eine Politik des «leer gelassenen Stuhles» zu verzichten, ansonsten würde dieser Stuhl ausschließlich von nicht westlichen Mächten besetzt werden. Zudem würde eine Reduzierung des Engagements oder gar ein Weggang aus dem Sahel als Verrat empfunden werden, insbesondere was Deutschland betreffe, das einen hervorragenden Ruf genieße.

**b) Barry Aminata Toure (Mali)**, genannt Madame Barry, hat ihren Eröffnungsvortrag zu Mali als Mitglied der Zivilgesellschaft gehalten, wo sie unter anderem als Präsidentin einer Organisation für Kinder- und Frauenrechte fungiert. Zunächst betonte sie die Enttäuschung vieler Menschen über die Dysfunktionalität der Anfang der 1990er Jahre eingeführten Mehrparteiendemokratie. Entsprechend sei die Wahlbeteiligung unter dem 2020 gestürzten Präsidenten Ibrahim Bou-bacar Keita auf 35 Prozent abgesackt. Außerdem beleuchtete sie kritisch die (neokoloniale) Interessenpolitik Frankreichs seit der Unabhängigkeit, und das umfasste auch jene (diplomatische) Eskalationsdynamik, die 2022 zum Kollaps der zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen Mali und Frankreich geführt hat. Passend hierzu zeichnete Madame Barry ein äußerst positives Bild der von ihr befürworteten Transitionsregierung unter Assimi Goita: Die Sicherheitslage habe sich stark verbessert, staatliche Behörden seien nahezu im ge-

<sup>3</sup> Genauere Informationen zu den Referent:innen finden sich in Kapitel 7.3

samten Land wieder vertreten, Mali habe begonnen, das Potenzial einer multipolaren Weltordnung ungleich effektiver für seine eigene Entwicklung zu nutzen als ehemals, etc. Doch diese und weitere Erfolge stießen im Westen auf Ablehnung, so ihre These, vor allem Frankreich habe daher eine medial flankierte Diffamierungskampagne gegenüber den Militärs in Mali lanciert. Gleichwohl sprach sich Madame Barry ausdrücklich für eine Zusammenarbeit unter anderem mit Deutschland aus, wobei dies den Respekt der Souveränität Malis voraussetze (als eines von drei grundlegenden Prinzipien der Übergangsregierung). Der Beitrag von Madame Barry hat heftige Reaktionen im Publikum ausgelöst, unter anderem wurde ihr von mehreren ebenfalls aus dem Sahel stammenden Teilnehmer:innen eine gezielte Verharmlosung von Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen – insbesondere solcher gegenüber pastoralistischen Gemeinschaften. Die damit verknüpfte Debatte dürfte für alle Beteiligten äußerst herausfordernd gewesen sein, hat aber die politischen Spannungen sichtbar gemacht, die das gesellschaftliche Gefüge im Sahel derzeit erschüttern. Und das wiederum war nicht nur für die Konferenz ein wichtiger Impuls (→ vgl. zu dieser Debatte auch den Punkt «Menschenrechtslage» in Kapitel 2.2 sowie die Kapitel 3.1 und 6).

**c) Manzo Diallo (Niger)** ist Journalist sowie Besitzer einer Radiostation und einer Zeitung in Agadez im Norden des Landes. Wie seine Vorredner:innen betonte auch er in seinem Eröffnungsvortrag zu Niger, dass insbesondere die Jugend zutiefst desillusioniert von 30 Jahren Demokratie sei. Doch anders als Madame Barry beurteilte er die bisherige Bilanz der Militärs eher skeptisch. Es gäbe zwar punktuelle Erfolge, etwa bei der Zurückerlangung gestohlener staatlicher Gelder oder hinsichtlich eines gewachsenen Vertrauens der Bevölkerung in die eigenen Widerstandskräfte – unter anderem, weil man die illegitimen Sanktionen nach dem Putsch buchstäblich überlebt habe. Aber die Probleme seien laut Manzo Diallo mindestens genauso gravierend: Die Sicherheitslage habe sich dramatisch verschlechtert, zumal mittlerweile in nahezu allen Grenzgebieten bewaffnete Gruppen operierten – ob dschihadistische Terroristen, Banditen oder Rebellen. Die politischen Freiheiten würden ebenfalls massiv beschnitten und die ökonomische Lage sei noch katastrophaler als vor dem Putsch. Manzo Diallo schloss sich insofern der Forderung von Brema Dicko an, keine Politik des leer gelassenen Stuhles zu verfolgen. Mehr noch: Er forderte Europa mit eindringlichen Worten auf, Niger auf keinen Fall sich selbst zu überlassen. Nötig sei vielmehr, umfassende Unterstützung, nicht zuletzt der Jugend, die das mit Abstand wichtigste Faustpfand für eine bessere Zukunft darstelle. Denn würde Niger unter dem Druck mehrerer bewaffneter Fronten kollabieren, hätte dies auch katastrophale Konsequenzen für Europa.

**d) Serge Sedogo (Burkina Faso)** ist zwar Landesdirektor der Fokus Sahel-Mitgliedsorganisation Help, seinen Eröffnungsvortrag zu Burkina Faso wollte er jedoch in erster Linie als Beitrag eines Soziologen verstanden wissen. Hierzu passte, dass er auf Überlegungen des soziologischen Klassikers Émile Durkheim (1858 – 1917) zurückgriff, um die jüngere Entwicklung zu erklären. Demnach sei es unter dem Druck jahrzehntelanger schlechter Regierungsführung durch Blaise Compaoré zu einem gesamtgesellschaftlichen Zustand von Anomie gekommen, das heißt zu einem Kollaps moralischer, religiöser und staatsbürgerlicher Werte, worin der Wesenskern der aktuellen Gewaltkrise bestünde. Umgekehrt bedeute dies, dass sich die burkinische Gesellschaft wieder selbst finden, mehr noch: mit sich selbst versöhnen müsse. Umso bemerkenswerter war, dass sich Serge Sedogo insgesamt vorsichtig optimistisch äußerte. Denn so dramatisch viele Entwicklungen seien, nicht zuletzt im humanitären und menschenrechtlichen Bereich, Fakt sei auch, dass sich die Sicherheitslage unter der Militärregierung Ibrahim Traorés leicht verbessert habe. Eine Feststellung, die zwar im Widerspruch zur Berichterstattung westlicher Medien stünde, die aber anhand von Zahlen und Fakten durchaus plausibilisiert werden könnte, wie Serge Sedogo betonte.

**e) Abdel Gossoumian (Tschad)** arbeitet in N'Djamena bei einem zivilgesellschaftlichen Netzwerk für Frieden und Versöhnung. Folgerichtig begann er seinen Eröffnungsvortrag zu Tschad mit der pointierten These, dass dieser eine Art Laboratorium für den gesamten Sahel darstelle. Denn das bis heute eng mit Frankreich kooperierende Land zeige einerseits, wie Militärs seit rund 40 Jahren die Macht besetzt hielten, andererseits, wie dies durch Pseudowahlen immer wieder neu legitimiert würde. Und das wiederum war insbesondere auf den Wahlgang am 7. Mai 2024 gemünzt, bei dem die Militärs laut Abdel Gossoumian dafür gesorgt hätten, dass Mahamat Idriss Déby Itno – Sohn des 2021 unter ungeklärten Umständen verstorbene Autokraten Idriss Déby – nach einer dreijährigen Transition als neuer Präsident gewählt worden sei. In diesem Zusammenhang wies Abdel Gossoumian auch darauf hin, dass Tschad 6 Prozent (sic) seines Bruttoinlandsproduktes für den Unterhalt seiner primär gegen die eigene Bevölkerung gerichteten Sicherheitskräfte ausgeben würde – anstatt dringend benötigte Basisdienstleistungen wie Gesundheitsversorgung oder Bildung bereitzustellen. Er schloss seinen Vortrag mit der Empfehlung, dass afrikanische Länder wie der Tschad endlich aufhören müssten, ihre Rohstoffe und Produkte weit unter Wert zu verkaufen. Denn davon würden lediglich internationale Konzerne und die schmalen Eliten der jeweiligen Länder profitieren, nicht jedoch die ganz normalen Menschen. ◀

## 2.2 Querschnitts-analyse der Auftaktvorträge

Bereits die kurze Charakterisierung der Auftaktvorträge dürfte gezeigt haben, dass es vor allem drei Aspekte waren, die für die Präsentation der Referent:innen ausschlaggebend waren: erstens praktisch gelebte Diversität (hinsichtlich thematischer Schwerpunktsetzungen, Formen der Argumentation, atmosphärischer Gestimmtheiten etc.), zweitens Mehrdeutigkeitstoleranz (hinsichtlich des jeweiligen Mischungsverhältnisses positiver und negativer Bewertungen) und drittens Streitbarkeit (hinsichtlich der Offenheit für kontroverse Aushandlungsprozesse). Auf den ersten Blick mag das wie eine Binsenweisheit erscheinen – oder warum sollten Sahel-Referent:innen nicht unterschiedlicher und streitbarer Meinung sein? Die Beobachtung verdeutlicht freilich auch, dass viele der zugespitzten, sowohl im Sahel als auch in Europa zirkulierenden Begrifflichkeiten wie «Friedhofsruhe», «Gehirnwäsche» oder «Faschismus» schlicht ungeeignet sind, um die aktuellen Vorgänge im Sahel präzise zu beschreiben. Denn offenkundig ist die politische Debatte in den Sahelländern keineswegs zum Erliegen gekommen, auch wenn aus unterschiedlichen Gründen mehr oder weniger weitgehende Einschränkungen bei den politischen Freiheiten festzustellen sind (shrinking spaces). Umso wichtiger ist es, in einer Art Querschnittsanalyse zu beleuchten, wie sich die Referent:innen zu zentralen Stichworten geäußert haben, auch mit Blick auf jene Kontroversen, die sich aus den Auftaktvorträgen ergeben haben.

### a) Strukturelle Ursachen der Vielfachkrise

Die Referent:innen waren ausdrücklich gebeten worden, eine Bestandsaufnahme der aktuellen Entwicklungen im Sahel bzw. in ihren jeweiligen Ländern vorzunehmen. Entsprechend stand die Ursachenanalyse nicht im Zentrum ihrer Beiträge, und doch haben alle Referent:innen auf die eine oder andere Weise Stellung zu der Frage bezogen, wie es überhaupt zu der Vielfachkrise im Sahel gekommen ist:

- Schlechte Regierungsführung wurde von allen Referent:innen angeführt, meist interpretiert als Scheitern des Anfang der 1990er Jahre formulierten «demokratischen Versprechens» – dies auch mit Blick auf das Themenfeld sozialer Gerechtigkeit. Aus Perspektive von Fokus Sahel erschien das nicht zuletzt deshalb folgerichtig, weil ja die Konferenz 2022 just dieser Frage ge-

widmet war – damals unter dem Titel «Schafft Demokratie Frieden? Zivilgesellschaftliche Perspektiven auf Demokratie und Partizipation im Sahel».<sup>4</sup> Ungeachtet dessen betonten alle Referent:innen den großen Wert demokratischer Verhältnisse, wobei im weiteren Konferenzverlauf immer wieder die Frage aufgeworfen und kontrovers diskutiert wurde, inwiefern für den Sahel nicht andere Demokratiemodelle angemessener seien als die im Westen praktizierte repräsentative Demokratie, die bereits bei 50,1 Prozent von einem Wahlsieg spreche, die also Konsens nicht als institutionelles Element ihrer verfassungsmäßigen Ordnungen kenne, geschweige denn Legitimitäten, die sich anderen Prozeduren als Wahlen verdankten (→ vgl. hierzu auch einige der am dritten Tag diskutierten Fragestellungen in Kapitel 4.1 sowie die Debatten bei der Fokus Sahel-Konferenz 2022).

- Die Krise des Pastoralismus wurde insbesondere von Brema Dicko als eine der zentralen Ursachen der Sicherheitskrise im Sahel benannt. Danach sei es kein Zufall, dass Liptako Gourma als Epizentrum der Gewalteskalation maßgeblich von Pastoralismus geprägt sei. Konkret verwies er auf fehlende Weidebrunnen, verschlammte Tümpel, blockierte Transhumanz-Routen, partiische Justiz und Viehdiebstahl – alles Aspekte, die auch im Workshop «Pastorale Lebensformen – wirtschaftliche Potentiale vs. Exklusion und ethnische Diskriminierung» eine wichtige Rolle gespielt haben (→ vgl. Kapitel 3.1).
- Schlechte Krisenbewältigung wurde ebenfalls von den meisten Referent:innen erwähnt: Während Madame Barry und Brema Dicko die kontraproduktiven Effekte internationaler Militärmissionen in den Blick nahmen (allerdings mit der Nuance, dass Brema Dicko auch positive Effekte des internationalen Engagements benannte), hob Manzo Diallo vor allem die fatalen ökonomischen und sozialen Effekte der von der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS gegen Niger verhängten Sanktionen hervor, und das umso mehr, als sie politisch zu einer Stärkung der Militärs geführt hätten.
- Apropos Militär: Was Tschad betrifft, erklärte Abdel Gossoumian, dass die jahrzehntelange Herrschaft der Militärs ganz wesentlich für die Dauerkrise des Landes verantwortlich sei und dass dies zukünftig auch für die Sahelländer

4 Vgl. hierzu die schriftliche Dokumentation der Konferenz 2022 (deutsche und französische Version): <https://t1p.de/jtmps>

gelten könnte, sollten sich die Militärs dort langfristig festsetzen. Eine These, die von einem aus Burundi stammenden Teilnehmer mit Verweis auf die jahrzehntelange Militärherrschaft in Burundi ebenfalls bekräftigt wurde.

- Die ausführlichste Krisenerklärung lieferte Serge Sedogo mit seinen schon kurz skizzierten Überlegungen zur Anomie: Anfangs habe schlechte Regierungsführung einen Vertrauensverlust zwischen Bevölkerung und Staat gestiftet und sodann zu einer flächendeckenden Erosion moralischer, religiöser und staatsbürgerlicher Werte geführt. Und das wiederum habe die soziale Ordnung zusammenbrechen lassen, vor allem deshalb, weil die Menschen keine sozialen Leitplanken mehr bei der Verfolgung ihrer persönlichen Interessen gehabt hätten. Interessant war unterdessen, dass laut Serge Sedogo die vom Westen stets geforderten Wahlen nicht geeignet seien, diesen anomischen Zustand aufzuheben. Erforderlich sei vielmehr eine grundlegende Erneuerung nicht nur staatlicher (samt juristischer) Institutionen, sondern auch der alltäglichen sozialen Beziehungen – ganz gleich, ob es um antisoziales Verhalten im Straßenverkehr oder fahrlässige Vergiftung der Bevölkerung durch gefälschte medizinische oder andere Produkte ginge.
- Erwähnenswert war schließlich, dass die jahrzehnte- bzw. jahrhundertelangen Dominanz- und Ausbeutungsbeziehungen zwischen Sahel und westlicher Welt lediglich im Vortrag von Madame Barry ausführlicher zur Sprache kamen. Kurze Randbemerkungen der übrigen Referent:innen lassen freilich vermuten, dass auch sie die (historische) Rolle des Westens äußerst kritisch betrachten – etwa wenn Manzo Diallo davon sprach, dass Europa nicht aus «selbstlosen» Gründen nach Afrika gekommen sei. Doch dieser kritische Blick scheint derart stark im kollektiven Bewusstsein verankert zu sein, dass es vielen Referent:innen (und Teilnehmer:innen) nicht zwingend erschien, immer wieder eigens darauf hinzuweisen, zumal es in den vergangenen Jahren bei den Auseinandersetzungen mit Frankreich sehr häufig um genau diese Fragestellungen gegangen ist.

## b) Humanitäre Lage

---

Die katastrophale humanitäre Lage hat in vier der fünf Eröffnungsvorträge eine äußerst prominente Rolle gespielt. Besonders Manzo Diallo schlug Alarm und er-

innerte mit eindringlichen Worten an die derzeitige Situation in Niger – insbesondere, um die Routine zu durchbrechen, mit der Akteure in Europa zwar regelmäßig die humanitäre Krise beklagen, ohne jedoch die erforderlichen Unterstützungsmaßnahmen zu ergreifen. Letzteres spielte auch bei Serge Sedogo eine wichtige Rolle. Nach ihm handele es sich im Sahel um eine «vergessene» Tragödie. So seien in Burkina Faso 2023 gerade einmal 39 Prozent (2022: 43 Prozent) der eigentlich erforderlichen Gelder zur Unterstützung der Bevölkerung verfügbar gewesen. Konkret wurden von den Referent:innen unter anderem folgende Fakten und Zahlen angeführt:

- Brema Dicko konzentrierte sich vor allem auf Flucht und Vertreibung, von der Frauen und Kinder am stärksten betroffen seien: In Burkina Faso, Niger, Mali und Tschad habe es im Mai 2024 offiziell 3.044.096 Binnenvertriebene gegeben, davon etwas über 2 Mio. in Burkina Faso. Hinzu kämen 1,3 Mio. Geflüchtete, die aus Nachbarländern in eines der vier Länder gekommen seien, die meisten in den Tschad. Jenseits davon verwies Brema Dicko auf die schwierige Situation im Bildungswesen, wonach in der Region derzeit rund 11.100 Schulen konfliktbedingt geschlossen seien.
- Auch Serge Sedogo präsentierte für Burkina Faso dramatische Zahlen: 10 Prozent Binnenvertriebene, 413 geschlossene Gesundheitseinrichtungen (wovon 3,8 Mio. Menschen negativ betroffen seien), 5.330 geschlossene Grund- und Sekundarschulen (sodass 820.865 Schüler:innen keine Schule besuchen könnten) und 3,5 Mio. auf Nahrungsmittelhilfe angewiesene Menschen.
- Hinsichtlich Niger betonte Manzo Diallo, dass sich die ohnehin schwierige ökonomische Lage im Zuge des Putsches und der Sanktionen erneut verschlechtert habe. Stellvertretend erwähnte er Preissteigerungen von 12 Prozent bei Hirse, Sorghum und Mais sowie 35 Prozent bei Reis – beides zwischen 2023 und 2024.

## c) Sicherheitslage

---

Die Sicherheitslage – verstanden als Kräfteverhältnis zwischen bewaffneten Gruppen und regulären Sicherheitskräften (inklusive loyalen Milizen und/oder internationalen Unterstützungseinheiten) – dürfte eine der strittigsten Thematiken in der internationalen Debatte zum Sahel sein (die Menschenrechtslage wird im nächsten Abschnitt beleuchtet): Während große

Teile der westlichen Öffentlichkeit von einer generellen Verschlechterung der Sicherheitslage im Zuge der Putsche ausgehen, stellt sich dies aus Sicht zahlreicher – aber nicht aller (sic) – Akteure im Sahel vielschichtiger und ambivalenter dar, vor allem aber als eine Fragestellung, die nur länderspezifisch beantwortet werden kann. Dies hat sich auch bei den Eröffnungsvorträgen gezeigt, die zum Teil sehr unterschiedliche Akzente gesetzt haben und außerdem zu sehr unterschiedlichen Schlussfolgerungen gekommen sind – so sehr bei Serge Sedogo und Brema Dicko vorsichtig (sic) optimistische, bei Madame Barry sogar positive Perspektiven das Bild geprägt haben:

- Brema Dicko sah zwar bei den internationalen Militärmissionen einige Erfolge (insbesondere bei der UN-Friedensmission Minusma und den Ausbildungsmissionen EUTM und EUCAP), betonte aber, dass es über 20.000 internationale Soldat:innen über 10 Jahre hinweg nicht geschafft hätten, die Ausbreitung terroristischer Gruppen zu verhindern. Das sei der Grund, weshalb Mali die Reißleine gezogen und ein anderes Herangehen gewählt habe (in diesem Abschnitt seines Vortrags sprach Brema Dicko primär über Mali, nicht über den Sahel als Ganzes): Nun stünde nicht mehr das Algerienabkommen mit separatistischen (Tuareg-)Rebellen im Zentrum, denn dieses stamme aus der Frühphase des Konfliktes (ca. 2012 bis 2015) und habe etliche Konfliktherde überhaupt nicht abgedeckt – in erster Linie die Entstehung dschihadistisch-terroristischer Gruppen im Norden und Zentrum des Landes (seit ca. 2014/2015), aber auch andere Herausforderungen, etwa den Fortbestand sklavenartiger Abhängigkeitsbeziehungen in bestimmten Regionen Malis. Diesen neuen, durch den «dialogue inter-maliens»<sup>5</sup> in die Wege geleiteten Ansatz bezeichnete Brema Dicko als «unseren» – den malischen – Ansatz, im Unterschied zu «eurem» – den westlichen – Ansatz, der sich in erster Linie auf das Algerienabkommen gestützt habe. Und in diesem Zusammenhang betonte er auch, dass es mittlerweile erste Erfolge zu vermelden gebe: (1) Die Stärkung der malischen Armee im Zuge neuer Partnerschaften (unter anderem durch Waffenlieferungen aus Russland und der Türkei), (2) die Gründung der konföderativen *Allianz der Sahelstaaten* (AES), die unter anderem eine militärische Zusammenarbeit vorsehe, (3) erste

Dialog-Prozesse mit jenen bewaffneten Gruppen, die sich primär aus malischen Mitgliedern zusammensetzen würden (etwa mit der al-Qaida-nahen Katiba Mecina) und (4) die Eroberung Kidals im November 2023, die ein wichtiger Schritt nach vorn gewesen sei, auch wenn sie noch nicht den Frieden gebracht habe.

- Serge Sedogo eröffnete seine Ausführungen zur Sicherheitslage in Burkina Faso mit einer schonungslosen Bestandsaufnahme: 2023 habe es zwar weniger Angriffe durch bewaffnete Gruppen, aber 65 Prozent mehr tote Zivilist:innen gegeben, zudem seien Ende 2023 rund 2 Mio. Menschen in 36 Orten von Blockaden durch terroristische Gruppen betroffen gewesen, und auch habe es immer wieder Übergriffe gegeben, die staatlichen Sicherheitskräften und loyalen Milizen zugeschrieben worden seien. Gleichwohl bestand Serge Sedogo darauf, dass es insgesamt gelungen sei, zahlreiche Gebiete zurückzuerobern. Denn die Sicherheitskräfte seien dank besserer Ausstattung in die Offensive übergegangen, sodass mittlerweile wieder 65 Prozent des Territoriums unter völliger und 20 Prozent unter teilweise Kontrolle des Staates stünden – mit der Konsequenz, dass 400.000 Menschen in ihre Dörfer hätten zurückkehren können (während die Terrorgruppen immer stärker in die Defensive geraten seien und daher Zivilist:innen wahlloser angreifen würden, auch mit Sprengfallen). Häufig werden derartige Einschätzungen als «regimenahe Propaganda» bezeichnet. Und auch bei der Konferenz wurden derartige Töne laut – etwa, wenn es hieß, dass die Menschen aus nackter Not anlässlich der Anbausaison in ihre Dörfer zurückgekehrt seien, nicht aber wegen einer angeblich verbesserten Sicherheitslage. Umso wichtiger sei es, so Serge Sedogo, sich immer wieder mit den Entwicklungen detailliert auseinanderzusetzen.
- Wie schon erwähnt, ist Madame Barry an diesem Punkt einen Schritt weiter als Brema Dicko und Serge Sedogo gegangen. Denn dank (1) des Bruchs mit Frankreich und der UN-Friedensmission Minusma, (2) der Annullierung des Algerien-Friedensabkommens und (3) des militärischen Kapazitätsaufbaus durch Waffenlieferungen aus Russland hätte Mali, so Madame Barry, eine eigene Antiterrorstrategie entwerfen können – bestehend insbesondere aus militärischen Vorgehensweisen, grenzüberschreitender Kooperation mit Niger und Burkina Faso, Stärkung traditioneller Konfliktklärungsmechanismen und nationalen Dialoginitiativen. Und all

<sup>5</sup> Der Dialogue Inter-maliens pour la Paix et la Réconciliation nationale hat vom 2. bis 10. Mai 2024 auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene sowie in 48 Botschaften und Konsulaten stattgefunden, um Empfehlungen zur Beilegung der Vielfachkrise in Mali zu erarbeiten.



das mit dem Effekt, dass die Verhältnisse noch nicht perfekt seien, wie sie ausdrücklich betonte, dass aber terroristische Gruppen weitgehend unter Kontrolle gebracht worden seien und die Bevölkerung sich wieder halbwegs frei entfalten könne.

- Demgegenüber schlug Manzo Diallo eine spürbar andere Tonlage an. Vor dem Putsch im Juli 2023 sei die Anti-Terrorbekämpfung in Niger auf einem guten Weg gewesen: 2023 habe es 53 Prozent weniger Tote als 2022 gegeben, die Militärausgaben hätten sich unter dem gestürzten Präsidenten Mohamed Bazoum um 64 Prozent erhöht, es seien erfolgreiche Entwaffnungs- und Deradikalisierungsprogramme auf den Weg gebracht worden und vor allem im Südosten habe die Gewalt durch Boko Haram erheblich abgenommen. Nun aber sei eine Erhöhung der Todeszahlen von 2023 auf 2024 um 60 Prozent zu befürchten – ausgehend von den Zahlen in den ersten Monaten des Jahres, die Intensität terroristischer Anschläge sei auf das Niveau von 2021 geklettert, die Straßen nach Niamey würden zunehmend von militanten Dschihadisten kontrolliert und die Entwaffnungs- und Deradikalisierungsprogramme seien gänzlich zum Erliegen gekommen. Solche und ähnliche Beobachtungen seien es also, so Manzo Diallo, die seine oben schon zitierte Sorge begründen würden, Niger könnte demnächst kollabieren und die gesamte Region mit in den Abgrund reißen.

#### d) Menschenrechtslage

Zu Recht gelten Sicherheits- und Menschenrechtslage als die beiden Seiten derselben Medaille. Denn nur wenn sich sämtliche Teile der Bevölkerung sicher fühlen können – ohne etwa durch Antiterrormaßnahmen zu Schaden zu kommen –, kann die Sicherheitslage als wirklich zufriedenstellend betrachtet werden. Just dies sei aber im Sahel nicht gewährleistet, wie mindestens zwei Referent:innen mit Blick auf die pastoralistischen Bevölkerungsgruppen – insbesondere die der Peulh – in Erinnerung riefen.<sup>6</sup> Denn es gebe zahlreiche Berichte, wonach unter anderem in Burkina Faso Angehörige der Peulh überproportional häufig als Terroristen oder Unterstützer terroristischer Aktivitäten wahrgenommen und entsprechend vorschnell festgenommen, miss-

6 Eigentlich ist «Peulh» die französische Version des deutschen Wortes «Fulbe» (englisch: «Fulani»). Da im Rahmen der Konferenz jedoch primär von Peulh die Rede war, auch in deutschsprachigen Wortbeiträgen, findet in dieser Dokumentation die Bezeichnung «Peulh» Verwendung.

handelt oder gar getötet würden – sei es von lokalen (staatlich geförderten oder geduldeten) Selbstverteidigungseinheiten oder staatlichen Sicherheitskräften. Hintergrund dieser Diskriminierung sei der Umstand, dass junge Peulh-Viehhirten in vielen der dschihadistischen Terrorgruppen die Mehrheit bilden würden. Die beiden Referent:innen bezweifelten allerdings, dass es so etwas wie eine staatlich geduldete, gewollte oder gar angeordnete Verfolgung bestimmter ethnischer Gemeinschaften gäbe. Es würde sich eher um interkommunitäre Konflikte handeln (wie 2019 in Ogasagou/Mali, als mindestens 160 Peulh von der Dogon-Miliz Dan Na Ambassagou getötet wurden) oder um unbeabsichtigte Opfer im Zuge des staatlichen Antiterrorkampfes, was wiederum mit dessen asymmetrischem Charakter (zivil gekleidete Aufständische, Anschläge etc.) oder mit Überforderung, schlechter Ausbildung, fehlender Ausrüstung oder persönlichen Rachebedürfnissen einzelner Soldaten zu tun habe.

Wie schon erwähnt, nahmen mehrere Teilnehmer:innen – darunter Binta Sidibe-Gascon, eine der Sprecherinnen des Menschenrechtsnetzwerks *Coalition citoyenne pour le Sahel* – diese und weitere Fragestellungen zum Anlass, insbesondere Madame Barry im Anschluss an ihren Vortrag scharf zu kritisieren (→ vgl. 2.1). Denn diese habe in ihrem Vortrag nicht nur jede Diskriminierung von Peulh bestritten, sondern auch die These formuliert, dass real erfolgte Massaker und Übergriffe von der internationalen Öffentlichkeit übertrieben dargestellt würden, einzig um dem malischen Staat zu schaden. Binta Sidibe-Gascaon bezeichnete diese Haltung als skandalös, stellvertretend bezog sie sich auf Moura im Zentrum Malis, wo staatliche Sicherheitskräfte und Wagner-Söldner im März 2022 laut eines UN-Berichts mindestens 238 Menschen – womöglich mehr – summarisch hingerichtet hätten.<sup>7</sup> Binta Sidibe-Gascon, die erst im Mai 2024 – wie sie während ihres Beitrags berichtete – zwei Familienangehörige in Burkina Faso gewaltsam verloren habe, formulierte abschließend die These, dass es in Burkina Faso und Mali einen gegen Peulh gerichteten «Genozid» gäbe. Für ihren Beitrag erhielt sie von verschiedenen Teilnehmer:innen Unterstützung, auch von solchen, die sich die Genozid-These nicht zu eigen machten. Andere wiederum wiesen die Vorwürfe zurück, unter anderem mit dem Argument, dass eine ausführliche Untersuchung erst möglich sei, wenn die Region tatsächlich befriedet sei (→ vgl. hierzu auch die Kapitel 3.1 und 6).

Die Menschenrechtslage spielte darüber hinaus im Beitrag von Abdel Gossoumian eine zentrale Rolle: Er berichtete unter anderem davon, dass nach den manipulierten Wahlen am 7. Mai 2024 bei verbotenen Pro-

7 Vgl. <https://www.ohchr.org/sites/default/files/documents/countries/mali/20230512-Moura-Report.pdf>

testen über 100 Menschen von Sicherheitskräften getötet worden seien. Hinzu kämen willkürliche Verhaftungen, Deportationen in die Wüste, Morde und erschwerte Ausreisebedingungen. Denn die Behörden wollten unterbinden, dass über die gestohlenen Wahlen im Ausland berichtet würde.

### e) Politische Freiheiten

Ebenfalls kontrovers wurde die Frage der politischen Freiheitsrechte diskutiert, insbesondere das der Rede-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit. Doch nicht das «ob» war umstritten, denn alle Referent:innen bestätigten, dass es eine Einschränkung politischer Freiheitsrechte gäbe. Umstritten war vielmehr, ob dies legitim oder gar notwendig sei – oder eben nicht. Während die einen die Einschränkungen als Ausdruck eines um sich greifenden Autoritarismus bewerteten (inklusive des Effektes von Selbstzensur bei Journalist:innen und Angehörigen der Zivilgesellschaft), verwiesen andere auf den Umstand, dass sich in den vergangenen 20 bis 30 Jahren eine extrem schrille und einseitige Tonlage im öffentlichen Diskurs herausgebildet habe, sodass Lügen, Hetze, Propaganda und Beleidigungen an der Tagesordnung seien. So berichtete Serge Sedogo, dass Vertreter:innen westlich orientierter NGOs und Medien nur selten über Fortschritte im Sicherheitsbereich sprechen würden, Niederlagen oder Fehler jedoch regelrecht ausschachteten. Und das mit dem Effekt, dass die Moral der Sicherheitskräfte (die im Anti-Terrorkampf täglich ihr Leben riskierten) empfindlich untergraben würde. Serge Sedogo berichtete zudem von einer im Fernsehen ausgestrahlten Pressekonferenz, bei der der damalige Präsident derart unflätig beschimpft worden sei, dass sein zehnjähriger Sohn ungläubig nachgefragt habe, ob es wirklich um den Präsidenten ginge (übrigens eine Dynamik, die in westlichen Ländern mit Blick auf rechtspopulistische Bewegungen häufig als demokratiefeindliche Bewirtschaftung von Angst, Wut und Ressentiment kritisiert wird). Unterdessen spitzte Madame Barry den von Serge Sedogo in die Debatte eingeführten Gedanken des «Patriotismus» zu: Sie sprach von der Notwendigkeit, dass Journalist:innen als «patriotische Soldaten» zu handeln hätten (notfalls auch erzwungen durch staatliche Maßnahmen), was wiederum ein Journalist aus Burkina Faso mit dem Argument konterte, dass es im Journalismus nicht auf patriotische, sondern professionelle Gesinnung ankäme.

### f) Politische, ökonomische und soziale Bilanz der Transitionsregierungen

Wenn es um eine Bewertung der Transitionsregierungen im Sahel geht, stehen meist die Sicherheitslage, die Menschenrechte und das Niveau politischer Freiheiten im Zentrum, während umgekehrt ökonomische, politische und soziale Fragestellungen seltener beleuchtet werden. Fokus Sahel hatte daher die Referent:innen ausdrücklich gebeten, auch hierauf näher einzugehen. Und das wiederum hat zu dem eingangs schon erwähnten Eindruck beigetragen, dass viele Referent:innen (und Teilnehmer:innen) aus dem Sahel gemischte Bilanzen präsentieren würden und sich daher nicht so einfach in die in Europa gängige Lagerbildung «Befürworter:innen» versus «Kritiker:innen» der militärischen (Übergangs-)Regierungen einordnen ließen. Gleichwohl konnten viele Punkte nur gestreift werden, was freilich durch die anschließenden Workshops zumindest teilweise aufgefangen wurde, v.a. was die ökonomischen und sozialen Aspekte betrifft (→ vgl. Kapitel 3):

- Brema Dicko hat in seinem Beitrag von einer «ambivalenten/komplexen Bilanz» gesprochen, die es zu ziehen gelte – auch mit Blick auf die ökonomischen, politischen und sozialen Dimensionen: Positiv sei in seinen Augen (1) die Einleitung effektiverer Anti-Korruptionspolitiken (inklusive der Schaffung eines in der neuen malschen Verfassung verankerten Rechnungshofes), (2) die Verabschiedung neuer Bergbaugesetze, die eine stärkere Beteiligung an den Gewinnen internationaler Bergbauunternehmen garantierten, (3) die Diversifizierung des Partnerspektrums, die den Sahelländern international eine effektivere Win-win-Politik erlaube, (4) die Schaffung der Allianz der Sahelstaaten (französisch *Alliance des États du Sahel: AES*), die auf die Umsetzung der erstmalig in den frühen 1970er Jahren formulierten Vision einer konföderativen Integration von Burkina Faso, Mali und Niger ziele (inklusive Offenheit für neue Mitglieder), (5) die Fokussierung auf endogene Entwicklungsperspektiven und (6) die Stärkung der Jugend – inklusive dekolonialer Bewusstseinsbildung (konkret sprach Brema Dicko von einer Überwindung kolonialer Komplexe). Negativ hingegen würden laut Brema Dicko Folgendes zu Buche schlagen: (1) die massive Energiekrise (wobei er auch einige der inzwischen getroffenen Gegenmaßnahmen erwähnte – unter anderem den Bau dreier großer Solarparks vor den Toren von Bamako) sowie (2) die «sieben Sünden» der Transitionsregierungen. Neben der Einschränkung politischer

Freiheiten verstand Brema Dicko unter «Sünden» verschiedene Formen des Klientelismus (inklusive des Aufstiegs von Opportunist:innen und Geschäftemachern), die Instrumentalisierung der Jugend (zur Unterstützung der Transition) und eng damit verknüpft die Förderung einer gewissen Tendenz zum Ja-Sagertum. Konkret sprach er von «Papageien», die unentwegt offizielle Verlautbarungen nachplappern würden sowie «Perlhühnern», die ständig gackerten, aber nichts zu sagen hätten. Nicht problematisch seien in seinen Augen indes die verschobenen Wahlen – ungeachtet dessen, dass solche vom Westen und der ECOWAS vehement eingefordert würden. Denn hier müsse man realistisch sein und solange abwarten, bis dies tatsächlich wieder möglich sei, auch wenn sich das noch mehrere Jahre hinziehen könne.

- Demgegenüber hat Madame Barry eine ausschließlich positive Lesart der ökonomischen, politischen und sozialen Bilanz der Transition vorgelegt – auch unter Rückgriff auf Überlegungen, die sich der in den vergangenen 20 Jahren etwas verschütt gegangenen Globalisierungskritik der 2000er Jahre verdanken: (1) die Zurückweisung der paternalistischen Interessenpolitik Frankreichs zugunsten diversifizierter Win-win-Partnerschaften («gagnant-gagnant»), die die Bedrohung der malischen Gesellschaft durch die ultraliberale Globalisierung reduzieren würden, (2) die Gründung der Allianz der Sahelstaaten (AES) und somit eine bessere Abstimmung grenzüberschreitender Entwicklungsstrategien (regionale Infrastrukturentwicklung, regionaler Handel, gemeinsame Ressourcenverwaltung, gemeinsamer Kampf gegen die Klimakrise etc.) (3) die Verabschiedung des neuen Bergbaugesetzes mit jährlich, so ihre Schätzung, bis zu 803 Mio. US-Dollar Zusatzeinnahmen, (4) die Diversifizierung des Energiemixes, unter anderem durch den Bau neuer Solarkraftwerke, (5) die verstärkten Anstrengungen zur Nutzung des enormen Erdöl-, Erdgas- und Wasserstoffpotentials Malis, (6) die Abhaltung der «Assises Nationales» (Nationale Versammlungen) im Dezember 2021 sowie des «Dialogue Inter-malien pour la Paix et la Réconciliation nationale» (innermalischer Dialog für Frieden und nationale Versöhnung) im April 2024, die eine starke Partizipation der Bevölkerung bei den Debatten zur Neugründung des Staates auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene ermöglicht hätten (→ vgl. Fußnote 5), (7) die Verabschiedung der neuen Verfassung, die unter anderem eine stärkere Beteiligung lokaler und regionaler Akteure vorsehe, (8) die
- Wiederherstellung des sozialen Zusammenhalts durch Stärkung alter gemeinsamer Werte wie Solidarität, Gastfreundschaft etc. und (9) der immer effektiver werdende Kampf gegen Korruption.
- Manzo Diallo wirkte sodann wie eine Art Kontrapunkt zu Madame Barry. Denn bei ihm überwogen die skeptischen Töne, ähnlich wie in seinen Ausführungen zur «Sicherheitslage» – etwa als er vom rasanten Anstieg der Auslandsschulden seit dem Putsch sprach, oder vom Rückgang des ökonomischen Wachstums um 45 Prozent, gemessen an den von der Weltbank eigentlich prognostizierten Entwicklungen. Gleichwohl erwähnte auch Manzo Diallo einige positive Aspekte: (1) Den Kampf gegen Korruption, der in den ersten 9 Monaten des Putsches zur Konfiszierung von 91 Mio. Euro veruntreuter Gelder geführt habe (eine Summe, die in Deutschland, wenn man die jeweiligen Staatshaushalte ins Verhältnis setzt, 14,4 Mrd. Euro entsprechen würde), (2) die Entschiedenheit, mit der die Militärs gleichberechtigte Verhandlungen über Rohstoffe und andere Produkte mit der übrigen Welt anstreben würden (Stichwort: «gagnant-gagnant»), (3) den Umstand, dass sich die neuen Machthaber im gesamten Sahel von jungen, an einigen der weltweit besten Universitäten ausgebildeten Expert:innen beraten ließen – eine Entwicklung, die von den westlichen Ländern bislang fahrlässig unterschätzt würde, und (4) die Stärkung des Resilienz- und Zusammengehörigkeitsgefühls, weil man gemeinsam die als ungerecht empfundenen Sanktionen durchgestanden habe.
  - Vergleichbar mit Brema Dicko wählte auch Serge Sedogo in seiner ökonomisch-politischen Bilanz einen Mittelweg. Positiv sei (1) der antikoloniale Diskurs, der mit der Verstaatlichung von Fabriken sowie Beschlüssen zum Aufbau einer Verarbeitungsindustrie von agrarischen und mineralischen Rohstoffen korrespondiere, (2) andauernde Investitionen in Straßen, Staudämme, Bildung, Gesundheit und Trinkwasserversorgung – trotz des Umstandes, dass knapp 30 Prozent des staatlichen Budgets in den Sicherheitssektor fließen würden (3) die Anstrengungen der Armee, belagerte Ortschaften mit Gütern des täglichen Bedarfs zu beliefern, was angesichts der extrem schwierigen Sicherheitslage eine logistische Meisterleistung an sich darstelle (zwischen Januar und Mai 2024 seien 250 Konvois mit 2.700 LKWs organisiert worden), (4) die Erweiterung des Partnerspektrums (Russland, Türkei etc.), die die bereits ge-

# Saal-Impressionen (alle drei Tage)





schilderten Fortschritte bei der Sicherheitslage ermöglicht hätten, und (5) die Entschiedenheit, mit der die jungen Militärs auf einen umfassenden Politikwechsel drängen würden, auch wenn Serge Sedogo auf die Gefahr verwies, dass sie sich verrennen könnten. Umgekehrt betrachtete Serge Sedogo nicht nur die Entwicklungen im Bereich Menschenrechte und politische Freiheit mit einer gewissen Sorge (siehe oben), sondern auch den Umstand, dass die Transitionsdauer aufgrund der prekären Sicherheitslage bis 2029 verlängert worden sei. Und doch sah er – ähnlich wie Brema Dicko und Madama Barry – keinen wirklichen Bedarf zur Eile bei den Wahlen, so elementar diese seien. Vielmehr warf er die Frage auf – auch im Rahmen seines Anomie-Konzeptes – ob die Leute überhaupt in der Lage wären, reife Wahlentscheidungen zu treffen, das heißt solche, die von Programmen der Kandidat:innen geleitet seien, nicht von persönlichen Affinitäten, (versprochenen) Geldzahlungen etc.

- Was Tschad betrifft, konnte Abdel Gossoumian so gut wie keinen positiven Anknüpfungspunkt im ökonomischen, politischen und sozialen Bereich finden – auch ausgehend davon, dass das Land, seit 40 Jahren durchgehend von Militärs beherrscht würde. Positiv zu vermerken sei lediglich – und das verdanke sich den sozialen Ressourcen bzw. Kompetenzen der Bevölkerung –, dass es gelungen sei, nach den manipulierten Wahlen im Mai 2024 den innergesellschaftlichen Frieden aufrechtzuerhalten, trotz des brutalen Vorgehens des Regimes. <

## 2.3 Empfehlungen der Auftaktvorträge

*Vorbemerkung: Alle Referent:innen haben sich mit Blick auf die Leitfrage der Konferenz – Stichwort: «Kooperationen der Zukunft» – auf die eine oder andere Weise für eine Vertiefung der Zusammenarbeit Deutschlands bzw. Europas mit den Sahelländern ausgesprochen. Dabei war bemerkenswert, dass sich niemand (außer Abdel Gossoumian als Referent zum Tschad) die in Europa von etlichen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren favorisierte Formel «regierungsfern, aber bevölkerungsnah» zu eigen gemacht hat, weder wörtlich noch sinngemäß. Hintergrund dafür dürften teils pragmatische Überlegungen gewesen sein, weil die Militärregierungen ohnehin da sind, teils grundsätzliche Überzeugungen, weil die Militärregierungen weiterhin von größeren Teilen ihrer Bevölkerung als legitime Repräsentant:innen betrachtet werden. Das wiederum hat auch verdeutlicht, dass die in Europa übliche Erzählung, wonach sich die Sahelländer vom Westen abgewendet und Russland zugewendet hätten, in dieser Eindeutigkeit nicht zutreffend ist. Stattdessen haben viele – aber nicht alle – Referent:innen immer wieder betont, dass es den Sahelländern «lediglich» um Unabhängigkeit – das heißt: Souveränität – ginge, übrigens in Fortsetzung des Konzepts der Blockfreiheit, die ja während des gesamten Kalten Kriegs eine Zusammenarbeit in alle Richtungen erlaubt hat. Jenseits der grundsätzlichen Stoßrichtung gab es aber auch spezifische Empfehlungen seitens der einzelnen Referent:innen<sup>8</sup>:*

- Brema Dicko hat die Forderung umfassender Zusammenarbeit am konkretesten ausbuchstabiert. Er empfahl (1) die Kooperation mit den Übergangsregierungen – gemäß der Devise, keinen Stuhl leer zu lassen, (2) die Unterstützung

<sup>8</sup> Während die Vorträge und Debatten im Konjunktiv wiedergegeben sind, um der Diversität und Widersprüchlichkeit der Meinungen und Haltungen gerecht zu werden, sind die Empfehlungen stets im Indikativ formuliert, als Ausdruck davon, dass es sich um Botschaften an Dritte handelt, auch wenn die Vielstimmigkeit ganz bewusst sichtbar bleibt.

zivilgesellschaftlicher Organisationen, nicht zuletzt im Bereich Frauen und Jugend, (3), die Unterstützung lokaler Gebietskörperschaften, (4) die Unterstützung beruflicher Interessenvertretungen, insbesondere in den Bereichen Landwirtschaft, Viehzucht und Fischerei, (5) die Förderung zirkulärer Migration – verstanden als Unterstützung von Migrant:innen und ihrer Familien, (6) die Unterstützung des Privatsektors, unter anderem bei der Berufsausbildung und (7) die Unterstützung von Medien, etwa bezüglich Faktencheck, Professionalisierung des Bloggerwesens etc.

- Unterdessen koppelte Madame Barry die Zusammenarbeit mit Europa (und anderen Akteuren) an drei von der malischen Regierung ausgegebenen Grundprinzipien, die während der Konferenz von verschiedenen Teilnehmer:innen mehrfach zustimmend zitiert wurden: (1) Die Achtung der Souveränität Malis, (2) die Achtung der von Mali getroffenen Wahl seiner Partner und (3) die Berücksichtigung der vitalen Interessen der Bevölkerung bei den zu treffenden Entscheidungen.
- Auch Serge Sedogo forderte eine intensivierte Zusammenarbeit, unter anderem in den Bereichen humanitäre Hilfe, Waffen (um sich gegen Terroristen wehren zu können) und Wirtschaft (Infrastruktur, Ausbildungsprogramme und saisonale Migrationsprogramme Richtung Europa). Doch gleichzeitig richteten sich seine Empfehlungen auch an die Bevölkerung in Burkina Faso. Denn die von ihm konstatierte Anomie könne nur durch neue – nämlich konstruktivere – Formen der internen Kooperation überwunden werden. ◀



**3**

**Zweiter Tag:  
Workshops –  
der Sahel aus  
multidimen-  
sionaler  
Perspektive**



## 3.1 Pastorale Lebensformen – wirtschaftliche Potentiale vs. Exklusion und ethnische Diskriminierung

*Referent:innen: Jalloh Blamah, Réseau Billital Maroobé, Niger; Binta Sidibe-Gascon, Coalition Citoyen pour le Sahel, Frankreich/Burkina Faso; Daouda Diallo, Collectif contre l'impunité et la stigmatisation des communautés (CISC), Burkina Faso; Georg Klute, emeritierter Ethnologielehrer und Gründungsmitglied der Nichtregierungsorganisation TAMAT e.V., Niger/Deutschland | Moderation: Günter Schönegg, Peace Resources, Deutschland.*

Der Workshop griff viele jener Frage- und Problemstellungen auf, die bereits am Vortag im Rahmen der Debatte über Madame Barrys Vortrag angeklungen waren, er ging konkret von drei grundlegenden Annahmen aus, wie in der Begrüßung ausgeführt wurde: Erstens, dass Pastoralismus – also mobile Viehhaltung – ein zentrales ökonomisches Standbein im niederschlagsarmen Sahel darstelle, auch ablesbar daran, dass er mit 11 bis 14 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt der Sahelländer beitrage; zweitens, dass die Sicherheitskrise im Sahel eng mit der Krise des Pastoralismus verknüpft sei, die sich nicht zuletzt durch die zunehmend schwindenden Weideflächen und Transhumanzrouten auszeichne; und drittens, dass pastoralistische Gemeinschaften – vor allem solche der Peulh – von der Gewalteskalation im Sahel besonders stark betroffen seien, auch im Kontext davon, dass sich junge Viehhirten überproportional häufig dschihadistischen Terrorgruppen anschließen würden. Entsprechend stellten drei der vier Referent:innen die Krise des Pastoralismus ins Zentrum ihrer Impulsvorträge, sodass sich im Laufe des Workshops ein äußerst vielschichtiges – weit über die üblichen medialen Darstellungen hinausreichendes – Bild von der Realität pastoralistischer Systeme bzw. Lebensformen entwickelte. Gleichwohl können an dieser Stelle nur die wichtigsten Punkte benannt werden:

- Grundsätzlich gelte, so die Referent:innen, dass sich die Krise ländlicher Gebiete und die Sicherheitskrise wechselseitig verstärkten, wobei die Krise des Pastoralismus lediglich eine von mehreren Facetten der Krise ländlicher Gebiete sei. Im Zentrum stehe die sich ständig verschärfende Konkurrenz um Land- und Wasserressourcen, unter anderem durch (1) Bodendegradation im Zuge des Klimawandels, (2) schlechtes Ressourcenmanagement, (3) Privatisierung von

Boden und (4) Bevölkerungswachstum. Das wiederum reduziere die wirtschaftlichen Erträge pastoralistischer Haushalte. Außerdem komme es immer öfter zu Konflikten zwischen Ackerbauern und Pastoralisten, auch bei der grenzüberschreitenden Transhumanz, also jenen tief im sozialen Gewebe des Sahel verankerten Wanderungsbewegungen, die Viehhirten mit ihren Herden in benachbarte Länder unternehmen müssten, weil innerhalb einzelner Länder nicht genug Weideflächen zur Verfügung stünden.

- Laut Referent:innen habe dies zu einer von Stigmatisierung und Diskriminierung geprägten sozialen Krise geführt, die sich wiederum dschihadistische Terrorgruppen zu eigen gemacht hätten: Einerseits, indem sie sich pastoralistischen Gemeinschaften als Schutz- und Ordnungsmacht anbieten würden, etwa was Rechtssprechung bei Landkonflikten oder Unterstützung im Fall von Viehdiebstahl betreffe. Andererseits, indem sie all jenen pastoralistischen Gemeinschaften Gewalt androhten, die nicht bereit seien, ihren religiösen und sozialen Verhaltensvorgaben oder anderweitig verlangter Unterstützung – wie der Entrichtung von Steuern oder dem Verkauf von Lebensmitteln – nachzukommen.
- Die soziale Krise würde außerdem durch den Umstand verstärkt – diesbezüglich bestand Einigkeit –, dass sich junge Männer aus pastoralistischen Gemeinschaften immer wieder in großer Zahl den Terrorgruppen anschließen würden, ob aus Gründen des Geldes, des Prestiges oder der Rache. Denn dies leiste einer Ethnisierung des Konflikts Vorschub, etwa dem Vorurteil, «dass alle Peulh Terroristen seien», und senke somit die Hemmschwelle von Milizen und staatlichen Sicherheitskräften, brutal gegen pastoralistische Gemeinschaften vorzugehen.
- Schließlich wurde die Krise auch von einer Warte langfristiger Veränderung betrachtet. Danach habe es, berichtete einer der Referent:innen, bereits während der Dürrekrisen in den 1970er und 1980er Jahren profitorientierte Großhändler gegeben, die notgeplagten pastoralistischen Gemeinschaften Tiere zu Tiefpreisen abgekauft hätten, nur um sie später – nach Ende der Krise – profitabel weiterzuverkaufen. Und das wiederum habe einen Prozess angestoßen, durch den die Viehwirtschaft im Sahel immer stärker ins allgemeine Marktgeschehen integriert worden sei – einschließend der Entste-

hung einer eigenen Klasse von Herdenbesitzern, die nicht mehr zur pastoralistischen Welt gehörten, aber aus Profitzwecken die Privatisierung von Weideflächen, Brunnenanlagen etc. vorantrieben.

Ausgehend hiervon wurde in einem zweiten Schritt der Umstand thematisiert, dass pastoralistische Gemeinschaften überproportional stark Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt seien, so die zentrale These der Referent:innen. Zwei von ihnen sprachen sogar von gezielter ethnischer Verfolgung bzw. Säuberung, ja, von einem Genozid, der sich in Burkina Faso und Mali vollziehe – eine These, die bereits am ersten Tag für äußerst kontroverse Debatten gesorgt hatte: Begonnen habe es Anfang 2019, insbesondere durch das Massaker von Yirgou am 1./2. Januar 2019 – also lange, bevor die Militärs an die Macht gekommen seien, wie einige Referent:innen eigens betonten.<sup>9</sup> Yirgou, wo zwischen 49 und 72 Menschen getötet worden seien, habe, so einer der Referent:innen, das Kriterium eines Genozids erfüllt: Erstens, weil ein gezieltes Vorgehen bestanden habe, zweitens, weil staatliche Akteure in die Durchführung eingebunden worden seien und drittens, weil es derartige Massaker an verschiedenen Orten gegeben habe.<sup>10</sup> Von da an habe sich das Vorgehen gegen pastoralistische Gemeinschaften zunehmend verschärft, hierzu gehörten unter anderem mangelhafte Unterstützung bei Viehdiebstahl, brutale Razzien, willkürliche Festnahmen, Verschwindenlassen und extralegale Hinrichtungen. In diesem Kontext sprach auch

9 Vgl. zum Massaker von Yirgou:

[https://fr.wikipedia.org/wiki/Massacre\\_de\\_Yirgou](https://fr.wikipedia.org/wiki/Massacre_de_Yirgou)

10 Ergänzend sei darauf hingewiesen, wie Genozid im Völkerstrafrecht definiert wird. Danach sei Genozid ein Straftatbestand, der durch die Absicht gekennzeichnet ist, auf direkte oder indirekte Weise „eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören“: vgl. hierzu Wikipedia - deutsch:

<https://de.wikipedia.org/wiki/V%C3%B6lkerermord>, französisch:

<https://fr.wikipedia.org/wiki/G%C3%A9nocide>

Binta Sidibe-Gascon ausführlich von ihrer Verfolgungsgeschichte, die bereits während der Debatte am ersten Tag zur Sprache gekommen war. Die Referent:innen kritisierten schließlich, dass diese und weitere Menschenrechtsverletzungen sowohl in den Sahelländern als auch in der internationalen Öffentlichkeit weitgehend verschwiegen würden. Es sei zwar viel von der Vielfachkrise im Sahel die Rede, aber nicht von der Krise des Pastoralismus. Auch Anpassungsleistungen an die Klimakrise gingen primär an sesshafte Ackerbauern und -bäuerinnen, nicht aber an pastoralistische Gemeinschaften. In diesem Sinne gingen die Empfehlungen ebenfalls in zwei Richtungen: Sie betrafen einerseits die Krise des Pastoralismus an sich, andererseits die Menschenrechtsverletzungen – in dieser Reihenfolge werden sie im Folgenden auch dargestellt:

- Das Potenzial für Viehzucht ist besser zu nutzen, dabei müssen sowohl extensive als auch intensive Formen des Pastoralismus gefördert werden.
- Grundsätzlich ist der Zugang zu Weideflächen und Transhumanzrouten besser zu schützen, Privatisierung von gemeinschaftlich genutztem Land zu unterlassen. Zudem sind Vertreter:innen pastoralistischer Gemeinschaften gleichberechtigt in Komitees zur Landverwaltung zu berücksichtigen.
- Zur Absicherung der grenzüberschreitenden Transhumanz sind Dialog- und Mediationsformate mit Repräsentant:innen aus den jeweiligen Nachbarländern einzurichten. Einerseits um Vertrauen aufzubauen, andererseits um Regeln zu erlassen, die eine für alle Seiten störungsfreie Transhumanz ermöglichen.
- Die technische Infrastruktur muss ebenfalls ausgebaut werden, nicht zuletzt ist ein flächendeckendes Netz von Wasserstellen und Brunnen zu gewährleisten.

- Die Rolle pastoralistischer Gemeinschaften bei juristischen Auseinandersetzungen ist zu stärken. Zudem muss der Schutz vor Viehdiebstahl verbessert werden.
- Technische Berater:innen für Pastoralismus sind einzusetzen, auch um eine Modernisierung und somit Intensivierung des Pastoralismus zu erreichen (einschließlich räumlich und zeitlich kürzerer Transhumanz-Routen). In diesem Kontext ist auch der Aufbau einer Fleisch- und Milchindustrie zu fördern – teils um die Viehwirtschaft zu stärken, teils um zusätzliche Arbeitsplätze in der Verarbeitungsindustrie zu schaffen.
- Pastoralistische Gemeinschaften sind bei der Schaffung zusätzlicher Einkommensmöglichkeiten zu unterstützen, unter anderem zur Absicherung gegen unvorhergesehene Krisen wie Viehdiebstahl oder Seuchen.
- Hinsichtlich Menschenrechtsverletzungen sind die Realitäten vollumfänglich anzuerkennen, dafür muss den Betroffenen zugehört und geglaubt werden.
- Grundsätzlich sind Menschenrechtsverletzungen nach bestem Wissen und Gewissen zu verhindern – vor allem solche von Sicherheitskräften oder staatsloyalen Milizen bzw. Selbstverteidigungseinheiten. Kommt es dennoch zu Menschenrechtsverletzungen, sind Betroffene vor Gericht zu unterstützen. Straflosigkeit ist zu beenden.
- Jeder Form von Stigmatisierung oder Hassrede ist entgegenzutreten. ◀

## 3.2 Restriktive EU-Migrationspolitik vs. entwicklungs-politische Bedeutung von Migration und Diaspora

*Referent:innen: Ousmane Diarra, Association des Maliens Expulsés, Mali; Moctar Dan Yahé, Alarmphone Sahara, Niger; Laura Lambert, Leuphana Universität Lüneburg, Deutschland | Moderation: Corinna Zeitz, medico international, Deutschland.*

Der Workshop begann mit drei kurzen Fragerunden, in denen die Referent:innen das Thema schrittweise einkreisten, vorrangig die Doppelfrage, wie die Externalisierungspolitik der EU darauf abziele, Migration bzw. Mobilität im Sahel immer stärker zu regulieren, anstatt – was eigentlich wünschenswert wäre – unter dem Stichwort der zirkulären Migration auf eine Art Re-Normalisierung der Migration hinzuwirken:<sup>11</sup>

**Moctar Dan Yahé** berichtete, dass Migration für die Gesellschaften im Sahel lange etwas ganz Selbstverständliches gewesen sei, ohne jeden Regulierungsbedarf. Dies habe sich in Niger erst in den 2010er Jahren spürbar geändert, spätestens mit der sogenannten Flüchtlingskrise 2015 in Europa. Denn damals seien europäische Akteure immer öfter in Erscheinung getreten, vermeintliche Expert:innen und Politiker:innen hätten sich in Niger buchstäblich die Klinke in die Hand gegeben. Im Kern sei es darum gegangen, Migrant:innen zu beobachten, zu zählen und letztlich zu blockieren – all dies als Ausdruck der Bemühung, das europäische Grenzregime weiter nach Süden zu verschieben, also zu externalisieren. Die Auswirkungen seien unterdessen fatal gewesen, so Moctar Dan Yahé, vor allem, nachdem Niger 2015 auf Druck der EU hin das Antimigrationsgesetz 0-36 verabschiedet und auf diese Weise – entgegen der nigrischen Tradition – die gewerbliche Unterstützung von Migrant:innen unter Strafe gestellt habe. Fatal in dreifacher Hinsicht: Erstens für die Migrant:innen, die nun gefährlichere Routen hätten nehmen müssen und daher immer öfter verunglückt seien, zweitens für Unterkunftsbetreiber:innen, Transportunternehmer:innen, Händler:innen etc., die von der Migration gelebt hätten, und drittens für all jene Migrant:innen innerhalb Nigers oder des westafrikanischen Raumes, die durch die verschärften Migrationsgesetze ebenfalls in Mitleidenschaft gezogen worden seien.

<sup>11</sup> Je nach Ablauf der Workshops und Bedarfe einzelner Referent:innen werden einige der Workshops entlang einzelner Beiträge dokumentiert (wie der Migrationsworkshop), andere eher summarisch (wie der Pastoralismusworkshop).

**Ousmane Diarra** ging sodann in die Geschichte zurück und berichtete in einem weiten Bogen von der schrittweisen Implementierung migrationspolitischer Maßnahmen seitens der EU auf dem afrikanischen Kontinent. Er begann mit dem Rabat-Prozess, der 2006 in Marokko nach den ersten Auseinandersetzungen an den Zäunen der spanischen Enklaven Melilla und Ceuta initiiert worden sei, sodass sich die nordafrikanischen Länder zunehmend zu Türstehern Europas gewandelt hätten. Auch die EU-Grenzschutzagentur Frontex sei in Westafrika bereits früh auf den Plan getreten, unter anderem vor den Küsten Senegals und Mauretaniens – später seien der Karthoum-Prozess (2014), der EU-Treuhandfonds für Afrika im Zuge des Valletta-Gipfels (2015) sowie eine Serie von Migrations- und Abschiebeabkommen hinzugekommen. Und all das wiederum habe zur Folge gehabt, dass die einst ganz normal praktizierte (zirkuläre) Mobilität zunehmend in die Irregularität abgedrängt und somit immer riskanter geworden sei.

**Laura Lambert** schloss sich diesen Ausführungen an und berichtete, dass die europäische Migrations- bzw. Externalisierungspolitik immer wieder ihre Vorgehensweisen ändere, je nach dem, wie sich die Bedingungen auf afrikanischer Seite verschieben würden, etwa jüngst, nachdem die im Juli 2023 in Niger an die Macht gekommenen Militärs das Antimigrationsgesetz 0-36 wieder abgeschafft hätten. Denn das habe bewirkt, dass die nordafrikanischen Länder wieder stärker in den Fokus europäischen Migrationspolitik geraten seien. Laura Lambert machte zudem darauf aufmerksam, dass auch afrikanischen Regierungen Migration häufig nicht unterstützen würden. So habe die Afrikanische Union (AU) zwar ein Freizügigkeitsprotokoll beschlossen, doch seit 2018 hätten gerade mal vier Länder das Protokoll ratifiziert, nötig seien aber 15 Länder. Ousmane Diarra bestätigte dies, indem er darauf hinwies, dass zwar innerhalb der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) visafreies Reisen möglich sei, dass ECOWAS-Bürger:innen aber Visa bräuchten, um in zentralafrikanische Länder einreisen zu können.

Die zuletzt genannten Ausführungen standen unter anderem im Kontext der Frage, ob und wie die Diskurse rund um Multipolarität mit der restriktiven europäischen Migrationspolitik verbunden seien. Die Referent:innen betonten, dass die EU seit jeher Migrationsabkommen als Druckhebel missbraucht habe – meist im Sinne davon, dass entwicklungspolitische Unterstützungen oder handelspolitische Erleichterungen von der Bereitschaft zu einer restriktiven Migrationspolitik abhängig gemacht würden. Schlimmer noch: Die Abkommen würden, wie Moctar Dan Yahé betonte, die afrikanischen Länder spalten bzw. gegeneinander in Stellung bringen, etwa dadurch, dass Migrant:innen aus den Küstenländern auf ihrem Weg Richtung Norden in Transitländern wie Niger Schikanen erleben müssten.

Diese Erpressungspolitik sei aber in den letzten Jahren zunehmend von der allgemeinen Öffentlichkeit verstanden worden und habe daher einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur antiwestlichen Gestimmtheit gerade in den Sahelländern geleistet, auch wenn die politische Lage durch die jüngsten Entwicklungen einmal mehr komplizierter geworden sei. Denn einerseits bezögen sich migrationspolitische Akteure wie das *Alarme Phone Sahara* (APS) oder die *Assoziation der Abgeschobenen Malis* (AME) positiv auf die Bewegungsfreiheit innerhalb der ECOWAS-Zone (und just in diesem Sinne hätte das Alarme Phone Sahara vor dem ECOWAS-Gerichtshof in Abuja argumentiert, dass das Antimigrationsgesetz 0-36 das ECOWAS-Freizügigkeitsabkommen von 1979 unterminieren würde), andererseits seien Burkina Faso, Mali und Niger mittlerweile aus der ECOWAS ausgetreten. Ein weiterer Widerspruch sei, dass die Militärs in Niger das in der Bevölkerung verhasste Antimigrationsgesetz 0-36 zwar abgeschafft hätten, viele restriktive Maßnahmen aber unverändert in Kraft seien. Beispielsweise die von der *International Organisation for Migration* (IOM) organisierte sogenannte *Freiwillige Rückkehr*, mittels derer jährlich zehntausende in Niger gestrandete oder nach Niger abgeschobene Migrant:innen in ihre Heimatländer zurückgebracht würden, was zwar freiwillig geschehe, aber nur, weil die Betroffenen angesichts der (strukturellen) Gewalt auf den Migrationsrouten ihre Hoffnung verloren hätten. Oder Erpressungsakte durch Sicherheitskräfte an Kontrollposten entlang der Haupttrouten in Niger, sodass viele Migrant:innen weiterhin die klandestinen und gefährlichen Wege bevorzugen würden, obwohl das rechtlich gar nicht mehr nötig wäre.

In der weiteren Diskussion wurde sodann mehrfach zum ursprünglichen, von Moctar Dan Yahé bereits geschilderten Charakter von Migration bzw. Mobilität im Sahel zurückgekehrt. Mehrere Redner:innen betonten, dass Migration seit jeher eine sozial und kulturell tief verankerte Existenzsicherungsstrategie im Sahel darstelle – ob durch pastoralistische Transhumanz (→ vgl. 3.1) oder zirkuläre Pendelmigration. Letzteres meist zwischen Sahel- und Küstenländern (immer dann, wenn es für Männer außerhalb der Regenzeit in den Dörfern zu wenig zu tun gäbe), aber auch zwischen Sahel und Europa, wobei die immer restriktivere Visapolitik viele Migrant:innen seit den 1980er Jahren gezwungen habe, dauerhaft in Europa zu bleiben, anstatt nach einigen Jahren zurückzukehren und sich durch ein jüngeres Familienmitglied ersetzen zu lassen. Diesen existenzsichernden und somit Entwicklung vorantreibenden Charakter zirkulärer Migration hätte Europa bis heute nicht verstanden, geschweige denn nutzbar gemacht, etwa im Rahmen von Fachkräfteabkommen. In diesem Zusammenhang wurde auch daran erinnert, dass in den (SDG-)Nachhaltigkeitszielen der UN empfohlen würde, die Bankkosten für Rücküberweisungen

von Migrant:innen auf 3 Prozent zu beschränken, während der tatsächliche Wert unverändert bei 8 Prozent läge, so hoch wie nur noch in Ozeanien.

Jenseits davon haben in der weiteren Debatte auch Fragen zur Externalisierungspolitik eine wichtige Rolle gespielt, immer mit der Überlegung im Hinterkopf, wie Europa davon überzeugt werden könne, dass die Lösung der Migrationsfrage nicht in Abschottung, sondern in einer positiven Ausgestaltung zirkulärer Migration liegen würde. So wies ein Mitarbeiter von *Brot für die Welt* darauf hin, dass es mittlerweile einen zweimonatlichen Newsletter der Rechercheorganisationen *Statewatch* und *migration.control* zur Externalisierungspolitik der EU gäbe.<sup>12</sup> Zudem warnte ein deutsch-algerischer Journalist mit Nachdruck davor, die nordafrikanischen Länder zu unterschätzen. Diese seien keine Marionetten Europas, vielmehr verfolgten sie mit ihrer rabiatischen Abschottungspolitik gegenüber subsaharischen Migrant:innen eigene Interessen, etwa die EU für eine günstige Visapolitik zugunsten eigener Staatsbürger:innen zu gewinnen. Insgesamt bestand unter den Referent:innen und Teilnehmer:innen relativ großes Einvernehmen, entsprechend konsensual fielen die Empfehlungen aus:

- Angesichts der sozialen und kulturellen Selbstverständlichkeit von Migration im Sahel bzw. in Westafrika sind Abschottungsmaßnahmen qua Externalisierung zum Scheitern verurteilt. Stattdessen ist zirkuläre Migration zu fördern, zudem dürfen seitens der EU keine migrationspolitischen Maßnahmen ergriffen werden, die die innerafrikanische zirkuläre Migration blockieren.
- Und auch die afrikanischen Staaten sind aufgerufen, Bewegungsfreiheit und somit zirkuläre Migration innerhalb der Afrikanischen Union umfassend zu ermöglichen, ggf. in einem zeitlich gestaffelten Prozess.
- Die Relevanz monetärer Rücküberweisungen von Migrant:innen ist zu berücksichtigen – ob für ihre Familien oder die Gesellschaften insgesamt. Die Kosten bei Geldüberweisungsbanken wie MoneyGram oder Western Union sind folglich (gesetzlich) zu deckeln.
- Afrikanische Staaten – insbesondere im Maghreb – sind als eigenständige Akteure mit eigenen Interessen ernst zu nehmen und ggf. zu kritisieren, sie setzen keineswegs nur europäische Vorgaben um.
- Zivilgesellschaftliche Akteure sollten klären, ob und wie die Kritik restriktiver Migrationspolitik mit der öffentlich artikulierten Forderung nach Implementierung von Fachkräfteabkommen – oder allgemeiner: von staatlich geförderter Arbeitsmigration – zu verbinden ist. ◀

<sup>12</sup> Vgl. <https://migration-control.info/en/blog/>

### 3.3 Ökonomische Entwicklungsperspektiven: Wie erneuerbare Energien, Infrastrukturausbau und Industrialisierung zusammenhängen

*Referent:innen: Marthe Zio, Centre d'Études et d'Expérimentation Économiques et Sociales de l'Afrique de l'Ouest (CESAO), Burkina Faso; Nouhoum Keita, ASFA21 FALEA, Mali; Helmut Asche, Ökonomieprofessor im Ruhestand und Sprecher des VAD-Sahel-Ausschusses, Deutschland / Moderation: Olaf Bernau, Afrique-Europe-Interact, Deutschland.*

Bei politischen Debatten werde der Sahel meist aus dem Blickwinkel der Sicherheitskrise betrachtet, wie der Moderator einleitend anmerkte, auch politische und humanitäre Fragen spielten eine wichtige Rolle. Umso dringlicher sei es, ökonomische Entwicklungsperspektiven nicht aus dem Blick zu verlieren, weder im landwirtschaftlichen und pastoralistischen Bereich noch in den Sektoren Handwerk, Industrie und Dienstleistungen. Denn die hochgradig prekäre Lage der Bevölkerung gehöre zu den Hauptursachen der Sicherheitskrise im Sahel, nicht zuletzt die Beschäftigungskrise der Jugend. Entsprechend lautete die Zielsetzung des Workshops, ökonomische Entwicklungspotenziale auszuloten, dies allerdings mit Fokus auf die Energiefrage. Einerseits, weil sich die generelle Energiekrise in jüngerer Zeit im gesamten Sahel zugespitzt habe, andererseits, weil ökonomische Entwicklung ohne Energie nicht denkbar sei. Hinzu komme die im Sahel ohnehin virulente Klimakrise, die es unausweichlich mache, beim Aufbau zusätzlicher Energiekapazitäten erneuerbare Energien ins Zentrum zu stellen.

**Marthe Zio** hielt den ersten Impulsvortrag, mit Schwerpunkt auf Burkina Faso. Gleich zu Beginn erläuterte sie die fatalen Konsequenzen, die ständige Stromunterbrechungen für all jene Betriebe und Institutionen bedeuten würden, die nicht über Notstromaggregate verfügten, darunter Kleingewerbetreibende wie Schneider:innen, Schweißer:innen oder Ärzt:innen. Dennoch wäre es falsch, und diese Tendenz bestehe leider, hierauf mit der massenhaften Anschaffung von Dieselgeneratoren zu reagieren. Vielmehr sei es billiger und nachhaltiger, die Lücken mit kleinen Solaranlagen zu füllen, zumal dies besser zur Elektrifizierungsstrategie passe, die der burkinische Staat ohnehin verfolge. Denn neben Solarkraftwerken für das allgemeine Stromnetz sehe diese – vor allem im ländlichen Bereich – unabhängige, primär aus Sonnenenergie gespeiste Stromnetze (Mini-Grids) sowie kleine, durch zinslose Kredite finanzierte Solaranlagen

zugunsten privater Betriebe und Haushalte vor – ergänzt durch Biogasanlagen, deren Bau seit 2010 gefördert werde. Hierzu passe auch, dass Burkina Faso seit 2020 über eine erste Fabrik für Solarmodule verfüge. Zudem gewährleiste eine nationale Agentur für erneuerbare Energien und Energieeffizienz Maßnahmen unter anderem zur (1) Qualitätskontrolle von Solaranlagen, (2) Ausbildung im Bereich von Installations- und Wartungskompetenzen und (3) Überwachung der gesetzlich vorgeschriebenen Zollbefreiung für importierte Solaranlagen.

Am Beispiel von Mali verwies **Nouhoum Keita** sodann auf die beispiellose Energiekrise, kontrastierte diese jedoch mit dem riesigen Potenzial an erneuerbaren Energien, über die Mali in den Bereichen Wasser, Sonne, Wind und Biomasse verfüge. Sodann ging er näher auf seine Heimatregion Falea im äußersten Südwesten Malis ein: Einerseits, indem er berichtete, wie es den Menschen in Falea vor rund 10 Jahren gelungen sei, die Zerstörung ihrer von einzigartiger biologischer Vielfalt geprägten Region durch eine oberirdische Uranmine zu verhindern (wobei die Pläne weiterhin in den Schubladen der Regierung lagern würden). Andererseits, indem er an zahlreichen – zum Teil verstörenden – Beispielen die alltägliche Armut der Bevölkerung schilderte, die Ausdruck fehlender ökonomischer Entwicklung sei, unter anderem wegen nicht verfügbarer Energieressourcen. Vor diesem Hintergrund habe die von ihm mitbegründete NGO ASFA21 noch während des Kampfes gegen den drohenden Uranabbau alternative Entwicklungsmöglichkeiten ins Auge gefasst, darunter die wirtschaftliche Verwertung von Bambus, der sich nicht nur für den nachhaltigen Bau von Häusern, Möbeln etc. eigne, sondern auch Holzkohle ersetze (mit einer um 40 Prozent besseren Energieausbeute) und somit der existenziell bedrohlichen Entwaldung in Mali bzw. Westafrika entgegenwirke. Kurzum, Bambus sei ein Alleskönner, er schütze natürliche Ressourcen, schaffe Arbeitsplätze und trage im großen Stil zur Einsparung von Energie bei, die folglich gar nicht erst produziert werden müsse (er begünstige also Energieeffizienz und Energiesuffizienz gleichermaßen).

**Helmut Asche** erinnerte in seinem Beitrag zunächst daran, dass wirtschaftliche Entwicklung ohne Sicherheit nicht denkbar wäre, weshalb es in einem ersten Schritt erforderlich sei, mittels arbeitsintensiver Programme im ländlichen Bereich Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen zu schaffen, sodass diese nicht mehr von terroristischen Gruppen rekrutiert werden könnten. Mittel- bis langfristig sollten die Sahelländer indes ihren mineralischen Ressourcenreichtum noch stärker in Wert setzen, dabei allerdings – wie es Botswana als nahezu einziges Land auf dem afrikanischen Kontinent geschafft habe – dafür sorgen, dass die Erträge tatsächlich der Allgemeinheit zugutekämen, anstatt in die Falle des viel zitierten Ressourcenfluchs zu tappen. Darüber hinaus gelte es, vor allem im landwirtschaftlichen und pastora-

listischen Bereich durch den Aufbau (klein-)industrieller Weiterverarbeitungskapazitäten die Wertschöpfungsketten innerhalb der Sahelländer zu verlängern und durch so erhöhte Einnahmen kostenintensive Importe zu ersetzen (hier überschneidet sich die Diskussion mit einigen der Debatten in den Workshops zu Agrarökologie und Pastoralismus). Grundlage einer solchen Industrialisierung sollte zwar grüne Energie sein, allerdings warb Helmut Asche auch für Gas als Übergangstechnologie, in erster Linie, um ölbetriebene Kraftwerke auf klimaschonendere Gaskraftwerke umzustellen.

In der anschließenden Debatte spielten vornehmlich zwei Aspekte eine zentrale Rolle, beide unter Rückgriff auf entsprechende Ausführungen der Referent:innen in der ersten Runde: Einerseits bestand Einverständnis darüber, dass die aktuelle Energiekrise primär als das Ergebnis fehlender Investitionen in den vergangenen 10 bis 20 Jahren zu verstehen sei. Als weitere Erklärungsfaktoren kämen Bevölkerungswachstum, Urbanisierung und wirtschaftliche Entwicklung hinzu, die ebenfalls für steigende Energiebedarfe gesorgt hätten. Außerdem sei es im Zuge der Militärputsche und der damit verknüpften Sanktionen zur Reduzierung von Energieexporten bzw. -importen gekommen, vor allem von Nigeria nach Niger und von der Elfenbeinküste nach Mali, was wiederum Marthe Zio dazu brachte, für den Aufbau nationaler und/oder lokaler Energiekapazitäten zu werben und dies mit der Forderung nach «Energiesouveränität» zu verbinden – ähnlich, wie auch in den Workshops zu Multipolarität (→ vgl. 3.4) und Agrarökologie (→ vgl. 3.5) «Souveränität» als wichtiges Signalwort fungierte, um höhere Grade nationaler und/oder lokaler Selbstbestimmung bzw. Eigenverantwortlichkeit zu charakterisieren. Andererseits stimmten die Workshop-Teilnehmer:innen darin überein, dass die seit geraumer Zeit in Burkina Faso und Mali wieder verstärkt diskutierte Kernenergie keine Alternative zu erneuerbaren Energien darstelle – nicht nur, weil die infrastrukturellen Voraussetzungen auf absehbare Zeit fehlen dürften, sondern auch, weil sich Kernenergie durch gravierende Nachteile auszeichne, insbesondere, was die exorbitanten Kosten, das hohe Risiko, die problematische Urangewinnung und das bis heute nicht gelöste Problem des Restmülls betreffe. In diesem Sinne wurde sich abschließend auf folgende Empfehlungen verständigt – unter ausdrücklicher Bezugnahme auf den von Online-Teilnehmer:innen in Bamako artikulierten Dringlichkeitsappell, wonach schnellstmöglich Antworten auf die derzeitige Energiekrise gefunden werden müssten:

- Fossile oder uranhaltige Energieträger stellen weder kurz- noch langfristig eine nachhaltige Lösung dar. Die Zukunft der Energieproduktion liegt vielmehr bei erneuerbaren Energien – verfügbar gemacht über (1) allgemeine (nationale und/oder grenzüberschreitende) Netze, (2) un-

abhängige lokale Netze (Mini-Grids) oder (3) private Anlagen auf Basis erneuerbarer Energien (v.a. Photovoltaik). Entsprechend sollte der Ausbau erneuerbarer Energien auf allen Ebenen unterstützt werden – auch unter Berücksichtigung davon, dass Solaranlagen mittlerweile zwar gewinnbringend verkauft werden können, aber für viele Haushalte und/oder Betriebe im Sahel immer noch unerschwinglich sind (etwa für kleinbäuerliche Haushalte, die für Aufforstungsmaßnahmen auf solarbetriebene Pumpen angewiesen sind, wie im Workshop zu Agrarökologie berichtet wurde).

- Bei den erneuerbaren Energien ist auf die gesamte Bandbreite zurückzugreifen: Wasser, Wind und vorrangig Sonne, aber auch Biogasanlagen, Geothermie oder (langfristig) Wasserstoffproduktion. Zudem ist zu beachten, dass Biomasse auch als Energieträger fungieren kann, etwa wenn Biomasse als natürlicher Dünger eingesetzt wird oder wenn Bambus als Bau- oder Brennstoff Verwendung findet.
- Gerade bei Solarenergie ist eine angemessene Qualität der technischen Anlagen einzuhalten. Außerdem muss flächendeckend Ausbildung für Installation und Wartung gewährleistet werden. Grundsätzlich sollte in diesem Zusammenhang Technologietransfer niedrigschwellig ermöglicht werden, vor allem um die industrielle Herstellung von Solartechnik in den Sahelländern zu etablieren.
- Für eine gewisse Übergangszeit sowie als kurzfristige Antwort auf die akute Energiekrise kann weiterhin auf fossile Energieträger zurückgegriffen werden, um die bestehenden Produktionsmöglichkeiten von Energie voll auszuschöpfen. Dabei sollten allerdings Ölkraftwerke möglichst schnell auf weniger CO<sub>2</sub>-lastige Gaskraftwerke umgerüstet werden. Bei fossilen Brennstoffen ist zudem darauf zu achten, dass die Einnahmen regulär der Allgemeinheit zugutekommen. Zudem gilt, dass (neu erschlossene) fossile Energieträger in erster Linie in Afrika Verwendung finden, der Export in wohlhabende Industrieländer ist angesichts der krassen Energieknappheit strikt zu begrenzen.
- Ebenfalls als Reaktion auf die akute Energiekrise sollte Deutschland möglichst rasch (subventionierte) Photovoltaik-Anlagen (aus deutscher Produktion) an Privathaushalte und Unternehmen im Sahel verkaufen bzw. zur Verfügung stellen. ◀

## 3.4 Die Debatte im Sahel um Multipolarität sowie neue politische und ökonomische Partnerschaften

*Referent:innen: Abdoulaye Diallo, Centre National de Presse «Norbert Zongo», Burkina Faso; Marcel Maïga, Partnerschaftsverein Chemnitz -Timbuktu, Deutschland/Mali; Alain Clovis, FIAN Burkina Faso; Ulrich Thum, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, Deutschland / Moderation: Dr. Antje Herrberg, College d'Europe, Belgien.*

Ausgangspunkt dieses Workshops war der bereits in der Einleitung erwähnte Russland-Disput zwischen einem Vertreter des deutschen Außenministeriums und mehreren Sahel-Referent:innen anlässlich der Fokus Sahel-Konferenz 2022 in Berlin (s.o.). Entsprechend kam Multipolarität nicht nur in der Konferenz-Einladung zur Sprache, sondern auch bei den Auftaktvorträgen. Gleichwohl erwies sich die Thematik als sperrig und herausfordernd, nicht zuletzt deshalb, weil von Anfang an zahlreiche Grundsatzfragen immer wieder mit anklangen, beispielsweise danach, wie die Putsche und Transitionsregierungen überhaupt einzuschätzen seien. Konkret startete der Workshop mit vier Impulsvorträgen, die das Feld pointiert absteckten, auch dort, wo kein Einvernehmen bestand:

In die Welt gekommen sei die Multipolaritätsfrage Anfang der 2000er Jahre, als sich die im Anschluss an den Kalten Krieg kurzfristig herausgebildete unipolare Weltordnung (mit den USA als unangefochtener Führungsmacht) zu einer multipolaren Weltordnung mit etlichen großen und kleinen Mächten bzw. Polen weiterentwickelt habe. Doch im Kontext des Sahel sei Multipolarität erst im Zuge der Putsche in Mali (2020), Burkina Faso (2022) und Niger (2023) zu einer spürbaren, geopolitisch definierten Größe geworden, wie mehrere Referent:innen und Teilnehmer:innen betonten. Und die westliche Welt wiederum habe von den diesbezüglichen Entwicklungen im Sahel erstmalig nach Beginn des Ukraine-Krieges ernsthaft Notiz genommen, als die Sahelländer nicht bereit gewesen seien, das westliche Verständnis des Krieges (wonach die maßgebliche Verantwortung für den Krieg auf russischer Seite läge) zu teilen, sondern eigene – intern auch umstrittene – Positionen zu vertreten. Gleichzeitig wurde mehrfach darauf hingewiesen, dass die durch die multipolare Weltordnung ermöglichte Diversifizierung des Partnerspektrums keineswegs neu sei. Denn bereits während des Kalten Krieges hätten sich zahlreiche Länder im Globalen Süden – darunter auch die Sahelländer – der Bipolarität widersetzt und stattdessen

sowohl mit Ländern des West- als auch des Ostblocks kooperiert, meist im Sinne des auf der Konferenz von Bandung 1955 erstmalig formulierten Prinzips der Blockfreiheit.

Strittig war indes, ob diese Bezugnahme auf die Blockfreiheit wirklich präzise sei. Denn konkret stießen zwei Lesarten von Multipolarität im Sahel aufeinander: Die erste Lesart besagte, dass Frankreich seine einst bestimmende Rolle verloren habe und nun auch andere Mächte wie Russland, China, die Türkei oder die Golfstaaten wirtschaftliche, militärische, politische, religiöse etc. Interessen im Sahel verfolgen würden – und zwar mit dem Effekt, dass die Sahelländer nicht mehr primär von Frankreich oder den westlichen Ländern abhängig seien, sondern von der nun entstandenen Konkurrenzsituation zwischen den verschiedenen Mächten profitieren könnten. Wichtig sei freilich, so die Protagonist:innen dieser Lesart, dass die Sahelländer aufgrund ihrer geringen Kaufkraft nur eingeschränkt Nutzen aus der neuen Konstellation ziehen würden und es insofern auch grundlegender Änderungen im globalen Wirtschaftssystem bedürfe. Demgegenüber zeigte sich die zweite Lesart ungleich skeptischer. Danach habe sich lediglich geändert, dass jetzt auch weitere Länder ihre (Ausbeutungs-)Interessen ungehindert im Sahel verfolgen könnten – allen voran Russland. Würden sich die Länder tatsächlich frei machen wollen, müssten sie also stärker auf afrikanische Eigenständigkeit pochen und in erster Linie die gemeinsamen Interessen zwischen den afrikanischen Ländern betonen. Als Beispiel wurde unter anderem die noch deutlich ausbaufähige Kooperation zwischen Burkina Faso und der Elfenbeinküste genannt, auch mit Blick darauf, dass die von den Sahelländern gegründete Allianz der Sahelstaaten (AES) zu klein sei, um eine eigenständige Rolle innerhalb des multipolaren Kräftefeldes zu spielen.

Die Notwendigkeit, den afrikanischen Pol zu stärken, dürfte zwar unstrittig gewesen sein, die zweite Lesart ging freilich auch mit einer äußerst kritischen Wahrnehmung der militärischen Transitionsregierungen in Burkina Faso, Mali und Niger einher. Diese hätten (wie auch im weiteren Debattenverlauf hervorgehoben wurde) den Wunsch der Bevölkerung nach besserer Regierungsführung gekapert und würden nicht nur Freiheitsrechte einschränken. Vielmehr hätten sie sich auch in die Abhängigkeit Russlands begeben, dessen vielfältigen Waffenlieferungen die Gewalteskalation im Sahel lediglich zuspitzen würden – eine These, die in der anschließenden Debatte auf deutlichen Widerspruch stieß, entlang ähnlicher Bruchlinien, wie sie schon bei den Eröffnungsvorträgen am ersten Tag sichtbar geworden waren.



In einem weiteren Beitrag schilderte Ulrich Thum von der *Friedrich-Ebert-Stiftung* die Multipolaritätsfrage aus einer deutschen bzw. europäischen Perspektive. Danach sei seitens der deutschen Regierung ein ungewöhnlich vielstimmiges Herangehen zu beobachten, da die einzelnen Ministerien unterschiedliche Interessen und Prioritäten formulieren würden. So seien das Entwicklungsministerium und das Verteidigungsministerium (jeweils getragen von sozialdemokratischen Minister:innen) an einer halbwegs vertraulichen Kooperation mit den militärischen Übergangsregierungen im Sahel interessiert, während sich das Auswärtige Amt (getragen von einer Ministerin von Bündnis 90/Die Grünen) eher zurückhaltend zeige. Umstritten sei die Kooperation mit den Militärs insbesondere aus drei Gründen: Erstens, weil sie nicht durch demokratische Wahlen legitimiert seien, zweitens, weil Militärregierungen erfahrungsgemäß zu einer Verschlechterung der Sicherheitslage führen würden (jedenfalls mittel- bis langfristig), und drittens, weil die Militärs eng mit Russland zusammenarbeiten würden, wobei Ulrich Thum diesbezüglich die an die deutsche Regierung gerichtete Empfehlung formulierte, die Russland-Frage nicht zu hoch zu gewichten, einfach, weil dieser Punkt im Sahel völlig anders gesehen würde. Demgegenüber bestünde unter deutschen Politiker:innen Einigkeit darüber, zivilgesellschaftliche Akteure sowie kommunale Behörden zu unterstützen, letzteres unter dem Stichwort der Dezentralisierung. Jenseits davon würden sich, so Ulrich Thum, Deutschlands Interessen im Sahel auf wenige Aspekte beschränken, insbesondere auf den Kampf gegen Terrorismus, die Verhinderung irregulärer Migration und die humanitäre Unterstützung in Notfallsituationen.

In der anschließenden Debatte wurden viele der hier nur stichpunktartig aufgelisteten Überlegungen vertieft, beispielsweise die Frage, inwieweit der ebenfalls zum Sahel gehörige Senegal in jüngerer Zeit die Herausforderungen von Multipolarität umsichtiger als die Sahelstaaten angegangen wäre – nämlich indem er die Nähe zu den Sahelstaaten gesucht, nicht jedoch – jedenfalls bislang – die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS verlassen habe. Sodann teilten sich die Workshop-Teilnehmer:innen in vier Arbeitsgruppen auf, um mit Fokus auf Mali, Burkina Faso, Tschad und Deutschland bzw. die internationale Staatengemeinschaft die Frage der zwischenstaatlichen Kooperationen im multipolaren Zeitalter zu vertiefen (eine Arbeitsgruppe zu Niger war mangels Teilnehmer:innen nicht zustande gekommen). Dabei wurden die Teilnehmer:innen gebeten, Werte, Interessen und praktische Handlungsempfehlungen jeweils getrennt in den Blick zu nehmen, auch wenn es nicht immer möglich gewesen ist, diese drei Dimensionen trennscharf zu unterscheiden, wie auch die abschließenden Berichte aus den Arbeitsgruppen zeigten:

- *Mali*: Als Werte, die (nicht nur) in zwischenstaatlichen Partnerschaften zum Tragen kommen sollten, wurden Demokratie, Menschenrechte und Souveränität benannt – wobei ergänzend darauf hingewiesen wurde, Souveränität vor allem positiv im Sinne der Menschenrechte zu definieren (Recht auf Entwicklung, Wasser, Wohnen, Gesundheitsversorgung etc.) und nicht nur negativ als Abgrenzung gegen Frankreich, wie das im malischen Diskurs immer wieder zu beobachten ist. Und diese Werte wiederum führten zu drei Empfehlungen: Erstens die Interessen der malischen Regierung und der malischen Bevölkerung ernst zu nehmen, zweitens den Frieden, die Sicherheit und die sozioökonomische Entwicklung zu stärken und drittens die Zivilgesellschaft zu unterstützen.
- *Burkina Faso*: Als Werte wurden Ehrlichkeit bzw. Aufrichtigkeit in der Zusammenarbeit, Transparenz gegenüber der Bevölkerung und Einhaltung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit hervorgehoben, was seinerseits mit vier Empfehlungen einherging: Erstens die burkinische Souveränität anzuerkennen (vornehmlich, was burkinische Ideen und Vorschläge betrifft), zweitens den Austausch mit der Zivilgesellschaft zu unterstützen, drittens die Dezentralisierung zu fördern (unter ausdrücklicher Achtung der Bedürfnisse der jeweiligen Gemeinden) und viertens die ökonomische und soziale Entwicklung zu stärken.
- *Deutschland/ internationale Staatengemeinschaft*: Als Werte wurden die praktische Umsetzung von Solidarität sowie die Anerkennung der Pluralität von Werten und Interessen bestimmt, was zugleich mit zwei konkreten Empfehlungen korrespondierte: Einerseits auf regionaler Ebene zu handeln, also jenseits und unterhalb der bilateralen staatlichen Beziehungen, andererseits Räume in Deutschland bzw. westlichen Ländern zu schaffen, wo zivilgesellschaftliche Akteure aus den Sahelländern die Möglichkeit erhalten, direkt mit Vertreter:innen westlicher (Geber-)Regierungen zusammenzutreffen.

- *Tschad*: Ausgehend vom Status quo, wonach Deutschland die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit bereits seit 10 Jahren eingestellt hat (außer Nothilfe), wurden drei an die deutsche Regierung gerichtete Empfehlungen ausgesprochen – ohne vorherige Benennung spezifischer Werte: Erstens eine andere Politik als die französische Regierung zu verfolgen und dabei vor allem die Regierung des Tschads stärker unter Druck zu setzen, zweitens zivilgesellschaftliche Akteure im Tschad mit mehr Finanzmitteln auszustatten und drittens die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu intensivieren, zumal deutsche Unternehmen bislang kaum im Tschad präsent sind.
- *Jenseits der länderspezifischen Empfehlungen* ist aus dem Multipolaritätsworkshop auch die generelle Empfehlung hervorgegangen, zukünftig die innerafrikanische Zusammenarbeit gezielt zu forcieren (Stichwort: regionale Integration), auch um sich wechselseitig für die Kooperation bzw. Konkurrenz mit den tatsächlich großen Playern bzw. Polen im Weltgeschehen zu stärken. Dabei ist auch der von einem der Referenten erfolgte Hinweis zu berücksichtigen, wonach beim multipolaren Handeln die Normen des Völkerrechts stets eine zentrale Rolle zu spielen haben, wie stellvertretend der Präambel des «Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge» entnommen werden kann.<sup>13</sup> ◀

## 3.5 Kleinbäuerliche Landwirtschaft in der Klimakrise / Stärkung von Agrarökologie und (industrieller) Weiterverarbeitung

*Referent:innen: Aichata Koné, Union des Associations et Coordination d'associations pour le Développement et la Défense des Droits des Démuni.es (UACDDDDDD), Mali; Ibrahima Coulibaly, Coordination Nationale des Organisations Paysannes (CNOP), Mali; Ibrahim Hamadou, Coordinateur Régional PTAE, Niger; Sabine Dorlöchter-Sulser, Misereor, Deutschland. Noubatan Hoinaty (Réseau de Suivi des Activités Liées au Pétrole (RESAP), Tschad), der ebenfalls als Referent vorgesehen war, wurde von den tschadischen Behörden vorübergehend an seiner Ausreise gehindert, sodass er nicht mehr rechtzeitig zum Workshop erscheinen konnte. Sein Vortrag hätte am Beispiel der Region Chari im Südwesten des Tschad ähnliche Fragen und Problemstellungen behandelt, wie sie unter anderem im Pastoralismus-Workshop zur Sprache gekommen sind (→ vgl. 3.1) | Moderation: Usha Ziegelmayer, Oxfam Deutschland.*

Bei den einleitenden Worten zu dem Workshop hieß es, dass der Sahel nicht nur von Gewalt und politischen Zerwürfnissen betroffen sei, sondern auch ein von der Klimakrise existenziell bedrohtes Ökosystem darstelle. Beides zusammen erschwere landwirtschaftliche und pastoralistische Aktivitäten, weshalb in dem Workshop der Frage nachgegangen werden sollte, inwiefern Agrarökologie als holistischer Ansatz die (Ernährungs-)Lage der ländlichen Bevölkerung verbessern und somit auch einen Beitrag zur Lösung der gesamtgesellschaftlichen Krise leisten könne.

Den Auftakt machte **Ibrahima Coulibaly**, der zunächst in Erinnerung rief, dass im Sahel zwar weiterhin eine Mehrheit der Bevölkerung maßgeblich von Land- und Viehwirtschaft sowie Fischerei lebte, dass aber die dafür erforderlichen Ressourcen in den letzten Jahrzehnten immer stärker unter Druck geraten seien, vor allem die Böden. Eine spezifische Rolle hätte die Dürrekatastrophe in den frühen 1970er Jahren gespielt – als eine der ersten großen Ausdrucksformen des menschengemachten Klimawandels. Seitdem habe der Sahel nicht mehr sein Gleichgewicht wiedergefunden, bestimmend sei stattdessen eine ständige Unsicherheit bei den Erträgen geworden. Demgegenüber gelte es festzuhalten, so Ibrahima Coulibaly, dass der Sahel mit seinen fruchtbaren sandigen Böden gute Vorausset-

<sup>13</sup> Vgl. deutschsprachige Fassung: [https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/1990/1112\\_1112\\_1112/de](https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/1990/1112_1112_1112/de)

zungen nicht nur für Viehwirtschaft, sondern auch für Acker- und Gemüseanbau biete – und das umso mehr, als sich die Menschen de facto schon lange auf agrarökologische Methoden stützen würden, mittels derer die malische Bevölkerung überwiegend ernährt würde. Und auch wüssten die Menschen, dass es um eine Wiederherstellung der degradierten Ökosysteme ginge, etwa in Gestalt von Wiederaufforstung. Ibrahima Coulibly sprach in diesem Zusammenhang auch von der Resilienz der ländlichen Bevölkerung, von ihrem Stolz, sich selbst ernähren zu können. Hinzu komme, dass es seit 2007 und 2017 gute gesetzliche Rahmenbedingungen gäbe, an deren Zustandekommen bäuerliche Organisationen maßgeblich mitgewirkt hätten. Einziger Haken: Die Gesetze würden nicht adäquat umgesetzt, stattdessen sei zu beobachten, dass mit Geldern unter anderem der *Bill & Melinda Gates Foundation* Saatgutgesetze verabschiedet worden seien, die einzig den Interessen multinationaler Agrarkonzerne dienten. Um also ernsthaft voranzukommen, bedürfe es umfassender Investitionen, die der ländlichen Bevölkerung helfen könnten, ihre agrarökologische Wirtschaftsweise weiterzuentwickeln, auch um der potenziellen Schuldenfalle zu entgehen, die mit dem Einkauf von (Hybrid-)Saatgut, chemischen Dünger und Pestiziden stets einherginge. Denn nur wenn die vielfältigen Probleme der ländlichen Bevölkerung gelöst würden, so Ibrahima Coulibalys Fazit, könne auch der Gewalteskulation im Sahel Einhalt geboten werden.

**Aichata Koné** nahm sodann den Faden des bereits erwähnten und 2017 verabschiedeten neuen Bodengesetzes auf: Erstmals sei – neben staatlichem und privatem Bodenbesitz – auch das auf Gewohnheitsrecht basierende Gemeineigentum an Boden gesetzlich anerkannt worden, insbesondere das Recht lokaler Gemeinschaften, Land zuzuweisen und Landkonflikte selbst zu lösen. Gouverneure, Präfekten oder Bürgermeister sei somit die Möglichkeit genommen worden, Land nach eigenem Gutdünken zu verschenken, zu verpachten oder zu verkaufen, dafür seien nun dörfliche Landkommissionen zuständig, die sich aus lokalen Akteuren zusammensetzen würden. Danach kam Aichata Koné auf die sechs Säulen des im Februar 2007 beim Nyéléni-Forum für Ernährungssouveränität in Mali verabschiedeten Manifestes zu sprechen.<sup>14</sup> Denn dieses

überträgt «die Kontrolle über Territorium, Land, Weideland, Wasser, Saatgut, Viehbestand und Fischpopulationen an lokale Nahrungsmittelproduzent:innen und respektiert [ihre] Rechte» (4. Säule). Und es hebt «die Beiträge der Natur in vielfältigen, agrarökologischen Produktions- und Erntemethoden mit geringem externem Input [hervor], die den Beitrag der Ökosysteme maximieren und die Widerstandsfähigkeit und Anpassungsfähigkeit verbessern, insbesondere im Hinblick auf den Klimawandel» (6. Säule).<sup>15</sup> Insgesamt sei Agrarökologie, so die Referentin, eine Antwort auf die Erfordernisse des Planeten, wichtig sei zudem, dass das Nyéléni-Forum genauso wie das neue Bodengesetz die Rechte von Frauen und jungen Menschen ins Zentrum rücke.

Als dritter sprach **Ibrahim Hamadou**, der anfangs – genauso wie Ibrahima Coulibaly – auf den Umstand hinwies, dass in einem Land wie Niger 80 Prozent der Bevölkerung in ländlichen Regionen leben würden und die Frage landwirtschaftlicher und pastoraler Ressourcen daher elementar sei. Die landwirtschaftlichen Gesetze gingen zwar nicht eigens auf Agrarökologie ein, dennoch arbeiteten die meisten Menschen de facto im Geiste agrarökologischer Prinzipien. Hierzu passte, dass sich viele mittels YouTube- oder TikTok-Videos selbst informieren und fortbilden würden, so wie auch NGOs mitunter eine wichtige Rolle bei der Verbreitung agrarökologischen Wissens spielten, darunter Mitgliedsorganisationen von Fokus Sahel wie FIAN oder Oxfam. Umso bedenklicher sei, so Ibrahim Hamadou, dass die von den anderen Referent:innen ebenfalls erwähnten neuen Saatgutgesetze die Herstellung und den Tausch bäuerlichen Saatguts erschweren oder gar verbieten würden. Erforderlich sei stattdessen die Schaffung eines geeigneten gesetzlichen Rahmens, um agrarökologische Vorgehensweise gezielt zu unterstützen. Denn diese könnten Gemeinschaften stabilisieren und so ein Abgleiten junger Menschen in kriminelle oder terroristische Gruppen verhindern. Beispielsweise, indem Ausbildung und Begleitung bäuerlicher Gemeinschaften unterstützt werde. Oder indem nicht 20 bis 40 Mrd. Franc CFA in die jährliche Subventionierung chemischen Düngers investiert würde, sondern in nachhaltige Maßnahmen, etwa den Bau von Brunnen mit photovoltaikbetriebenen Pumpen, als Voraussetzung

14 Das Forum wurde vorwiegend von der weltweiten Bewegung von Kleinbäuerinnen und -bauern La Via Campesina organisiert und hat, wie die deutschsprachige Nyéléni-Webseite betont, große Auswirkungen auf die weltweite Debatte zu Ernährungssouveränität gehabt: «Bei dem Treffen trafen circa 500 Delegierte aus 80 verschiedenen Ländern zusammen. Nicht nur Produzent\*innen waren anwesend; es wurde ein Austausch zwischen Konsument\*innen, NGO's, Umweltschützer\*innen, urbanen Bewegungen, die dieses erste Zusammenkommen entschieden prägten. Die auf dem

Forum erarbeitete Deklaration bietet ein gemeinsames Verständnis von Ernährungssouveränität und dient seitdem als Basistext. Um tatsächlich eine weltweite Bewegung für Ernährungssouveränität voranzutreiben, wurde deutlich, dass es nicht nur bei diesem Forum bleiben soll, sondern auch in den verschiedensten Regionen der Nyéléni-Prozess weitergetragen werden soll." Vgl. <https://nyeleni.de/nyeleni-geschichte/> 15 Vgl. die offizielle Dokumentation zum Nyéléni-Forum: Englisch: [https://nyeleni.org/DOWNLOADS/Nyelni\\_EN.pdf](https://nyeleni.org/DOWNLOADS/Nyelni_EN.pdf), französisch: [https://nyeleni.org/DOWNLOADS/Nyelni\\_FR.pdf](https://nyeleni.org/DOWNLOADS/Nyelni_FR.pdf)

dafür, Bäume im größeren Stil anzupflanzen, die ihrerseits den Böden wertvolle Nährstoffe zuführen würden (nebst Kühlung durch Verschattung, Wasserspeicherung etc.).

**Sabine Dorlöchter-Sulser** hob als letzte Referentin unter Verweis auf die bisherigen Vorträge hervor, dass vor allem die fehlende Rolle des Staates bei der Implementierung agrarökologischer Produktionsweisen sichtbar geworden sei. Die Sahelländer müssten daher dringend klären, welches Entwicklungsmodell sie in puncto ländlicher Strukturwandel wollten, auch unterschieden je nach Land. Dabei dürfte die Forcierung agrarindustrieller Landwirtschaft oder die Fokussierung auf mittlere bäuerliche Betriebe keine Lösung sein, zumal beide Vorgehensweisen kleinbäuerliche Haushalte verdrängen würden. Ungleich interessanter sei, so Sabine Dorlöchter-Sulser der in den letzten Jahrzehnten unter anderem in China, Japan und Südkorea praktizierte inklusive Strukturwandel, der sich auf eine Stärkung aller Betriebsgrößen konzentriert habe – inklusive des Aufbaus regional verankerter Verarbeitungsbetriebe landwirtschaftlicher Rohstoffe. Genau in diesem Sinne müsste der Staat auf allen Ebenen tätig werden, um eine breitenwirksame Umsetzung agrarökologischer Vorgehensweisen zu ermöglichen. Die Referentin betonte, dass ein Strukturwandel im Geiste der Agrarökologie ein äußerst komplexes Unterfangen sei, das nur gelingen könne, wenn Bauern und Bäuerinnen mit ihrem lokalen Wissen von Anfang an eingebunden würden und so die Möglichkeit erhielten, bei der standortgerechten und auf ihre eigenen Bedürfnisse zugeschnittenen Ausbildung agrarökologischer Produktionsweisen mitzuwirken. Im Anschluss an die vier Auftaktvorträge erfolgten zahlreiche Fragen und Kommentare, die ihrerseits zu wichtigen Vertiefungen einzelner Aspekte führten. Einer der Schwerpunkte der Debatte zielte auf den Umstand, dass in Mali weder staatliche Akteure noch Abgeordnete irgendwelche Anstrengungen unternommen hätten, das neue, 2017 verabschiedete Bodengesetz allgemein bekannt zu machen – insbesondere was die Einrichtung der für die Landverwaltung zuständigen Dorfkommisionen betrifft. Stattdessen sei diese Aufgabe bäuerlichen Organisationen überlassen worden, auch was die Unterrichtung von Staatsanwält:innen und Richter:innen anbelangt. Schließlich wurden in einem letzten Schritt grundsätzliche wie spezifische Empfehlungen ausgearbeitet, allesamt um die Frage gruppiert, wie Agrarökologie überhaupt gestärkt werden könne:

- Prinzipiell ist eine nationale, gesetzlich flankierte Strategie zugunsten eines agrarökologisch ausgerichteten Strukturwandels des landwirtschaftlichen und pastoralistischen Sektors in die Wege zu leiten, welche von internationalen (Entwicklungs-)Akteuren programmatisch und finanziell unterstützt wird.

- Dies umfasst auch Maßnahmen zur gemeinsamen Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen wie Land, Wasser oder Holz – inklusive Wiederaufforstungsmaßnahmen (Stichwort: Landschaftssanierung).
- In diesem Zusammenhang ist zudem eine Überarbeitung jener Saatgutgesetze erforderlich, die der freien Verwendung bäuerlichen Saatguts entgegenstehen.
- Die Entwicklung einer nationalen Strategie erfordert des Weiteren breit angelegte Aufklärungs-, Informations- und Ausbildungskampagnen, bei denen nicht zuletzt Frauen und junge Menschen im Zentrum stehen sollten.
- Bäuerliche und zivilgesellschaftliche Interessenverbände, die sich für Agrarökologie und bäuerliche Rechte einsetzen, sind ebenfalls zu stärken. Hierzu gehört auch die Förderung des Erfahrungsaustauschs unter Bauern und Bäuerinnen, um eine standortgerechte Diversifizierung der jeweiligen agrarökologischen Praktiken zu befördern.
- Zudem ist der Aufbau von Wertschöpfungsketten in die Wege zu leiten, sodass eine zertifizierte Weiterverarbeitung agrarökologisch hergestellter Rohstoffe gewährleistet ist – dies auch mit Blick auf den Aufbau eines eng mit Viehzucht verzahnten Molkereiwesens.
- Bäuerliche Betriebe – einschließlich kleiner familiärer Haushalte – sind infrastrukturell und finanziell zu stärken: durch Bereitstellung von Brunnen, Energie (vor allem mittels Photovoltaik), Krediten, Futtermitteln etc.
- Um die Kreditaufnahme zu erleichtern, sind bäuerliche Haushalte bei der Gründung von Genossenschaften und Berufsverbänden zu unterstützen.
- Vertriebene, die in ihre Dörfer zurückkehren, sind dahingehend zu fördern, ihren Neustart mit der Anwendung agrarökologischer Produktionsweisen zu verbinden.
- Bäuerliche Akteure, die für agrarökologische Maßnahmen streiten und in diesem Zusammenhang Schwierigkeiten mit der Justiz bekommen, sind politisch, finanziell und juristisch zu unterstützen – gerade in politischen aufgeladenen Zeiten, wie das derzeit der Fall ist <

## 3.6 Jugend im Aufbruch – Politische Teilhabe und ökonomische Perspektiven

*Referent:innen: Epiphanie Dionrang, Ligue Tchadienne des Droits de Femmes (LTDH), Tschad; Carole Sanogo, Réseau des clubs de paix /WANEP, Burkina Faso; Ousmane Maiga, Association des Jeunes pour la Citoyenneté active et la Démocratie (AJCAD), Mali; Abdoulaye Sounaye, Leibniz-Zentrum Moderner Orient, Berlin | Moderation: Romain Thiollier, Brot für die Welt.*

Die Lage der Jugend ist der einzige Themenkomplex, der bislang auf allen drei Fokus Sahel-Konferenzen in Gestalt eines eigenen Workshops vertreten war – und zwar mit jeweils ähnlich lautenden Titeln: «Jugend zwischen Perspektivlosigkeit und Aufbruch» (2019<sup>16</sup>), «Jugend und Partizipation» (2022<sup>17</sup>) sowie «Jugend im Aufbruch – politische Teilhabe und ökonomische Perspektiven» (2024). Vor diesem Hintergrund kann es nicht verwundern, dass sich bestimmte Fragen- und Problemstellungen wie ein roter Faden durch alle drei Konferenzen gezogen haben – beispielsweise, dass Jugend im Sahel nur im Plural existiere (differenziert nach Land/Stadt, Geschlecht, Bildung, sozialer Position etc.), dass (Aus-)Bildung und Arbeitsmöglichkeiten wichtige Schlüssel zur Veränderung darstellten oder dass junge Menschen in allen gesellschaftlichen Bereichen ungleich früher Verantwortung übertragen bekommen sollten. Ebenfalls durchgehend thematisiert wurde der Umstand, dass junge Menschen im Sahel – entgegen ihrer häufigen Dämonisierung als Risikofaktoren – immer wieder an neuralgischen Punkten der jüngeren Geschichte eine tragende Rolle gespielt hätten: 2019 berichtete Fatoumata Touré, dass in Gao die Jugend 2012/2013 ein maßgeblicher Akteur im zivilen Widerstand gegen die islamistische Besatzung gewesen sei, zudem rief Ouiry Sanou in Erinnerung, dass in Burkina Faso 2014/2015 nicht zuletzt Jugendorganisationen zum Sturz des langjährigen Autokraten Blaise Compaoré beigetragen hätten; 2022 wies Azizou Chéhou darauf hin, dass es in Niger Anfang der 1990er Jahre die Jugend gewesen sei, die als mutige Avantgarde der Demokratie zum Durchbruch verholfen habe; schließlich hoben 2024 zahlreiche Referent:innen das in jüngerer Zeit stark angewachsene politische Engagement der Jugend hervor, ungeachtet dessen, wie die Putsche sowie Transitionsregierungen im Einzelnen zu bewerten seien. Gleichzeitig waren 2024 auch neue Aspekte zu

hören. So schien ein tendenziell größerer Optimismus zu bestehen, dass junge Menschen zukünftig mehr Verantwortung tragen würden als bislang; die spezifischen, häufig von Diskriminierung und Gewalt geprägten Erfahrungen von Mädchen und Frauen nahmen einen breiteren Raum ein als zuvor; und die Frage von Medienkompetenz wurde angesichts von Falschinformationen, Verschwörungserzählungen und Hassreden – insbesondere im Internet – intensiver diskutiert als bei den Vorgängerkonferenzen.

Zum konkreten Verlauf des Workshops: **Epiphanie Dionrang** eröffnete ihren Beitrag mit drei sehr persönlichen geschlechtsspezifischen Gewalterfahrungen, die sie zwischen dem 4. und 12. Lebensjahr erleiden musste, und verdeutlichte so, dass für etliche Mädchen bereits die Kindheit eine schwere Hypothek darstellen könne, bevor sie überhaupt ins Jugendalter eintreten würden. Obwohl junge Menschen, so ein weiterer Gedanke, 65 Prozent der Bevölkerung im Tschad bildeten, hätten sie kaum Mitspracherechte, was Epiphanie Dionrang als «heuchlerische» Haltung der älteren Generationen bezeichnete. Umgekehrt gelte aber auch, dass Jugend mittlerweile der Entmündigung, der Armut und der Repression überdrüssig sei (wie es Abdel Gossumian in seinem Auftaktvortrag beschrieben habe), unabhängig davon, dass sie auf die Unterstützung von Regierungen, internationalen Organisationen und lokalen Initiativen angewiesen sei, um ihr Potenzial voll auszuschöpfen und zur Entwicklung des Landes beitragen zu können.

**Carole Sanogo** griff viele Motive ihrer Vorrednerin auf, schlug aber eine etwas optimistischere Tonart an. Danach habe in Burkina Faso in jüngerer Zeit eine zunehmend aktive Jugend mit ihrer Offenheit, ihrer Kreativität und ihrem Veränderungswillen eine gesamtgesellschaftliche Veränderungsdynamik (mit-)angestoßen – auch im Geiste des während seiner kurzen Amtszeit (1983 bis 1987) ebenfalls jungen Präsidenten Thomas Sankara. Mehr noch: Auch wenn Putsche zu Recht hinterfragt würden, sollte nicht übersehen werden, so Carole Sanogo, dass erst auf diese Weise ein junger Mensch – in diesem Fall: Ibrahim Traoré – im September 2022 ins Präsidentenamt gelangt sei, zusammen mit sieben Abgeordneten unter 30, die ebenfalls Sitze in der gesetzgebenden Übergangversammlung erhalten hätten. Beides sei als «Zeichen der Hoffnung» zu werten, da die Jugend seit der Unabhängigkeit systematisch von Entscheidungspositionen ferngehalten worden sei. Wenn überhaupt, seien junge Menschen als «Stimmvieh», wie es in einem weiteren Beitrag hieß, willkommen gewesen, hätten aber wegen fehlender finanzieller Ressourcen lange keine Chance gehabt, innerhalb von Parteien Karriere zu machen oder für Wahlämter zu kandidieren. Carole Sanogo schloss ihren Beitrag mit dem auch hierzulande aus

16 Vgl. Konferenz-Doku 2019 (deutsche und französische Version): <https://t1p.de/iie3a>

17 Vgl. Konferenz-Doku 2022 (deutsche und französische Version): <https://t1p.de/jtmps>

unterschiedlichen Debatten bekannten Motto «Nichts für uns ohne uns» ab.

Auch **Ousmane Maiga** betonte, dass sich junge Leute im Sahel heutzutage stärker um politische Fragen kümmern würden als ehemals. Dennoch würden sie immer noch klein gehalten werden, unter anderem, solange die Eltern lebten – dies mit dem eigentümlichen Effekt, dass es nicht selten Jugendvertreter:innen gäbe, die 40 oder 50 Jahre alt seien. Zudem könne dieser Schwebzustand zu Revolten führen, in denen sich junge Menschen anfällig für kriminelle oder extremistische Ideen zeigten. Hierzu passe, dass selbst in der aktuellen Transitionsphase die maßgeblichen Meinungsführer:innen um die 50 Jahre oder älter seien, während die jubelnden Anhänger:innen auf der Straße zu 90 bis 95 Prozent aus der Jugend stammten. Umso bemerkenswerter war es, dass auch Ousmane Maiga – trotz seiner deutlich formulierten Skepsis gegenüber dem aktuellen Übergangsprozess – nüchtern festhielt, dass es erst der Putsch gewesen sei, der junge Leute in Verantwortung gehievt habe, unter ihnen Präsident Assimi Goita, der das häufig zitierte Bonmot formuliert habe, wie Romain Thiollier als Moderator in Erinnerung rief, dass sein etwaiges Scheitern auch ein Scheitern der Jugend darstelle – ein Axiom, welches Ousmane Maiga wiederum entschieden zurückwies.

**Abdoulaye Sounaye** rückte zunächst die mentale und psychologische Verfasstheit junger Menschen ins Zentrum seiner Überlegungen: Zu beobachten seien Frustrationen, die teils zu Wut und Zorn führten und somit zu destruktiven Rebellionen wie die Mitgliedschaft in Terrororganisationen, teils zu Revolutionen im Geiste des bereits erwähnten Thomas Sankara, dessen junges Alter eine bis heute nicht zu unterschätzende Quelle seiner Popularität bilde, so Abdoulaye Sounaye. Eine weitere wichtige Feststellung lautete, dass Jugendliche nicht nur Probleme stifteten, sondern auch für Träume stünden, was insofern von großer Tragweite sei, als Gesellschaften, die nicht träumten, gewissermaßen tot seien. Entsprechend gelte, dass der Zusammenhang zwischen Jugend und gesellschaftlicher Entwicklung im Sahel eine durchaus wichtige Rolle spiele. Denn nicht selten würde die «Jugend» auf Haussa als «Matassa» bezeichnet, was so viel hieße wie diejenigen, die aufstrebten bzw. sich entwickeln würden. Abschließend stellte Abdoulaye Sounaye noch die bereits seit vielen Jahren diskutierte Überlegung zur Debatte, wonach den Bedürfnissen der Jugend im Sahel eine Konföderation, wie sie mittlerweile auch von den Transitionsregierungen verfochten würde, ungleich besser gerecht würde als die derzeitige Kleinstaaterei (nämlich im Sinne einer Zusammenlegung von materiellen, kulturellen und intellektuellen Ressourcen). Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen entwickelte sich im zweiten Teil eine thematisch weitgespannte Debatte,

von der hier nur einzelne Aspekte wiedergegeben werden können:

- *Bildung*: Nahezu alle Referent:innen bemängelten, dass das Bildungswesen quantitativ und qualitativ nicht ausreiche. Bemängelt wurde auch, dass zu viele zukünftige Bürokrat:innen ausgebildet würden, aber zu wenige Techniker:innen. Ebenfalls problematisiert wurde mangelnde Medienkompetenz und mangelndes politisches Bewusstsein. So würden viele ihre Entscheidung bei Wahlen aufgrund persönlicher Affinitäten oder unmittelbarer materieller Versprechungen treffen, nicht aber aufgrund programmatischer bzw. ideologischer Überzeugungen.
- «*Kanonenfutter*»: Perspektivlosigkeit oder schlechte und fehlende Ausbildung führten dazu, dass junge Menschen umso einfacher von staatlichen Sicherheitskräften oder bewaffneten Gruppen rekrutiert werden könnten und sich anschließend auf dem Schlachtfeld gegenüberstünden – daher die Rede vom Kanonenfutter. Gleichzeitig wurde auf die Gefahr hingewiesen, dass gerade in Mali die Schulen mancherorts seit 2012 geschlossen seien. Dies könne Rekrutierungsprozesse durch bewaffnete Gruppen auch mittelfristig begünstigen.
- *Diskriminierung von Mädchen und Frauen*: Zu beobachten sei allenthalben toxische Männlichkeit, die damit korrespondiere, dass Mädchen zum Dienen erzogen würden und das Leiden von Mädchen und Frauen als normal gelte. Hierzu passe, dass im Tschad bereits mehrfach Filmaufnahmen von betäubten und vergewaltigten Mädchen und Frauen ins Internet gestellt worden seien – allerdings ohne dass die Täter Strafverfolgung hätten befürchten müssen.
- *Soziale Medien*: Diese seien einerseits Orte, wo (noch) relativ frei Dissens und Protest geäußert werden könne, andererseits würden hier Falschinformationen und Hass verbreitet. Diese nahezu überall auf der Welt diskutierte Problematik hat während des Workshops den wohl größten Raum eingenommen.
- *Optimismus*: Selbst Kritiker:innen der Transitionsregierungen zeigten sich optimistisch, dass es zukünftig bergauf gehen würde: Die 1960er Jahre seien der Unabhängigkeit gewidmet gewesen, die 1990er Jahre der Demokratie und die 2020er Jahre dem intellektuellen und wirtschaftlichen Aufschwung. Einer der Referenten hegte auch den Traum, dass junge Menschen im

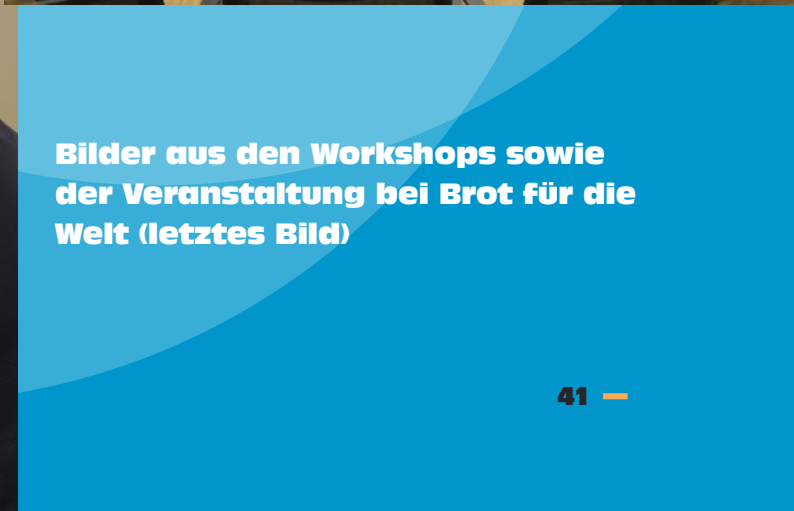
Sahel zukünftig Koreaner:innen, Japaner:innen oder US-Amerikaner:innen ohne Komplexe begegnen könnten.

Viele der in dem Jugend-Workshop formulierten Empfehlungen überschneiden sich mit jenen der beiden vorherigen Fokus Sahel-Konferenzen 2019 und 2022 – insbesondere was die Schaffung ökonomischer Zukunftsperspektiven sowie die Notwendigkeit früherer und größerer Verantwortungsübernahme durch junge Menschen angeht. Und dennoch hat es auch 2024 etliche sehr spezifische Forderungen gegeben, auch solche, die unterstreichen, dass die sogenannte Jugendfrage im Kern ein gesamtgesellschaftliches Anliegen darstellt:

- Schulisches Wissen, berufliche Ausbildung, Medienkompetenz und politische bzw. staatsbürgerliche Fähigkeiten sind ausdrücklich zu fördern – jeweils als Voraussetzung, um kompetent und konstruktiv im beruflichen, medialen und politischen Raum agieren zu können. Um dies zu erreichen, darf Bildung nicht an Schulen, Betriebe etc. delegiert werden. Vielmehr müssen sich alle gleichermaßen einbringen, auch die Eltern und Familien der Schüler:innen.
- Da die Sahelgesellschaften überwiegend agrarisch geprägt sind, gilt es, die Arbeit im landwirtschaftlichen Bereich aufzuwerten. Hierzu gehört auch die Modernisierung der Landwirtschaft, wobei eigens zu klären wäre, ob das in diesem Workshop formulierte Modernisierungsparadigma tatsächlich mit den Empfehlungen der Workshops zu Agrarökologie und Pastoralismus zusammenpasst (→ vgl. 3.1 und 3.5) oder ob sich zwischen den Empfehlungen der einzelnen Workshops Inkohärenzen aufgetan haben.
- Die Rechte von Mädchen und (jungen) Frauen sind umfassend zu stärken, dafür müssen all jene sozialen und kulturellen Mechanismen in den Blick genommen werden, die Ungleichbehandlung überhaupt erst hervorbringen.
- Grundsätzlich ist anzuerkennen, wie unter anderem die Geschlechterfrage zeigt, dass Betroffene für sich selbst sprechen sollten. Dementsprechend gilt auch, dass in der Entwicklungszusammenarbeit südliche Akteure die Möglichkeit erhalten müssen, ihre Programmatiken und Vorgehensweisen selbstbestimmt zu formulieren, ohne Einflussnahme sogenannter Geber aus dem Norden. Geber haben also auch zu respektieren, wenn sich NGOs im Sahel zugunsten der Transitionsregierungen positionieren. Denn maßgebliches Förderkriterium sollte einzig die jeweilige Effizienz und Sinnhaftigkeit einer konkret definierten zivilgesellschaftlichen Arbeit sein, nicht die politische Ausrichtung einer Organisation (→ vgl. hierzu auch 3.7).
- Im Sinne des zuletzt Gesagten wurde außerdem die während der Eröffnungsvorträge mehrfach erwähnte Idee einer Kartographie der Zivilgesellschaft zurückgewiesen. Wichtig ist vielmehr, so das überwiegend geteilte Credo, dass die jeweilige Arbeit jungen Menschen zugutekommt. Dabei ist primär die langfristige Entwicklung und Stabilisierung einer Organisation zu fördern, nicht zeitlich befristete Projekte. ◀







**Bilder aus den Workshops sowie der Veranstaltung bei Brot für die Welt (letztes Bild)**

CAS du Tchad

Contexte

Posture de l'Allemagne de deux poids, deux mesures par rapport à la situation politique au Tchad  
- la coopération

## 3.7 Entwicklungszusammenarbeit im Kontext von Dekolonisierung und Multipolarität

*Referent:innen: Augustin Cissé (online), Organisation pour la réflexion, la formation et l'éducation à la démocratie et au développement (ORFED), Mali; Ouiry Sanou, Organisation Démocratique de la Jeunesse du Burkina Faso (ODJ), Burkina Faso; François Paul Ramdé, Union Fraternelle des Croyants Dori (UFC-Dori), Burkina Faso; Moctar Kamara, ehemalige ZFD-Fachkraft in Mali für EIRENE e.V., Deutschland; Maria Klatte (online), Misereor Deutschland | Moderation: Helmut Asche, Ökonomieprofessor im Ruhestand und Sprecher des VAD-Sahel-Ausschusses, Deutschland.*

Sämtliche Workshops gingen auf die eine oder andere Weise auf die im Titel der Konferenz adressierte Leitfrage der «Kooperationen der Zukunft» ein, doch keiner hat das derart gründlich umgesetzt wie Workshop Nr. 7, der sich mit der Frage beschäftigte, wie Entwicklungszusammenarbeit – als eine von mehreren Kooperationsdimensionen – zukünftig gestaltet werden sollte. Der Workshop fungierte außerdem als eine Art Gegenstück zum Multipolaritätsworkshop (→ vgl. 3.4), der ebenfalls die Frage politischer und ökonomischer Partnerschaften thematisierte, dies jedoch im Rahmen geopolitischer Verschiebungen. Bemerkenswert war unterdessen, dass die Referent:innen die derzeitige Form der Entwicklungszusammenarbeit regelrecht anprangerten, unabhängig davon, dass sie politisch keineswegs an allen Punkten übereinstimmten – etwa was die Rolle von Russland oder den Status politischer Freiheitsrechte betrifft.

**François Paul Ramdé** berichtete zunächst, dass die seit knapp 10 Jahren zu beobachtende Dekolonisierung der Entwicklungszusammenarbeit unter anderem darin zum Ausdruck komme, ortsgebundener zu agieren, also die Bedarfe und Teilhabemöglichkeiten lokaler Gemeinschaften stärker in den Blick zu nehmen. Denn sie seien in der Vergangenheit viel zu häufig übergangen worden, obwohl sie die (Not-)Lagen vor Ort am besten kennen würden und obwohl es lokale Behörden oder Organisationen seien, die über die direktesten Zugangsmöglichkeiten zur Bevölkerung verfügten. Eine derartige Verantwortungsübertragung auf die lokale Ebene knüpfe insofern auch an die Dezentralisierungs- und Demokratiethematik an, so François Paul Ramdé, die im Mittelpunkt der Fokus Sahel-Konferenz 2022 gestanden habe. Dass es überhaupt zu gewissen Dekolonisierungstendenzen gekommen sei, habe nicht nur mit Emanzipationsbestrebungen im Sahel zu tun, sondern auch mit enttäuschenden Ergebnissen ent-

wicklungspolitischer Maßnahmen, und das umso mehr, als die verfügbaren finanziellen Ressourcen seit geraumer Zeit rückläufig seien.

**Augustin Cissé** ging in seinem Beitrag von der Feststellung aus, dass im Sahel derzeit nach einer anderen Form der Regierungsführung gesucht werde und dies ein Möglichkeitsfenster für sektorübergreifende Reformen geöffnet habe. Denn bislang seien Kooperationsprojekte in aller Regel in den sogenannten Geberländern konzipiert worden, ohne die Verantwortlichen oder Betroffenen im Sahel aktiv einzubinden oder ihre realen Bedarfe abzufragen. Hierzu habe auch gehört, dass kaum in den Produktionssektor investiert worden sei und Korruption mit dem wachsenden Finanzvolumen entwicklungspolitischer Maßnahmen kontinuierlich zugenommen habe – beides mit dem Effekt, dass sich die gesellschaftliche Lage in den Sahelländern in den letzten Jahrzehnten kaum verbessert habe. Augustin Cissé schlussfolgerte daher, dass zukünftige Kooperationen mindestens vier Kriterien zu erfüllen hätten: Erstens müssten sich sämtliche Maßnahmen an sektorspezifischen Zielsetzungen orientieren, die innerhalb der Sahelländer entwickelt worden seien, und hierzu gehöre auch die maßgebliche Beteiligung der Verantwortlichen bei der Umsetzung; zweitens gelte es, entwicklungspolitische Gelder ausgewogen zwischen Investitionen in den Produktionssektor und sozialer Wohlfahrt bzw. Nothilfe aufzuteilen; drittens sei bei sämtlichen Maßnahmen finanzielle und inhaltliche Transparenz gegenüber der Bevölkerung herzustellen; und viertens müssten gezielt hoch qualifizierte Führungskräfte ausgebildet werden (anstatt sich nur auf die allgemeine Grundbildung zu konzentrieren), um den Aufbau einer eigenen (rohstoffverarbeitenden) Industrie zu garantieren. Erst, wo all dies gewährleistet sei, könne von einer echten Dekolonisierung der Entwicklungspolitik gesprochen werden.

**Ouiry Sanou** rief zu Beginn seines Beitrags in Erinnerung, dass die Sahelländer durch die nach ihrer Unabhängigkeit 1960 mit Frankreich abgeschlossenen Kooperationsabkommen weiterhin fest an die ehemalige Kolonialmacht gebunden gewesen seien, mit dem Effekt, dass es zu einem bruchlosen Übergang von kolonialer zu neokolonialer Unterwerfung gekommen sei (Stichwort: *Françafrique*). Und daran habe sich bis heute nichts geändert, da auch Russland und andere (derzeit im Sahel geschätzte) nicht westliche Mächte imperialistisch agieren würden. Stattdessen bedürfe es eines eigenen Gesellschaftsprojekts der Sahelländer, also echter Demokratie, die einzig auf den Schutz der Menschenrechte und die Verwirklichung der Bedürfnisse der Bevölkerung ausgerichtet sei – einschließlich (1) Kündigung aller nicht vorteilhaften zwischenstaatlichen Verträge, (2) Schuldentilgung und (3) freier, d.h. souveräner Partnerwahl. Zivilgesellschaftliche Akteure

dürften sich also nicht zu bloßen «Resonanzkörpern» externer Entwicklungsakteure degradieren lassen, die statt offener und transparenter Zusammenarbeit lediglich ihre eigenen Interessen verfolgen würden. Ungeachtet dessen hätten europäische Länder sehr wohl das Recht, so Ouiry Sanou, eigene Interessen in die Kooperation einzubringen – sie müssten sich nicht verstecken, nur weil der Sahel ökonomisch verarmt sei. Worauf es ankomme, sei einzig, eine Begegnung auf Augenhöhe zu verwirklichen, was aber nur realisierbar sei, wenn all jene Strukturen überwunden würden (was natürlich hochgradig voraussetzungsvoll sei), die eine imperialistische Interessenpolitik erlauben würden.

**Moctar Kamara** spannt den Faden seiner Vorredner erklärtermaßen weiter, indem er darauf hinwies, dass bereits Thomas Sankara in den 1980er Jahren erklärt habe, dass Entwicklungshilfe die kreativen Energien der Bevölkerung ersticken würde. Und daran wiederum habe sich bis heute nichts geändert, da die strukturelle Grundanordnung der Entwicklungszusammenarbeit (mit sogenannten Gebern und Empfängern) nur wenig Spielraum für eine tiefgreifende Umstrukturierung der Kooperationsbeziehungen lasse. Denn letztinstanzlich seien die Ziele und Interessen der Geberländer maßgeblich, weshalb es laut Moctar Kamara durchaus angemessen sei, von einer «neokolonialen Essenz» der Entwicklungszusammenarbeit zu sprechen. Veränderungspotential liege aber in den zivilgesellschaftlichen Beziehungen. Hier könnten – und müssten – alle nur erdenklichen Anstrengungen unternommen werden, indem erstens südliche Partner in Gänze an der Planung und Umsetzung entwicklungspolitischer Maßnahmen beteiligt würden und indem zweitens völlige Transparenz bei der Finanzverwaltung gewährleistet würde. Denn auf diese Weise könnten zumindest Frustrationen vermieden werden, die durch das hierarchische Verhältnis zwischen Geldgebern und Begünstigten entstünden – auch wenn dies keineswegs einer Dekolonisierung der Entwicklungszusammenarbeit gleichkomme.

Als fünfte Referentin sprach sodann **Maria Klatte**. Sie berichtete darüber, wie das kirchliche Hilfswerk *Misereor* 2019 einen internen Dekolonisierungsprozess gestartet habe, der darauf abziele, über das koloniale Erbe und die Rolle der Macht in der Zusammenarbeit zwischen Misereor und seinen Partnern nachzudenken, all dies mit dem Ziel, langfristig die Arbeitsweise von Misereor weiterzuentwickeln. Bislang handele es sich um einen offenen Reflexionsprozess unter Beteiligung verschiedener Partner, aber es seien noch keine konkreten Schlussfolgerungen gezogen worden. Wichtige Fragen lauteten, wer die Regeln der Zusammenarbeit festlege, wer wem gegenüber welche Rechenschaft ablegen müsse, wer über Prioritäten und Strategien bestimme

etc. Entsprechend habe Misereor Workshops und Schulungen organisiert, zudem sei ein inklusiver Dialog über die strategische Ausrichtung der Gesamtorganisation 2024 bis 2028 eröffnet worden.

In der anschließenden Debatte stieß das Vorgehen von Misereor auf breite Zustimmung, auch bei Misereor-Partnern, die selbst in den Prozess eingebunden sind. Gleichzeitig gab es auch produktive Kritik. So fragte ein Teilnehmer – unter Verweis auf Debatten innerhalb seiner eigenen Organisation –, ob es nicht passender wäre, von einem «antirassistischen Prozess» zu sprechen. Denn Grundlage der Kolonisierung sei das Postulat weißer Vorherrschaft gewesen. In einer weiteren Wortmeldung wurde auf die Gefahr von Selbstzufriedenheit im Zuge derartiger Reflexionsprozesse hingewiesen: Nur weil alles besprochen und verstanden sei, bedeute das noch lange nicht, den transformativen Hebel gefunden zu haben, um die von allen Referent:innen geschilderten strukturellen Zwänge bzw. Widersprüche zu überwinden. Schließlich unterstrich ein nigrischer Teilnehmer das bereits in den Vorträgen angeklungene Paradox, wonach Entwicklungszusammenarbeit zwar in der Tradition kolonialer Fremdbestimmung stünde («von der Zivilisierungszur Entwicklungsmision»), gleichzeitig aber von einer Dekolonisierung der Entwicklungszusammenarbeit die Rede sei. In diesem Sinne müsse es eigentlich um einen echten Neustart gehen: Danach gelte es zu begreifen, dass entwicklungspolitische Lösungen nicht automatisch aus dem Norden kämen. Vielmehr seien ergebnisoffene Kooperationen gefragt, bei denen alle Beteiligten etwas anzubieten hätten. Ausgehend hiervon entwickelte sich sodann eine intensive und weitverzweigte Debatte, von der im Folgenden nur einige Aspekte exemplarisch genannt werden können:

- In mehreren Beiträgen wurde die Notwendigkeit hervorgehoben, dass entwicklungspolitisch die Bedürfnisse, die Willensbekundungen und die Denkmuster in den Sahelländern respektieren müsse, aber natürlich könnten bzw. sollten die Geber ebenfalls sagen, was ihnen wichtig sei.
- Noch passender sei es, so eine weitere Stimme, nicht von Entwicklungszusammenarbeit zu sprechen, sondern von «Handel», was nicht zuletzt bedeute, dass keine der beteiligten Seiten ihre jeweiligen Werte dem Gegenüber aufzwingen könne.

- In diesem Zusammenhang wurde auch darauf hingewiesen, dass bereits seit 2005 in der internationalen Entwicklungspolitik das Prinzip gelte, dass sich entwicklungspolitische Maßnahmen in nationale Strategien einfügen müssten. Dies werde aber viel zu selten berücksichtigt, selbst von den Regierungen im Sahel nicht (in Afrika habe sich lediglich Ruanda einen Namen gemacht, auf dieses Prinzip mit Nachdruck zu pochen).
- Auf Initiative des Moderators Helmut Asche wurde in einer abschließenden Reflexion die Debatte dahingehend bilanziert, dass sich zwei Tendenzen herauskristallisiert hätten: Eine radikale, wie es provisorisch hieß, wonach Entwicklungszusammenarbeit derart kolonial imprägniert sei, dass eine Dekolonisierung nicht wirklich möglich wäre. Und eine reformistische, die zwar ebenfalls grundsätzliche Kritik an Entwicklungszusammenarbeit üben würde, unter dem Stichwort der «Lokalisierung» aber eine Reform der Entwicklungszusammenarbeit für machbar halte. In diesem Kontext müsse übrigens auch über das in Europa häufig vorgetragene Argument des "Haushaltsrechts" nachgedacht werden. Denn es sei fragwürdig, dass europäische Regierungen auf lückenlose Rechenschaft seitens der Verantwortlichen im Sahel pochten (da ja das entwicklungspolitisch verausgabte Geld von europäischen Steuerzahler:innen stamme), dass das damit einhergehende Prozedere jedoch eine asymmetrische Beziehung stifte und somit der Idee von Dekolonisierung widerspreche.
- Ebenfalls bilanzierend meinte eine europäische Teilnehmerin, dass sie die Debatte als sehr bereichernd empfunden habe, allerdings glaube, dass Vertreter:innen der afrikanischen Zivilgesellschaft meist viel zu höflich gegenüber europäischen Politiker:innen auftreten würden. Statt Samthandschuhen sei ungleich mehr Klarheit angebracht (wie im Workshop praktiziert), was wiederum einen Teilnehmer aus dem Sahel zu der Feststellung brachte, dass die Menschen im Sahel aufhören sollten, sich in einer ständigen Logik des Bettelns zu bewegen. Vielmehr käme es darauf an, selber Verantwortung zu übernehmen und nicht die Lösung der Probleme durch andere zu erwarten.

Insgesamt bestand unter den Teilnehmer:innen des Workshops zu «Entwicklungszusammenarbeit im Kontext von Dekolonisierung und Multipolarität» großes Einvernehmen, in erster Linie, was die Notwendigkeit

eines grundlegenden Kurswechsels betrifft. Die diesbezüglich wichtigsten Aussagen und somit auch Empfehlungen lauteten:

- Trotz punktueller Erfolge muss die Entwicklungspolitik der vergangenen 60 Jahre im Sahel als weitgehend gescheitert betrachtet werden. In diesem Sinne bedarf es eines Neuanfangs in allen Bereichen, vor allem müssen die bisherigen Beziehungen umfassend dekolonisiert werden.
- Wichtige Prinzipien für einen Neuanfang sind: wechselseitiger Respekt, Fokus auf beidseitigen Vorteil («gagnant-gagnant»), Wahlfreiheit in der (entwicklungspolitischen) Partnerwahl und Lokalisierung. Lokalisierung bedeutet in diesem Kontext, dass die Verantwortung für Planung und Durchführung jeglicher Maßnahmen aufseiten der Sahelländer zu liegen hat. Dabei ist darauf zu achten, dass sich die Maßnahmen in sektorspezifische Zielsetzungen einfügen, welche ihrerseits das Ergebnis politischer Entscheidungen in den Sahelländern sein müssen.
- Dort, wo es derzeit nicht möglich ist, historisch entstandene Asymmetrien zu überwinden (etwa im wirtschaftlichen Bereich), ist zumindest auf eine Dekolonisierung der konkreten Beziehungen zu achten, insbesondere im zivilgesellschaftlichen Bereich. Zudem sind zivilgesellschaftliche Akteure zu ermutigen, offen ihre Meinung oder Kritik zu äußern, bei Dissens sind ggf. auch Kooperationen abzublasen.
- Sämtliche Maßnahmen sind transparent umzusetzen – sowohl bei staatlichen Kooperationen als auch im zivilgesellschaftlichen Bereich. Vor allem ist sicherzustellen, dass Zielgruppen in den Dörfern bzw. auf dem Land gut darüber unterrichtet sind, für welche Zwecke Gelder zur Verfügung gestellt werden.
- Entwicklungspolitische Maßnahmen dürfen sich nicht in Wohlfahrt bzw. Charity erschöpfen. Sie müssen vielmehr auf eine Stärkung des Produktionssektors zielen, um ein endogenes wirtschaftliches Wachstum in den Sahelländern zu begünstigen und so entwicklungspolitische Kooperationen langfristig überflüssig zu machen. Hierzu gehört auch die Ausbildung hoch qualifizierter Führungskräfte. ◀

## 3.8 Kurzvortrag zur Wirklichkeit der deutschen Entwicklungspolitik

Die grundlegende Kritik an der derzeitigen Entwicklungspolitik war auch insofern bemerkenswert, als der zweite Tag mit einem kurzen Vortrag eingeleitet wurde, in dem Jonas Schubert von *terres des hommes* und Bettina Ide von der *Welthungerhilfe* eine Vorankündigung zu der am 24. Juni 2024 – also rund zwei Wochen später – veröffentlichten Studie «Kompass 2024» machten, der zum 31. Mal erschienenen Bestandsaufnahme «Zur Wirklichkeit der deutschen Entwicklungspolitik».<sup>18</sup> Naturgemäß konnten bzw. wollten die Referent:innen zu den Inhalten der Studie noch nichts Genaueres sagen, aber mittlerweile ist die Studie auf Deutsch verfügbar, und natürlich dürfte es interessant sein, die Ergebnisse der Bestandsaufnahme mit den Debatten während der Konferenz abzugleichen. Denn in der Ankündigung der Studie (wie sie unter anderem auf der Webseite der Welthungerhilfe nachzulesen ist) finden sich viele jener Stichworte, die auch auf der Fokus Sahel-Konferenz eine wichtige Rolle gespielt haben: «Seit mehr als drei Jahrzehnten veröffentlichen terre des hommes und die Welthungerhilfe nun den Kompass – Zur Wirklichkeit der deutschen Entwicklungspolitik. In den letzten Jahren sind wir dabei Zeug\*innen einer zunehmend multipolar ausgerichteten Weltordnung geworden. Zugleich erleben wir eine Polykrise, die ihr Gesicht in Form einer steigenden Anzahl von Kriegen und Konflikten, der anhaltenden Folgen der Corona-Pandemie, einer sich verschärfenden Klimakrise und wachsender Fragilität zeigt. [...] Die deutsche Entwicklungspolitik muss geeignete Wege finden, mit der zunehmenden Komplexität umzugehen und ihren Beitrag zu leisten, die wachsenden Bedarfe zu decken. Das kann nur gelingen, wenn sie ihre Anstrengungen weiter verstärkt und bestehende Konzepte an die veränderten Rahmenbedingungen anpasst.» ◀

<sup>18</sup> Die Studie ist unter anderem an folgender Stelle abrufbar: <file:///home/olaf/Downloads/2024-kompass-deutsche-entwicklungszusammenarbeit.pdf>

The background features a solid blue field with a large, semi-transparent light blue circle on the right side. On the left, there is a large orange triangle pointing towards the center. The number '4' is rendered in a large, bold, white sans-serif font.

**4**

**Dritter Tag –  
Auswertung &  
Öffentliche  
Abschluss-  
veranstaltung**

## 4.1 Auswertung

Während die ersten beiden Tage der Information, der Analyse und der Erarbeitung themenspezifischer Empfehlungen dienten, stand am dritten Tag der allgemeine Austausch im Zentrum, dies auch mit Blick auf die geplante Öffentlichkeitsarbeit nach der Konferenz. Begonnen wurde mit kurzen Berichten zu den sieben Workshops (→ vgl. 3.1 bis 3.7), sodann tauschten sich die Teilnehmer:innen der fünf Präsenzzräume (Berlin, Bamako, N'Djamena, Niamey und Ouagadougou) separat aus, um anschließend wieder digital zusammenzukommen und ins gemeinsame Gespräch einzusteigen. Dabei fungierte – angelehnt an den Konferenztitel – die Frage gemeinsamer Kooperationen als roter Faden, unter Einbeziehung nicht nur der Empfehlungen des Vortages (→ vgl. insbesondere 2.3, 3.4 und 3.7), sondern auch jener Vorschläge, die drei der vier Präsenzzräume im Sahel während der Arbeitsgruppen-Phase entwickelt und schriftlich übermittelt hatten:

### a) Vorschläge aus Bamako – gerichtet an Fokus Sahel (freie Übersetzung):

- Fokus Sahel wird gebeten, einen Kontakt- und Austauschmechanismus zu schaffen, der es auch solchen zivilgesellschaftlichen Organisationen erlaubt, mit Fokus Sahel in Kontakt zu treten, die (derzeit) keine Partnerschaft mit Fokus Sahel-Mitgliedern haben.
- Fokus Sahel wird aufgefordert, die Empfehlungen der Konferenz an die politisch Verantwortlichen in Deutschland weiterzuleiten und den Teilnehmer:innen im Sahel Bericht zu erstatten, ob und wie diese Empfehlungen aufgenommen wurden.
- Fokus Sahel wird ersucht, zivilgesellschaftliche Organisationen im Sahel finanziell zu unterstützen.

### b) Vorschläge aus Ouagadougou – gerichtet an die deutsche Bundesregierung und Zivilgesellschaft (freie Übersetzung):

- Unterstützung des staatlichen Dezentralisierungsprozesses mit geeigneten Maßnahmen.

- Unterstützung zivilgesellschaftlicher und staatlicher Akteure bei der Stärkung von Menschenrechten.
- Begleitung der Übergangsregierung bei der Schaffung demokratischer Strukturen, die besser an die gesellschaftlichen Verhältnisse in Burkina Faso angepasst sind.
- Unterstützung der sozioökonomischen Entwicklung der Bevölkerung – ungeachtet der Haltung Deutschlands gegenüber der Übergangsregierung.
- Stärkung von Transparenz und Respekt in der Zusammenarbeit.
- Erklärung der Bereitschaft der deutschen Bundesregierung sowie Zivilgesellschaft, als Sprachrohr der Sahel-Staaten gegenüber der Europäischen Union zu fungieren, um stigmatisierende Vorurteile gegenüber den Sahel-Staaten abzubauen.
- Stärkung partizipativer Teilhabemöglichkeiten in der Zusammenarbeit.
- Unterstützung der beruflichen Ausbildung von Jugendlichen und Frauen.
- Unterstützung von Bildungsmaßnahmen zur Förderung von Bürgersinn, staatsbürgerlichem Bewusstsein und Friedenskompetenzen.
- Unterstützung staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure bei der Bewältigung der humanitären Krise im Sahel.
- Erklärung der Bereitschaft des deutschen Staates, die eigene Politik zu dekolonisieren.

### c) Vorschläge aus N'Djamena – gerichtet an die deutsche Bundesregierung und Fokus Sahel (freie Übersetzung):

- Den tschadischen Staat aufzufordern, den Entwurf des neuen Boden- und Weidengesetzes zu verabschieden.
- Den tschadischen Staat aufzufordern, die Durchzugswege für Viehhirten vollumfänglich wiederherzustellen.

- Den tschadischen Staat aufzufordern, bestehende Gesetze strikt anzuwenden, um den Betroffenen von Landkonflikten Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.
- Den tschadischen Staat aufzufordern, seine geplanten Finanzierungen von Maßnahmen zugunsten der Bevölkerung umzusetzen.
- Geeignete Mittel anzuwenden, um die Rezeption der Empfehlungen der Fokus Sahel-Konferenz durch staatliche Akteure in Deutschland im Auge zu behalten [adressiert an Fokus Sahel].
- Eine ähnlich ausgerichtete Konferenz im Sahel durchzuführen [adressiert an Fokus Sahel].
- Ein Partnerschaftsmodell zu etablieren, das die Ideen und Projekte der zivilgesellschaftlichen Organisationen im Sahel respektiert.

Angesichts der enormen Fülle themen- und länder-spezifischer Empfehlungen erwies es sich für die an fünf unterschiedlichen Orten zusammengekommenen Teilnehmer:innen als gar nicht so einfach, einen gemeinsamen Gesprächsfaden zu entwickeln. Gleichzeitig war der Austauschbedarf hoch, auch mit Blick auf die zum Teil sehr grundlegenden Differenzen, die bereits am ersten Tag sichtbar geworden waren. Der hier nur ausschnitthaft wiedergegebene Gesprächsverlauf möge daher einen gewissen Eindruck der diesbezüglichen Gespräche vermitteln. Zudem sei kommentierend vorausgeschickt, dass sich trotz mehrerer Versuche des Moderators vergleichsweise wenig europäische Teilnehmer:innen zu Wort gemeldet haben. Das war einerseits der begrüßenswerten Haltung geschuldet (wie einige später meinten), primär zuhören und lernen zu wollen. Andererseits erfüllte sich so der als Ziel der Konferenz ausgegebene Wunsch nur eingeschränkt, auch im zivilgesellschaftlichen Süd-Nord-Rahmen eine kontroverse und dennoch offene sowie vertrauliche Debattenkultur zu etablieren.

Und doch: Gleich der erste Redner – ein deutscher NGO-Mitarbeiter – suchte die offene Debatte, indem er die in Ouagadougou versammelten Teilnehmer:innen fragte, was es mit ihrer zweiten Empfehlung «Unterstützung zivilgesellschaftlicher und staatlicher Akteure bei der Stärkung von Menschenrechten» auf sich habe. Denn diese klinge in seinen Ohren insofern fragwürdig, als die Übergangsregierungen im Sahel Menschenrechte bekanntlich verletzen würden, was vor allem die Folgefrage aufwerfe, wie die davon Betroffenen geschützt werden könnten. Eine Vertreterin aus Ouagadougou antwortete mit dem Hinweis, dass es durchaus An-

strengungen der Behörden in Burkina Faso gäbe, Menschenrechte zu schützen, dass aber unbestreitbar sei, dass es immer wieder zu Menschenrechtsverletzungen komme und dass daher der Zivilgesellschaft eine elementare Kontrollaufgabe zustünde. Diese Replik klang umsichtig, wirkt aber auf einige der Anwesenden sehr diplomatisch, was wiederum einen malischen Teilnehmer dazu brachte, auf die aus seiner Sicht unbestreitbare Tatsache zu pochen, dass sich mit der Machtübernahme der Militärs Menschenrechtsverletzungen gehäuft hätten. Auch ein Teilnehmer aus Niger nahm diesen Faden auf und meinte, dass es mit Blick auf zukünftige (Fokus Sahel-)Konferenzen wünschenswert wäre, wenn die Teilnehmer:innen aus den Sahelländern die Möglichkeit erhielten, sich im Vorfeld über ihre unterschiedlichen Analysen und Einschätzungen (live) auszutauschen, auch um gemeinsame Analysen und Empfehlungen zu erarbeiten, die wiederum in die Debatten mit den europäischen Akteuren eingespeist werden könnten.

In einem weiteren Beitrag griff die Vertreterin einer großen deutschen NGO mehrere der von Sahel-Teilnehmer:innen zur Sprache gebrachten Fragestellungen auf. So habe sie mehrfach gehört, dass Deutschland seinen Einfluss gegenüber den Militärregierungen stärker geltend machen solle, was jedoch verkenne, dass Deutschlands Einfluss im Zuge der multipolaren Wende im Sahel rapide gesunken sei, auch weil Länder wie China oder Russland bequemere Partner seien, nicht zuletzt bei Menschenrechtsfragen. Des Weiteren könne konstatiert werden, dass sich mittlerweile diverse zivilgesellschaftliche Organisationen in Deutschland intensiv mit dem Umstand auseinandersetzen würden, dass die heutige Entwicklungszusammenarbeit stets im Kontext des kolonialen Erbes betrachtet werden müsse. Entsprechend sei es für viele Organisationen selbstverständlich geworden, sich in ihrer alltäglichen Arbeit weitgehend auf Expert:innen in den Ländern des Südens bzw. Sahels zu stützen oder mit Partnerorganisationen vor Ort zusammenzuarbeiten. Insgesamt sei sie froh, so ihr Fazit, auf eine große Meinungsvielfalt gestoßen zu sein. Denn diese sei eine Ressource, zumal die verschiedenen Haltungen und Einschätzungen das Ergebnis konkreter Erfahrungen seien und daher durch die Bank Legitimität beanspruchen könnten.

Im Anschluss nahm ein Teilnehmer aus Mali die verschiedentlich an den Verantwortlichen im Sahel geäußerte Kritik zum Anlass, einmal mehr das Selbstverständnis der malischen Übergangsregierung zu erläutern, wofür er unter anderem Unterstützung von den in Bamako versammelten Teilnehmer:innen erhielt. Danach wäre die Übergangsregierung nicht mehr bereit, Haltungen zu akzeptieren, die Einfluss einzig aufgrund entwicklungspolitischer oder anderer Geldzahlungen reklamieren würden. Vielmehr gelte, dass potenzielle



Partner die drei in der neuen malischen Verfassung verankerten Grundprinzipien malischer Außenpolitik zu respektieren hätten, die bereits am ersten Tag zitiert worden seien (Anerkennung der Souveränität Malis, Anerkennung des Rechts auf freie Partnerwahl und Anerkennung der Notwendigkeit, nur solche (entwicklungspolitische) Maßnahmen durchzuführen, die tatsächlich im Interesse der Bevölkerung lägen). So betrachtet wäre es wenig vorausschauend, sollte sich Deutschland aus der Kooperation mit den Übergangsregierungen einzig deshalb zurückziehen (wonach es ja zum Glück nicht aussehe), weil derzeit keine Wahlen stattfinden könnten. Denn dieser leere Stuhl würde von anderen Ländern wie Russland, Iran, Türkei oder China umgehend besetzt werden, abgesehen davon, dass die aus westlicher Sicht als illegitim geltenden Militärs bei zukünftigen Wahlen (wann immer dies sei) mit großer Wahrscheinlichkeit als (Präsidentenschafts-)Kandidaten antreten würden – und spätestens dann wieder als legitime Gesprächspartner:innen respektiert werden müssten.

Ein europäischer Teilnehmer reagierte auf diese Überlegungen mit der irritierten Rückfrage, ob es wirklich eines solchen Armdrückens bedürfe, zumal man sich ja auch über andere Formen der Demokratie verständigen könne – ggf. auch als Übergangslösung, bis es wieder reguläre Wahlen gäbe. Letzteres führte zu einer weiteren Replik aus Ouagadougou, wonach repräsentative Wahlen im westlichen Sinne nicht zwangsläufig die beste Form von Demokratie seien, was auch der Grund dafür sei, dass sie bei ihren schriftlichen Vorschlägen von einer an die Verhältnisse in Burkina Faso «angepassten» Demokratie sprechen würden. Eine

Aussage, die auf den entschiedenen Widerspruch bei einem anderen Teilnehmer aus Burkina Faso stieß. Für ihn sei die Formulierung der angepassten Demokratie nichtssagend, denn Putsche hätten nichts mit angepasster Demokratie zu tun. Gerade Senegal habe doch gezeigt, dass eine große Mehrheit die Bedeutung des Urnengangs für demokratische bzw. stabile Verhältnisse verstanden habe, und gleiches gelte für Länder wie Namibia, Botswana oder Ghana. Dem stimmte auch ein Teilnehmer aus Bamako zu, der die berühmte Mande-Charta aus dem 13. Jahrhundert zitierte (in der Dezentralisierung, Demokratie und die Bedeutung lokaler Verwaltung erstmalig festgelegt worden seien) und der sich empört darüber zeigte, dass es immer wieder die Tendenz gebe, Afrikaner:innen die Fähigkeit zur repräsentativen, als westlich verunglimpften Demokratie abzusprechen.

In einem weiteren Gesprächsstrang regte eine der jüngeren Teilnehmer:innen an, dass bei einer zukünftigen Konferenz ungleich mehr junge Menschen vertreten sein müssten. Man rede zwar davon, dass die Jugend die Zukunft verkörpere, aber auf einer solchen Konferenz sei sie unterrepräsentiert. Ähnlich mit den Frauen: Auch sie würden regelmäßig als ein zentraler Pfeiler von Entwicklung gepriesen, würden allerdings viel zu selten gehört und (finanziell) gefördert werden. Abschließend wurde noch an die Bedeutung der Medien erinnert, die ein Wächter der Demokratie und das Echo der Zivilgesellschaft seien, derzeit aber mit immer enger werdenden Spielräumen konfrontiert seien, etwa in Niger, wie anhand mehrerer aktueller Beispiele ausgeführt wurde. ◀





## Saal-Impressionen (alle drei Tage)

## 4.2 Öffentliche Abschlussveranstaltung

*Teilnehmer:innen: Dr. Bernhard Braune, Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Leiter des Referats 202 Sahel/Westafrika I; Ottmar von Holtz, Mitglied des Deutschen Bundestages, Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Bündnis 90/Die Grünen; Aichata Koné, Union des Associations et Coordination d'associations pour le Développement et la Défense des Droits des Démuni.es (UACDDDD), Mali; Marcel Maïga, Mitglied im Steuerkreis von Fokus Sahel | Moderation: Raoul Bagopha, Misereor, Deutschland | Poetry-Slam: Epiphanie Dionrang, Ligue Tchadienne des Droits de Femmes (LTDH), Tschad.*

Wie schon bei den beiden Vorgängerkonferenzen hat Fokus Sahel auch 2024 zu einer öffentlichen Abendveranstaltung eingeladen, diesmal in den Räumen von *Brot für die Welt* unter dem Titel «Sahel: Aufbruch im Umbruch. Wie kann Kooperation in unruhigen Zeiten gelingen?». Und doch gab es einen entscheidenden Unterschied: Während die Veranstaltungen 2019 und 2022 streckenweise äußerst konfrontativ verliefen (→ vgl. Einleitung), war 2024 eine eher ruhige und respektvolle Stimmung tonangebend, vor allem zwischen den Repräsentanten des Staates bzw. des Deutschen Bundestags einerseits und den zivilgesellschaftlichen Vertreter:innen aus dem Sahel andererseits. Und das dürfte keineswegs zufällig gewesen sein, denn natürlich haben die jüngsten Entwicklungen im Sahel Spuren hinterlassen: Ungeachtet der Bewertung der Putsch im Sahel hat die kritische Öffentlichkeit in Deutschland verstanden, dass die Menschen einen grundlegenden Neuanfang wollen. Entsprechend ist auch bei den politisch Verantwortlichen die Bereitschaft spürbar gewachsen, zuhören und verstehen zu wollen. Dafür stand nicht nur die bereits in der Einleitung zitierte Aussage von Bernhard Braune, wonach sich das BMZ in seinem Vorgehen gegenüber den Sahelländern ganz ausdrücklich an der Maxime der «ausgestreckten Hand anstatt des erhobenen Zeigefingers» orientiere. Auch der Bundestagsabgeordnete Ottmar von Holtz (geboren und aufgewachsen in Namibia) betonte, dass Deutschland noch viel lernen müsse, wenn es um ein angemessenes und insbesondere vorurteilsfreies Afrikabild ginge (wobei der Vollständigkeit halber hinzugefügt sei, dass innerhalb der Bundesregierung das Auswärtige Amt die Prozesse im Sahel ungleich kritischer kommentiert bzw. sieht als das BMZ).

Konkret wurden in der Veranstaltung viele jener Punkte angesprochen, die auch während der Konferenz eine zentrale Rolle gespielt haben – von der Notwendigkeit, zivilgesellschaftliche Organisationen zu unterstützen

(nicht zuletzt im Frauen- und Jugendbereich) über das Konzept zirkulärer Migration als Alternative zur restriktiven Abschottungspolitik bis hin zur Frage, wie Partnerschaft unter multipolaren Bedingungen ausgestaltet werden sollte. Gleichzeitig sind auch kontroverse Punkte zur Sprache gekommen, allerdings auf eine Weise, die Türen geöffnet, nicht zugeschlagen hat: Beispielsweise, inwiefern die europäische Visapolitik ein Hindernis für zukunftsfähige Zusammenarbeit zwischen Sahel und Europa darstelle (folgerichtig wurden permanente Visa unter anderem für Angehörige der Zivilgesellschaft gefordert). Oder inwiefern das von der Bundesregierung propagierte Prinzip der «regierungsfernen, aber bevölkerungsnahen» entwicklungs-politischen Zusammenarbeit als illegitimer Versuch verstanden werden könnte, einen Keil zwischen Bevölkerung und Regierung zu treiben – und das umso mehr, als sich ja die derzeitigen Übergangsregierungen relativ hoher Zustimmungsraten erfreuen würden. In diesem Zusammenhang sei noch darauf hingewiesen, dass es auch Teilnehmer:innen gab, die sich eine etwas kontroversere Debatte gewünscht hätten, also auch mehr Druck auf die politisch Verantwortlichen in Berlin. So schrieb Helmut Asche, der unter anderem Workshop Nr. 7 «Entwicklungszusammenarbeit im Kontext von Dekolonisierung und Multipolarität» moderiert hat, in einem Meinungsartikel für die Welthungerhilfe, dass die Gäste aus dem Sahel die beiden Vertreter des Staates zu sehr mit Samthandschuhen angefasst hätten: «Die ausnehmende Höflichkeit der angereisten Teilnehmer gebot, das Mantra vom guten Ruf und der Verlässlichkeit der Deutschen zu wiederholen. Das mag noch hingehen. Doch dass die vermeintliche Zeitenwende in der Sahelpolitik keineswegs zu radikaler Anpassung an die staatsfernen lokalen Realitäten geführt hat – und insofern die angedachte Dekolonisierung stockt –, wurde nicht deutlich genug kritisiert. Die tatsächliche Schiefelage einer vielfach beschworenen Partnerschaft „auf Augenhöhe“ stand nicht zur Debatte.»<sup>19</sup> Kurzum: Während in den Workshops absolut Klartext gesprochen wurde, unterstreicht der sowohl auf die Fokus Sahel-Konferenz als auch auf die Generalversammlung der Sahel-Allianz im Juli gemünzte Artikel von Helmut Asche, wie weit noch der Weg zu einer echten Transformation entwicklungs-politischer Zusammenarbeit sein dürfte.

Der Rückblick auf den Abend bliebe unvollständig, wenn nicht der beeindruckende Poetry-Slam von Epiphanie Dionrang erwähnt würde, mit dem die Veranstaltung eröffnet wurde. Die Jugend- und Frauen-

<sup>19</sup> Der nur auf deutsch vorliegende Artikel kann hier nachgelesen werden:

<https://www.welthungerhilfe.de/welternaehrung/rubriken/entwicklungspolitik-agenda-2030/steht-die-deutsche-sahel-politik-am-wendepunkt>

aktivistin hat bereits im Jugendworkshop als Referentin mitgewirkt (→ vgl. 3.6), und ähnlich wie dort hat sie die gerade in Krisenzeiten eskalierende Gewalt gegenüber Mädchen und Frauen thematisiert. Die ersten Zeilen ihres zugleich schonungslosen und berührenden Beitrags lauteten: «Diese Geschichte habe ich niemandem erzählt, nicht einmal meinem Schatten. Dieses Trauma habe ich in den Tiefen der Abgründe meines Verfalls versteckt. Ich wollte einen Schlussstrich unter die schwarze Sonne ziehen, auch wenn der Körper nicht vergisst, was die Zeit vergeblich zu löschen versucht». Dass die Veranstaltung mit solchen Worten eingeleitet wurde, passte aus zwei Gründen: Zum einen, weil es das alltägliche Leid vieler Menschen im Sahel in Erinnerung gerufen hat, weshalb im Übrigen die Konferenz – so wie schon 2019 und 2022 – mit einer Schweigeminute eröffnet wurde. Zum anderen, weil Epiphany Dionrang mit ihrem Beitrag die Geschlechterdimension der Vielfachkrise im Sahel einmal mehr in Erinnerung gerufen hat, einen Faden, den sodann Aichata Koné fortgesponnen hat, einschließlich ihrer Aufforderung an die westliche Entwicklungszusammenarbeit, gezielt Aktivitäten von Frauen- sowie Jugendinitiativen zu fördern. ◀



**5**

**Empfehlungen**

Wie in der Einleitung bereits erläutert, wurde bei der Konferenz keine gemeinsamen Empfehlungen formell verabschiedet – ein Unterfangen, das im Lichte der breiten und kontrovers diskutierten Themenpalette ohnehin nicht machbar gewesen wäre. Stattdessen galt die Maxime, mit jenen Empfehlungen an die Öffentlichkeit zu treten, die erstens aus den Auftaktvorträgen, zweitens aus den Workshops und drittens aus der Abschlussdiskussion hervorgegangen sind, dies auch in der Annahme, dass gerade die Diversität der Empfehlungen – einschließlich offenkundiger Differenzen – der aktuellen Lage im Sahel am gerechtesten werden dürfte.<sup>20</sup> Es sei unterdessen ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die hier dokumentierten Empfehlungen vollumfänglich identisch mit den in den einzelnen Kapiteln bereits aufgeschriebenen Empfehlungen sind. Leser:innen, die die Dokumentation bislang vollständig gelesen haben, können das vorliegende Kapitel also bedenkenlos überspringen.

### a) Empfehlungen der Auftaktvorträge

*Vorbemerkung: Alle Referent:innen haben sich mit Blick auf die Leitfrage der Konferenz – Stichwort: "Kooperationen der Zukunft" – auf die eine oder andere Weise für eine Vertiefung der Zusammenarbeit Deutschlands bzw. Europas mit den Sahelländern ausgesprochen. Dabei war bemerkenswert, dass sich niemand (außer Abdel Gossoumian als Referent zum Tschad) die in Europa von etlichen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren favorisierte Formel «regierungsfern, aber bevölkerungsnah» zu eigen gemacht hat, weder wörtlich noch sinngemäß. Hintergrund dafür dürften teils pragmatische Überlegungen gewesen sein, weil die Militärregierungen ohnehin da sind, teils grundsätzliche Überzeugungen, weil die Militärregierungen weiterhin von größeren Teilen ihrer Bevölkerung als legitime Repräsentant:innen betrachtet werden. Und das wiederum hat auch verdeutlicht, dass die in Europa übliche Erzählung, wonach sich die Sahelländer vom Westen abgewendet und Russland zugewendet hätten, in dieser Eindeutigkeit nicht zutreffend ist. Stattdessen haben viele – aber nicht alle – Referent:innen immer wieder betont, dass es den Sahelländern «lediglich» um Unabhängigkeit – das heißt: Souveränität – ginge, übrigens*

<sup>20</sup> In diesem Sinne sei auch hier an das in Fußnote 8 bereits Gesagte erinnert: Während die Vorträge und Debatten im Konjunktiv wiedergegeben sind, um der Diversität und Widersprüchlichkeit der Meinungen und Haltungen gerecht zu werden, sind die Empfehlungen stets im Indikativ formuliert, als Ausdruck davon, dass es sich um Botschaften an Dritte handelt, auch wenn die Vielstimmigkeit ganz bewusst sichtbar bleibt.

*in Fortsetzung des Konzepts der Blockfreiheit, die ja während des gesamten Kalten Kriegs eine Zusammenarbeit in alle Richtungen erlaubt hat. Jenseits der grundsätzlichen Stoßrichtung gab es aber auch spezifische Empfehlungen seitens der einzelnen Referent:innen:*

- Brema Dicko hat die Forderung umfassender Zusammenarbeit am konkretesten ausbuchstabiert. Er empfahl (1) die Kooperation mit den Übergangsregierungen – gemäß der Devise, keinen Stuhl leer zu lassen, (2) die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen, nicht zuletzt im Bereich Frauen und Jugend, (3), die Unterstützung lokaler Gebietskörperschaften, (4) die Unterstützung beruflicher Interessenvertretungen, insbesondere in den Bereichen Landwirtschaft, Viehzucht und Fischerei, (5) die Förderung zirkulärer Migration – verstanden als Unterstützung von Migrant:innen und ihrer Familien, (6) die Unterstützung des Privatsektors, unter anderem bei der Berufsausbildung und (7) die Unterstützung von Medien, etwa bezüglich Faktchecking, Professionalisierung des Bloggerwesens etc.
- Unteressen koppelte Madame Barry die Zusammenarbeit mit Europa (und anderen Akteuren) an drei von der malischen Regierung ausgegebenen Grundprinzipien, die während der Konferenz von verschiedenen Teilnehmer:innen mehrfach zustimmend zitiert wurden: (1) Die Achtung der Souveränität Malis, (2) die Achtung der von Mali getroffenen Wahl seiner Partner und (3) die Berücksichtigung der vitalen Interessen der Bevölkerung bei den zu treffenden Entscheidungen.
- Auch Serge Sedogo forderte eine intensivierte Zusammenarbeit, unter anderem in den Bereichen Humanitäre Hilfe, Waffen (um sich gegen Terroristen wehren zu können) und Wirtschaft (Infrastruktur, Ausbildungsprogramme und saisonale Migrationsprogramme Richtung Europa). Doch gleichzeitig richteten sich seine Empfehlungen auch an die Bevölkerung in Burkina Faso. Denn die von ihm konstatierte Anomie könne nur durch neue – nämlich konstruktivere – Formen der internen Kooperation überwunden werden.

## **b) Workshop 1: Pastorale Lebensformen – wirtschaftliche Potentiale vs. Exklusion und ethnische Diskriminierung**

---

- Das Potenzial für Viehzucht ist besser zu nutzen, dabei müssen sowohl extensive als auch intensive Formen des Pastoralismus gefördert werden.
  - Grundsätzlich ist der Zugang zu Weideflächen und Transhumanzrouten besser zu schützen, Privatisierung von gemeinschaftlich genutztem Land zu unterlassen. Zudem sind Vertreter:innen pastoralistischer Gemeinschaften gleichberechtigt in Komitees zur Landverwaltung zu berücksichtigen.
  - Zur Absicherung der grenzüberschreitenden Transhumanz sind Dialog- und Mediationsformate mit Repräsentant:innen aus den jeweiligen Nachbarländern einzurichten. Einerseits um Vertrauen aufzubauen, andererseits um Regeln zu erlassen, die eine für alle Seiten störungsfreie Transhumanz ermöglichen.
  - Die technische Infrastruktur muss ebenfalls ausgebaut werden, nicht zuletzt ist ein flächendeckendes Netz von Wasserstellen und Brunnen zu gewährleisten.
  - Die Rolle pastoralistischer Gemeinschaften bei juristischen Auseinandersetzungen ist zu stärken. Zudem muss der Schutz vor Viehdiebstahl verbessert werden.
  - Technische Berater:innen für Pastoralismus sind einzusetzen, auch um eine Modernisierung und somit Intensivierung des Pastoralismus zu erreichen (einschließlich räumlich und zeitlich kürzerer Transhumanz-Routen). In diesem Kontext ist auch der Aufbau einer Fleisch- und Milchindustrie zu fördern – teils um die Viehwirtschaft zu stärken, teils um zusätzliche Arbeitsplätze in der Verarbeitungsindustrie zu schaffen.
  - Pastoralistische Gemeinschaften sind bei der Schaffung zusätzlicher Einkommensmöglichkeiten zu unterstützen, unter anderem zur Absicherung gegen unvorhergesehene Krisen wie Viehdiebstahl oder Seuchen.
- Hinsichtlich Menschenrechtsverletzungen sind die Realitäten vollumfänglich anzuerkennen, dafür muss den Betroffenen zugehört und geglaubt werden.
  - Grundsätzlich sind Menschenrechtsverletzungen nach bestem Wissen und Gewissen zu verhindern – vor allem solche von Sicherheitskräften oder staatsloyalen Milizen bzw. Selbstverteidigungseinheiten. Kommt es dennoch zu Menschenrechtsverletzungen, sind Betroffene vor Gericht zu unterstützen. Straflosigkeit ist zu beenden.
  - Jeder Form von Stigmatisierung oder Hassrede ist entgegenzutreten.

## **c) Workshop 2: Restriktive EU-Migrationspolitik vs. entwicklungspolitische Bedeutung von Migration und Diaspora**

---

- Angesichts der sozialen und kulturellen Selbstverständlichkeit von Migration im Sahel bzw. in Westafrika sind Abschottungsmaßnahmen qua Externalisierung zum Scheitern verurteilt. Stattdessen ist zirkuläre Migration zu fördern, zudem dürfen seitens der EU keine migrationspolitischen Maßnahmen ergriffen werden, die die innerafrikanische zirkuläre Migration blockieren.
- Und auch die afrikanischen Staaten sind aufgerufen, Bewegungsfreiheit und somit zirkuläre Migration innerhalb der Afrikanischen Union umfassend zu ermöglichen, ggf. in einem zeitlich gestaffelten Prozess.
- Die Relevanz monetärer Rücküberweisungen von Migrant:innen ist zu berücksichtigen – ob für ihre Familien oder die Gesellschaften insgesamt. Die Kosten bei Geldüberweisungsbanken wie MoneyGram oder Western Union sind folglich (gesetzlich) zu deckeln.
- Afrikanische Staaten – insbesondere im Maghreb – sind als eigenständige Akteure mit eigenen Interessen ernst zu nehmen und ggf. zu kritisieren, sie setzen keineswegs nur europäische Vorgaben um.



- Zivilgesellschaftliche Akteure sollten klären, ob und wie die Kritik restriktiver Migrationspolitik mit der öffentlich artikulierten Forderung nach Implementierung von Fachkräfteabkommen – oder allgemeiner: von staatlich geförderter Arbeitsmigration – zu verbinden ist.

#### **d) Workshop 3: Ökonomische Entwicklungsperspektiven: Wie erneuerbare Energien, Infrastrukturausbau und Industrialisierung zusammenhängen**

- Fossile oder uranhaltige Energieträger stellen weder kurz- noch langfristig eine nachhaltige Lösung dar. Die Zukunft der Energieproduktion liegt vielmehr bei erneuerbaren Energien – verfügbar gemacht über (1) allgemeine (nationale und/oder grenzüberschreitende) Netze, (2) unabhängige lokale Netze (Mini-Grids) oder (3) private Anlagen auf Basis erneuerbarer Energien (v.a. Photovoltaik). Entsprechend sollte der Ausbau erneuerbarer Energien auf allen Ebenen unterstützt werden – auch unter Berücksichtigung davon, dass Solaranlagen mittlerweile zwar gewinnbringend verkauft werden können, aber für viele Haushalte und/oder Betriebe im Sahel immer noch unerschwinglich sind (etwa für kleinbäuerliche Haushalte, die für Aufforstungsmaßnahmen auf solarbetriebene Pumpen angewiesen sind, wie im Workshop zu Agrarökologie berichtet wurde).
- Bei den erneuerbaren Energien ist auf die gesamte Bandbreite zurückzugreifen: Wasser, Wind und vor allem Sonne, aber auch Biogasanlagen, Geothermie oder (langfristig) Wasserstoffproduktion. Zudem ist zu beachten, dass Biomasse auch als Energieträger fungieren kann, etwa wenn Biomasse als natürlicher Dünger eingesetzt wird oder wenn Bambus als Bau- oder Brennstoff Verwendung findet.
- Gerade bei Solarenergie ist eine gute Qualität der technischen Anlagen einzuhalten. Außerdem muss flächendeckend Ausbildung für Installation und Wartung gewährleistet werden. Grundsätzlich sollte in diesem Zusammenhang Technologietransfer niedrigschwellig ermöglicht werden, vor allem um die industrielle Herstellung von Solartechnik in den Sahelländern zu etablieren.

- Für eine gewisse Übergangszeit sowie als kurzfristige Antwort auf die akute Energiekrise kann weiterhin auf fossile Energieträger zurückgegriffen werden, um die bestehenden Produktionsmöglichkeiten von Energie voll auszuschoöpfen. Dabei sollten allerdings Ölkraftwerke möglichst schnell auf weniger CO<sub>2</sub>-lastige Gaskraftwerke umgerüstet werden. Bei fossilen Brennstoffen ist zudem darauf zu achten, dass die Einnahmen regulär der Allgemeinheit zugutekommen. Zudem gilt, dass (neu erschlossene) fossile Energieträger in erster Linie in Afrika Verwendung finden, der Export in wohlhabende Industrieländer ist angesichts der krassen Energieknappheit strikt zu begrenzen.

- Ebenfalls als Reaktion auf die akute Energiekrise sollte Deutschland möglichst rasch (subventionierte) Photovoltaik-Anlagen (aus deutscher Produktion) an Privathaushalte und Unternehmen im Sahel verkaufen bzw. zur Verfügung stellen.

#### **e) Workshop 4: Die Debatte im Sahel um Multipolarität sowie neue politische und ökonomische Partnerschaften**

*Vorbemerkung: Die Empfehlungen im Multipolaritätsworkshop wurden in länderspezifischen Kleingruppen erarbeitet (unterschieden nach Werten, Interessen und Empfehlungen), wobei sich die Empfehlungen im engeren Sinne teils an die eigenen, teils an ausländische Regierungen richteten:*

- *Mali:* Als Werte, die (nicht nur) in zwischenstaatlichen Partnerschaften zum Tragen kommen sollten, wurden Demokratie, Menschenrechte und Souveränität benannt – wobei ergänzend darauf hingewiesen wurde, Souveränität vor allem positiv im Sinne der Menschenrechte zu definieren (Recht auf Entwicklung, Wasser, Wohnen, Gesundheitsversorgung etc.) und nicht nur negativ als Abgrenzung gegen Frankreich, wie das im malischen Diskurs immer wieder zu beobachten ist. Und diese Werte wiederum führten zu drei Empfehlungen: Erstens die Interessen der malischen Regierung und der malischen Bevölkerung ernst zu nehmen, zweitens den Frieden, die Sicherheit und die sozioökonomische Entwicklung zu stärken und drittens die Zivilgesellschaft zu unterstützen.

- *Burkina Faso*: Als Werte wurden Ehrlichkeit bzw. Aufrichtigkeit in der Zusammenarbeit, Transparenz gegenüber der Bevölkerung und Einhaltung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit hervorgehoben, was seinerseits mit vier Empfehlungen einherging: Erstens die burkinische Souveränität anzuerkennen (vor allem, was burkinische Ideen und Vorschläge betrifft), zweitens den Austausch mit der Zivilgesellschaft zu unterstützen, drittens die Dezentralisierung zu fördern (unter ausdrücklicher Achtung der Bedürfnisse der jeweiligen Gemeinden) und viertens die ökonomische und soziale Entwicklung zu stärken.
- *Deutschland/ internationale Staatengemeinschaft*: Als Werte wurden die praktische Umsetzung von Solidarität sowie die Anerkennung der Pluralität von Werten und Interessen bestimmt, was zugleich mit zwei konkreten Empfehlungen korrespondierte: Einerseits auf regionaler Ebene zu handeln, also jenseits und unterhalb der bilateralen staatlichen Beziehungen, andererseits Räume in Deutschland bzw. westlichen Ländern zu schaffen, wo zivilgesellschaftliche Akteure aus den Sahelländern die Möglichkeit erhalten, direkt mit Vertreter:innen westlicher (Geber-)Regierungen zusammenzutreffen.
- *Tschad*: Ausgehend vom Status quo, wonach Deutschland die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit bereits seit 10 Jahren eingestellt hat (außer Nothilfe), wurden drei an die deutsche Regierung gerichtete Empfehlungen ausgesprochen – ohne vorherige Benennung spezifischer Werte: Erstens eine andere Politik als die französische Regierung zu verfolgen und dabei vor allem die Regierung des Tschads stärker unter Druck zu setzen, zweitens zivilgesellschaftliche Akteure im Tschad mit mehr Finanzmitteln auszustatten und drittens die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu intensivieren, zumal deutsche Unternehmen bislang kaum im Tschad präsent sind.
- *Jenseits der länderspezifischen Empfehlungen* ist aus dem Multipolaritätsworkshop auch die generelle Empfehlung hervorgegangen, zukünftig die innerafrikanische Zusammenarbeit gezielt zu forcieren (Stichwort: regionale Integration), auch um sich wechselseitig für die Kooperation bzw. Konkurrenz mit den tatsächlich großen Playern bzw. Polen im Weltgeschehen zu stärken. Dabei ist auch der von einem der Referenten erfolgte Hinweis zu berücksichtigen, wonach beim multipolaren Handeln die Normen des Völkerrechts stets eine zentrale Rolle zu spielen haben, wie stellvertretend der Präambel des «Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge» entnommen werden kann.<sup>21</sup>

#### **f) Workshop 5: Kleinbäuerliche Landwirtschaft in der Klimakrise / Stärkung von Agrarökologie und (industrieller) Weiterverarbeitung**

- Prinzipiell ist eine nationale, gesetzlich flankierte Strategie zugunsten eines agrarökologisch ausgerichteten Strukturwandels des landwirtschaftlichen und pastoralistischen Sektors in die Wege zu leiten, welche von internationalen (Entwicklungs-)Akteuren programmatisch und finanziell unterstützt wird.
- Dies umfasst auch Maßnahmen zur gemeinsamen Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen wie Land, Wasser oder Holz – inklusive Wiederaufforstungsmaßnahmen (Stichwort: Landschaftssanierung).
- In diesem Zusammenhang ist zudem eine Überarbeitung jener Saatgutgesetze erforderlich, die der freien Verwendung bäuerlichen Saatguts entgegenstehen.
- Die Entwicklung einer nationalen Strategie erfordert des Weiteren breit angelegte Aufklärungs-, Informations- und Ausbildungskampagnen, bei denen nicht zuletzt Frauen und junge Menschen im Zentrum stehen sollten.

21 Vgl. deutschsprachige Fassung:  
[https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/1990/1112\\_1112\\_1112/de](https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/1990/1112_1112_1112/de)

- Bäuerliche und zivilgesellschaftliche Interessenverbände, die sich für Agrarökologie und bäuerliche Rechte einsetzen, sind ebenfalls zu stärken. Hierzu gehört auch die Förderung des Erfahrungsaustauschs unter Bauern und Bäuerinnen, um eine standortgerechte Diversifizierung der jeweiligen agrarökologischen Praktiken zu befördern.
- Zudem ist der Aufbau von Wertschöpfungsketten in die Wege zu leiten, sodass eine zertifizierte Weiterverarbeitung agrarökologisch hergestellter Rohstoffe gewährleistet ist – dies auch mit Blick auf den Aufbau eines eng mit Viehzucht verzahnten Molkereiwesens.
- Bäuerliche Betriebe – einschließlich kleiner familiärer Haushalte – sind infrastrukturell und finanziell zu stärken: durch Bereitstellung von Brunnen, Energie (vor allem mittels Photovoltaik), Krediten, Futtermitteln etc.
- Um die Kreditaufnahme zu erleichtern, sind bäuerliche Haushalte bei der Gründung von Genossenschaften und Berufsverbänden zu unterstützen.
- Vertriebene, die in ihre Dörfer zurückkehren, sind dahingehend zu fördern, ihren Neustart mit der Anwendung agrarökologischer Produktionsweisen zu verbinden.
- Bäuerliche Akteure, die für agrarökologische Maßnahmen streiten und in diesem Zusammenhang Schwierigkeiten mit der Justiz bekommen, sind politisch, finanziell und juristisch zu unterstützen – gerade in politischen aufgeladenen Zeiten, wie das derzeit der Fall ist.
- Schulisches Wissen, berufliche Ausbildung, Medienkompetenz und politische bzw. staatsbürgerliche Fähigkeiten sind ausdrücklich zu fördern – jeweils als Voraussetzung, um kompetent und konstruktiv im beruflichen, medialen und politischen Raum agieren zu können. Um dies zu erreichen, darf Bildung nicht an Schulen, Betriebe etc. delegiert werden. Vielmehr müssen sich alle gleichermaßen einbringen, auch die Eltern und Familien der Schüler:innen.
- Da die Sahelgesellschaften überwiegend agrarisch geprägt sind, gilt es, die Arbeit im landwirtschaftlichen Bereich aufzuwerten. Hierzu gehört auch die Modernisierung der Landwirtschaft, wobei eigens zu klären wäre, ob das in diesem Workshop formulierte Modernisierungsparadigma tatsächlich mit den Empfehlungen der Workshops zu Agrarökologie und Pastoralismus zusammenpasst (→ vgl. 3.1 und 3.5) oder ob sich zwischen den Empfehlungen der einzelnen Workshops Inkohärenzen aufgetan haben.
- Die Rechte von Mädchen und (jungen) Frauen sind umfassend zu stärken, dafür müssen all jene sozialen und kulturellen Mechanismen in den Blick genommen werden, die Ungleichbehandlung überhaupt erst hervorbringen.
- Grundsätzlich ist anzuerkennen, wie unter anderem die Geschlechterfrage zeigt, dass Betroffene für sich selbst sprechen sollten. Dementsprechend gilt auch, dass in der Entwicklungszusammenarbeit südliche Akteure die Möglichkeit erhalten müssen, ihre Programmatiken und Vorgehensweisen selbstbestimmt zu formulieren, ohne Einflussnahme sogenannter Geber aus dem Norden. Geber haben also auch zu respektieren, wenn sich NGOs im Sahel zugunsten der Transitionsregierungen positionieren. Denn maßgebliches Förderkriterium sollte einzig die jeweilige Effizienz und Sinnhaftigkeit einer konkret definierten zivilgesellschaftlichen Arbeit sein, nicht die politische Ausrichtung einer Organisation (→ vgl. hierzu auch 3.7).

### **g) Workshop 6: Jugend im Aufbruch – Politische Teilhabe und ökonomische Perspektiven**

*Vorbemerkung: Viele der in dem Jugend-Workshop formulierten Empfehlungen überschneiden sich mit jenen der beiden vorherigen Fokus Sahel-Konferenzen 2019 und 2022 – insbesondere was die Schaffung ökonomischer Zukunftsperspektiven sowie das Recht früherer und größerer Verantwortungsübernahme von jungen Menschen anbelangt. Und dennoch hat es auch 2024 etliche sehr spezifische Forderungen gegeben, auch solche, die unterstreichen, dass die sogenannte Jugendfrage im Kern ein gesamtgesellschaftliches Anliegen darstellt:*

- Im Sinne des zuletzt Gesagten wurde außerdem die während der Eröffnungsvorträge mehrfach erwähnte Idee einer Kartographie der Zivilgesellschaft zurückgewiesen. Wichtig ist vielmehr, so das überwiegend geteilte Credo, dass die jeweilige Arbeit jungen Menschen zugutekommt. Dabei ist primär die langfristige Entwicklung und Stabilisierung einer Organisation zu fördern, nicht zeitlich befristete Projekte.

#### **h) Workshop 7: Entwicklungszusammenarbeit im Kontext von Dekolonisierung und Multipolarität**

*Vorbemerkung: Insgesamt bestand unter den Teilnehmer:innen des Workshops zu «Entwicklungszusammenarbeit im Kontext von Dekolonisierung und Multipolarität» großes Einvernehmen, in erster Linie, was die Notwendigkeit eines grundlegenden Kurswechsels betrifft. Die diesbezüglich wichtigsten Aussagen und somit auch Empfehlungen lauteten:*

- Trotz punktueller Erfolge muss die Entwicklungspolitik der vergangenen 60 Jahre im Sahel als weitgehend gescheitert betrachtet werden. In diesem Sinne bedarf es eines Neuanfangs in allen Bereichen, vor allem müssen die bisherigen Beziehungen umfassend dekolonisiert werden.
- Wichtige Prinzipien für einen Neuanfang sind: wechselseitiger Respekt, Fokus auf beidseitigen Vorteil («gagnant-gagnant»), Wahlfreiheit in der (entwicklungspolitischen) Partnerwahl und Lokalisierung. Lokalisierung bedeutet in diesem Kontext, dass die Verantwortung für Planung und Durchführung jeglicher Maßnahmen auf Seiten der Sahelländer zu liegen hat. Dabei ist darauf zu achten, dass sich die Maßnahmen in sektorspezifische Zielsetzungen einfügen, welche ihrerseits das Ergebnis politischer Entscheidungen in den Sahelländern sein müssen.
- Dort, wo es derzeit nicht möglich ist, historisch entstandene Asymmetrien zu überwinden (etwa im wirtschaftlichen Bereich), ist zumindest auf eine Dekolonisierung der konkreten Beziehungen zu achten, insbesondere im zivilgesellschaftlichen Bereich. Zudem sind zivilgesellschaftliche Akteure zu ermutigen, offen ihre Meinung oder Kritik zu äußern, bei Dissens sind ggf. auch Kooperationen abzublasen.

- Sämtliche Maßnahmen sind transparent umzusetzen – sowohl bei staatlichen Kooperationen als auch im zivilgesellschaftlichen Bereich. Vor allem ist sicherzustellen, dass Zielgruppen in den Dörfern bzw. auf dem Land gut darüber unterrichtet sind, für welche Zwecke Gelder zur Verfügung gestellt werden.
- Entwicklungspolitische Maßnahmen dürfen sich nicht in Wohlfahrt bzw. Charity erschöpfen. Sie müssen vielmehr auf eine Stärkung des Produktionssektors zielen, um ein endogenes wirtschaftliches Wachstum in den Sahelländern zu begünstigen und so entwicklungspolitische Kooperationen langfristig überflüssig zu machen. Hierzu gehört auch die Ausbildung hoch qualifizierter Führungskräfte.

#### **i) Abschließende Vorschläge bzw. Empfehlungen von drei der vier Präsenzräume im Sahel:**

##### **A) VORSCHLÄGE AUS BAMAKO – GERICHTET AN FOKUS SAHEL (FREIE ÜBERSETZUNG):**

- Fokus Sahel wird gebeten, einen Kontakt- und Austauschmechanismus zu schaffen, der es auch solchen zivilgesellschaftlichen Organisationen erlaubt, mit Fokus Sahel in Kontakt zu treten, die (derzeit) keine Partnerschaft mit Fokus Sahel-Mitgliedern haben.
- Fokus Sahel wird aufgefordert, die Empfehlungen der Konferenz an die politisch Verantwortlichen in Deutschland weiterzuleiten und den Teilnehmer:innen im Sahel Bericht zu erstatten, ob und wie diese Empfehlungen aufgenommen wurden.
- Fokus Sahel wird ersucht, zivilgesellschaftliche Organisationen im Sahel finanziell zu unterstützen.

##### **B) VORSCHLÄGE AUS OUAGADOUGOU – GERICHTET AN DIE DEUTSCHE BUNDESREGIERUNG UND ZIVILGESELLSCHAFT (FREIE ÜBERSETZUNG):**

- Unterstützung des staatlichen Dezentralisierungsprozesses mit geeigneten Maßnahmen.

- Unterstützung zivilgesellschaftlicher und staatlicher Akteure bei der Stärkung von Menschenrechten.
- Begleitung der Übergangsregierung bei der Schaffung demokratischer Strukturen, die besser an die gesellschaftlichen Verhältnisse in Burkina Faso angepasst sind.
- Unterstützung der sozioökonomischen Entwicklung der Bevölkerung – ungeachtet der Haltung Deutschlands gegenüber der Übergangsregierung.
- Stärkung von Transparenz und Respekt in der Zusammenarbeit.
- Erklärung der Bereitschaft der deutschen Bundesregierung sowie Zivilgesellschaft, als Sprachrohr der Sahel-Staaten gegenüber der Europäischen Union zu fungieren, um stigmatisierende Vorurteile gegenüber den Sahel-Staaten abzubauen.
- Stärkung partizipativer Teilhabemöglichkeiten in der Zusammenarbeit.
- Unterstützung der beruflichen Ausbildung von Jugendlichen und Frauen.
- Unterstützung von Bildungsmaßnahmen zur Förderung von Bürgersinn, staatsbürgerlichem Bewusstsein und Friedenskompetenzen.
- Unterstützung staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure bei der Bewältigung der humanitären Krise im Sahel.
- Erklärung der Bereitschaft des deutschen Staates, die eigene Politik zu dekolonisieren.
- Den tschadischen Staat aufzufordern, seine geplanten Finanzierungen von Maßnahmen zugunsten der Bevölkerung umzusetzen.
- Geeignete Mittel anzuwenden, um die Rezeption der Empfehlungen der Fokus Sahel-Konferenz durch staatliche Akteure in Deutschland im Auge zu behalten [adressiert an Fokus Sahel].
- Eine ähnlich ausgerichtete Konferenz im Sahel durchzuführen [adressiert an Fokus Sahel].
- Ein Partnerschaftsmodell zu etablieren, das die Ideen und Projekte der zivilgesellschaftlichen Organisationen im Sahel respektiert

### **C) VORSCHLÄGE AUS N'DJAMENA – GERICHTET AN DIE DEUTSCHE BUNDESREGIERUNG UND FOKUS SAHEL (FREIE ÜBERSETZUNG):**

- Den tschadischen Staat aufzufordern, den Entwurf des neuen Boden- und Weidengesetzes zu verabschieden.
- Den tschadischen Staat aufzufordern, die Durchzugswege für Viehhirten vollumfänglich wiederherzustellen.
- Den tschadischen Staat aufzufordern, bestehende Gesetze strikt anzuwenden, um den Betroffenen von Landkonflikten Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

The background features a solid blue field. In the top-left corner, there is a large orange triangle pointing towards the center. Overlapping this and extending towards the bottom-left is a large, semi-transparent light blue circle. The number '6' is prominently displayed in white within the circle.

# 6

## **Kontroversen während und nach der Konferenz**

Lässt man die Vorträge, Debatten und Empfehlungen Revue passieren, fällt nicht nur die thematische Bandbreite der Konferenz auf, sondern auch ein breites Meinungsspektrum. Gleichzeitig zeigte sich jedoch, dass es insbesondere zwei Themen gab, die äußerst umstritten waren: einerseits die Frage politischer Freiheiten, andererseits die von mehreren Teilnehmer:innen vertretene These, wonach pastoralistische Gemeinschaften – insbesondere die der Peulh – gezielt verfolgt würden, weshalb auch von «ciblage ethnique» (ethnischer Diskriminierung) die Rede war, teils sogar von «genozidären Tendenzen» oder «Genozid». Während jedoch der Disput um politische Freiheiten relativ offen ausgefochten wurde, wurde die Problematik ethnischer Diskriminierung lediglich einmal in großer Runde diskutiert (anlässlich der Auftaktvorträge), ansonsten aber nur im Pastoralismus-Workshop sowie in privaten Gesprächen. In diesem Sinne seien im Folgenden die Einschätzungen mehrerer Teilnehmer:innen zitiert, die einer schriftlichen Umfrage nach der Konferenz entnommen wurden und die in gewisser Weise Antworten auf das Postulat einer «ciblage ethnique» darstellen (→ vgl. zu diesem Postulat die Kapitel 2.1, 2.2 d) und 3.1). Keine der zitierten Stimmen stellt infrage, dass sich pastoralistische Gemeinschaften unter den gegebenen Bedingungen in einer äußerst schwierigen, ja gefährlichen Lage befinden, aber die Kontextualisierungen und Deutungen sind überwiegend andere als die einer ethnischen Diskriminierung bzw. Verfolgung. Damit soll weder Partei ergriffen noch eine ohnehin bestehende Konfliktlage vertieft werden. Vielmehr soll jener Debatte Raum gegeben werden, die sich im Rahmen der Konferenz als die wohl explosivste Thematik erwiesen hat – mit der ausdrücklichen Bitte, die entsprechenden Fragestellungen umsichtig und empathisch zu thematisieren. Und empathisch heißt in diesem Fall (wie es ein Online-Teilnehmer aus Niger in einem nachbereitenden Gespräch mit dem Autor dieser Dokumentation ausdrückte), absolut ernst zu nehmen, dass den Einschätzungen der von Gewalt und Diskriminierung betroffenen Gemeinschaften ein besonderes Gewicht zuzukommen habe, schlicht deshalb, weil sie aus guten Gründen nicht willens und nicht in der Lage seien, über das ihnen Widerfahrene zu schweigen oder es vorschnell hinter sich zu lassen:

*Teilnehmer aus Mali:* «In Burkina Faso gibt es seit der Machtübernahme des Kapitäns [Ibrahim Traoré] eindeutig eine «ethnische Diskriminierung», die Zahlen sind erheblich. Verfolgung aufgrund des äußeren Erscheinungsbildes [Kleidung und Aussehen] sowie ständige Tötungen, von denen die Peulh in Burkina Faso betroffen sind, müssen angeprangert werden. Im Fall von Mali kommt es aufgrund der Tatsache, dass [der Prediger] Hamadoun Kouffa Peulh ist und die [Terrororganisation] Katiba Macina leitet und dass die Mitglieder seiner Katiba Macina, in der alle ethnischen

Gruppen des Zentrums als Mitglieder vertreten sind, sich in Fulfulde [Sprache der Peulh] verständigen, zu einer Stigmatisierung der Peulh-Gemeinschaft. Es kam zu Übergriffen in der Region Mopti (Massaker von Ogossagou, das von traditionellen Jägern begangen wurde, die Fälle von Moura und Boulkessi, die auf das Konto bestimmter Militärs gehen, usw.) sowie im Nordosten von Ségou. Trotz dieser Tragödien, die entschieden angeprangert werden müssen, bin ich nicht der Meinung, dass man bezüglich Mali von Völkermord sprechen sollte.»

*Teilnehmer aus Niger:* «Die ethnische Zugehörigkeit ist für Außenstehende und sogar für Einheimische heutzutage eine sehr komplexe Angelegenheit, aber die Sehnsucht nach der „Ethnisierung“ umtreibt mehr als nur eine Person. In Niger erinnere ich mich, dass Bazoum in seinem ersten Jahr, als das Thema aufkam, umsichtig darüber gesprochen hat. Er meinte, dass bei den Terroristen alle [Ethnien] vertreten seien, Djermma, Hausa, Peulh und alle anderen. Aber nach seinem zweiten Jahr gab er nach und fing an, ebenfalls über Ethnien zu reden. Also für mich muss man immer aufpassen, wenn man zu viel Gewicht auf ein Problem [...] legt, auch wenn es nicht das Wichtigste ist, wird es das irgendwann werden und man vergisst die wirklichen, handfesten und grundlegenden Ursachen. Im Falle des Terrorismus sind die Hauptursachen die soziale Ausgrenzung und Marginalisierung, der mangelnde Schutz bestimmter Bevölkerungsgruppen, insbesondere auf dem Land.»

*Teilnehmerin aus Burkina Faso:* «Die Behauptung, es gebe «ethnische Säuberungen», ist nicht zutreffend. Es stimmt, dass in einigen Gebieten wie meinem eigenen Dorf die Peulh nicht geduldet werden, denn mein Dorf wurde dreimal von Peulh angegriffen und die ersten beiden Angriffe wurden von Peulh-Frauen durchgeführt, andere hatten sogar Babys auf dem Rücken. Die Bevölkerung beschuldigt die Peulh, die Terroristen zu sein, und deshalb würde ich eher sagen, dass es sich um einen Konflikt zwischen den verschiedenen Ethnien handelt. Aber es handelt sich nicht um eine ethnische Säuberung. Es sind die anderen Ethnien, die die Peulh nicht mehr sehen wollen und sie angreifen. Ansonsten hat die Regierung die Verteidigungs- und Sicherheitskräfte entsandt, um bestimmte Gebiete zu sichern, in denen viele Peulh leben, und die Bevölkerung wird regelmäßig mit Lebensmitteln und pharmazeutischen Produkten versorgt. Mein eigener Schwager, der beim Militär war, wurde bei einem Terroranschlag getötet, als er ein Peulh-Dorf sichern sollte.»

*Teilnehmer aus Burkina Faso:* «Es gibt keine «ethnische Säuberung», keinen «Völkermord» an der Peulh-Bevölkerung in Burkina, wie es manche glauben machen wollen. Es gibt keine Planung, keine Politik und keinen

Willen, eine ethnische Gruppe aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit auszurotten. Hier einige Beispiele: a) Wer schießt Raketen auf die Stadt Djibo, die zu 98 % von Peulh bewohnt wird, und wer sorgt für ihre Verteidigung und Sicherheit? Es sind Terroristen, die Djibo umzingelt haben – darunter [Angehörige der] Peulh, Mossi, Bobo etc. [...] – und Angriffe auf die Peulh-Bevölkerung durchführen. Dasselbe gilt für Dori, Sebba und Gorom, für die gesamte Sahel-Region. Diejenigen, die die friedlichen Menschen in diesen überwiegend von Peulh bewohnten Gebieten angreifen, sind die Terroristen. b) Alle großen Peulh-Chefs (Emir von Dori, Emir von Djibo, ...) und die großen Marabouts und muslimischen Gelehrten haben sich nach Ouagadougou zurückgezogen, weil sie von Terroristen bedroht werden, und sie halten Vorträge, um die Regierung zwar zur Unterscheidung [zwischen Peulh und Terroristen] aufzurufen, aber auch, um ihre Brüder aufzufordern, die Waffen niederzulegen, und ihre Jugend, sich nicht von den terroristischen Gruppen rekrutieren zu lassen. c) In unseren Organisationen und im öffentlichen Dienst gibt es Peulh, die hohe Ämter bekleiden und in keiner Weise zur Zielscheibe werden. Man muss nur in die großen Städte gehen und auf den Straßen nach Vertriebenen Ausschau halten, die an den Ampeln betteln, und man muss die Bemühungen der Regierung anerkennen, ein Programm einzuführen, um diese Frauen und Kinder von der Straße zu holen und sie für den Beruf auszubilden. Es kommt sicherlich zu Fehlern [im Anti-Terrorkampf], denn wie schon von anderen gesagt wurde, gibt es keine sauberen Kriege. Es gibt Kollaterale Opfer: Es ist bekannt, dass die Landbevölkerung Straftaten von Terroristen häufig nicht zur Anzeige bringen. Grund ist, dass manche Bevölkerungsgruppen von Terrorgruppen erpresst werden, um dort ihre Einheiten oder ihre Ausrüstung unterzubringen oder sich mit Lebensmitteln und anderen Gütern zu versorgen. Und wenn dann die SDF [Sicherheitskräfte von Burkina Faso] mental nicht gut vorbereitet sind, können sie der Versuchung erliegen, dies als Komplizenschaft zu werten. Und so passiert es manchmal, dass sich die SDF, wenn sie Verluste erleiden und psychisch angeschlagen sind, für ihre gefallenen Brüder rächen wollen. [...] Es handelt sich aber nicht nur um Fulbe-Dörfer, sondern auch um Gourmantché-, Mossi-, Bobo- usw. Dörfer. Dies geschieht im ganzen Land.»

*Teilnehmerin aus Mali/USA:* «Diese Rede von «ethnischer Diskriminierung» ist im malischen Kontext sehr gefährlich und hat keine empirischen Grundlagen. Meiner Meinung nach handelt es sich um einen Diskurs, der von Europäern und westlichen Experten, einschließlich NGOs, importiert und dann von interessierten Parteien im Land verbreitet wurde, die verstanden haben, dass dieser Diskurs ihnen Zugang zu Ressourcen durch Geldmittel usw. verschaffen könnte. Das ist gefährlich, weil es einen ethnischen Konflikt formen kann, der

nicht existiert hat. Die oftmals verfeindeten Gruppen (Peulh gegen Dogon/Bambara) haben lange Zeit zusammengeliebt und in der Viehzucht, der Landwirtschaft und dem Pastoralismus zusammengearbeitet. Das war aufgrund der Konkurrenz um fehlende Ressourcen (im Zusammenhang mit der globalen Erwärmung) nicht immer friedlich, aber es handelte sich eher um lokale Meinungsverschiedenheiten, die nicht mit der Ethnie zusammenhängen. Es wird also sehr gefährlich, wenn die internationalen Partner anfangen, in diesen Diskurs einzusteigen oder bestimmte Gesprächspartner aufgrund ihrer ethnischen Minderheit zu bevorzugen. Man spürte, dass diese Debatte auf der Konferenz aufkam, vermittelt durch viele Emotionen. Es ist eine Tatsache, dass sich der Anti-Terrorkampf auf die Peulh-Bevölkerung konzentriert, deren junge Leute sich eher zu [Terrorgruppen] hingezogen fühlen, aber es ist nicht die Peulh-Bevölkerung im Allgemeinen, die ins Visier genommen wird, und die Frage ist vielmehr, warum diese arbeitslosen Menschen von den Milizen [Terrorgruppen] angezogen werden und wie man andere Möglichkeiten für sie schaffen kann. Darüber hinaus tragen die Anschuldigungen dazu bei, die Legitimität der europäischen Partner zu schwächen [...]. Mit anderen Worten: Es gibt einen Diskurs über ethnische Konflikte, der für europäische Partner sehr verführerisch ist und nicht sonderlich hinterfragt wird. Umso wichtiger ist, bei der Unterstützung dieser Art von Diskurs sehr vorsichtig zu sein und sich nicht auf die «Unterdrückung der Peulh» zu beschränken. Das soll nicht heißen, dass so etwas nie vorkommt, aber es ist ein riskantes Terrain, auf das man sich [nur sehr vorsichtig] begeben sollte, einfach weil es zu mehr davon führen könnte.»

*Teilnehmerin Burkina Faso:* «Es ist bedauerlich, dass die Peulh und andere Bevölkerungsgruppen zu Kollaterale Opfern im Kampf gegen den Terrorismus werden, aber man kann nicht behaupten, dass es in Burkina-Faso einen Völkermord an den Peulh gibt. Wenn dies der Fall wäre, würde der Staat Burkina Faso keine Soldaten zur Versorgung der nördlichen Region (die mehrheitlich von Peulh bewohnt wird) schicken und den Terrorismus in dieser Region nicht bekämpfen. Wenn man von Menschenrechtsverletzungen spricht, müsste man außerdem feststellen, wer die Menschenrechte verletzt: der Staat Burkina Faso oder die Terroristen?»





# 7

## **Zusatz- veranstaltungen**

### **Wie weiter mit den Fokus Sahel- Konferenzen?**

### **Referent:innen und Moderator:innen der Konferenz**

## 7.1 Zusatzveranstaltungen

Die Konferenz ging – wie schon 2019 und 2022 – mit mehreren Zusatzveranstaltungen einher. Erster Termin war eine nicht öffentliche Begegnung mit dem Bundestagsabgeordneten Karamba Diaby unmittelbar vor der Konferenz. Der sozialdemokratische Politiker ist Mitglied mehrerer Bundestagsausschüsse und des Vorstandes der *Parlamentariergruppe Westafrika*. Bei der in Kooperation mit der *Friedrich-Ebert-Stiftung* durchgeführten Veranstaltung berichtete Karamba Diaby von den Interessen und Zielsetzungen deutscher Sahelpolitik – und hierzu gehörten auch Zukunftsperspektiven wie die Option eines Fachkräfte-Einwanderungsabkommens mit den Sahelländern. Umgekehrt war die Begegnung für die Gäste aus dem Sahel eine erste – unisono geschätzte – Möglichkeit, ihre Einschätzungen und Interessen gegenüber einem prominenten Vertreter des politischen Berlins zu formulieren. Grit Lenz nutzte die Möglichkeit zudem, Karamba Diaby die Solidarität von Fokus Sahel angesichts der kurz zuvor neuerlich bekannt gewordenen rassistischen Übergriffe auf ihn und seine Mitarbeiter:innen zu übermitteln. Am 13.06. – einen Tag nach der Konferenz – hat Fokus Sahel zusammen mit der *Deutschen Afrika Stiftung e.V.* zu einer Veranstaltung in der *Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft* unter dem Titel «Allen Widerständen zum Trotz – Wie wirtschaftliche Kooperation im Energiesektor im Sahel gelingen kann» eingeladen. Die gut besuchte Veranstaltung hat unmittelbar auf dem Workshop zu erneuerbaren Energien und Industrialisierung aufgebaut (→ vgl. 3.3) – und mit Marthe Zio (Burkina Faso) und Nouhoum Keita (Mali) waren auch zwei der Sahel-Teilnehmer:innen als Referent:innen präsent. Zudem waren Dr. Bernhard Braune vom BMZ (→ vgl. 4.3) sowie der Solarenergieunternehmer Dr. Wolf-Dietrich Fugger aus München (EWIA Green Investments GmbH) vertreten. Schließlich haben noch mehrere nicht öffentliche Begegnungen einzelner Sahel-Gäste mit Vertreter:innen von Ministerien stattgefunden, auch mit dem Sahelstab des Auswärtigen Amtes, letzteres, um über die wichtigsten Ergebnisse der Konferenz zu sprechen. ◀

## 7.2 Wie weiter mit den Fokus Sahel-Konferenzen?

Jenseits der Abschlussdiskussion wurde die Konferenz an verschiedenen Orten nachbereitet, auch im Rahmen einer schriftlichen Umfrage unter den Referent:innen aus dem Sahel. Naturgemäß kamen dabei verschiedenste Fragen zur Sprache, an dieser Stelle sollen lediglich jene Einschätzungen wiedergegeben werden, die den Zuschnitt einer etwaigen nächsten Fokus Sahel-Konferenz betreffen:

- Mehrere Sahel-Teilnehmer:innen formulierten den Wunsch (übrigens nicht zum ersten Mal), eine ähnliche Konferenz im Sahel selbst abzuhalten, ggf. auch in einem (relativ) neutralen Land wie Senegal. Zusätzlich oder alternativ wurde vorgeschlagen, eine Vorabkonferenz zu ermöglichen, an der ausschließlich Akteure aus den Sahelländern teilnehmen sollten.
- Des Weiteren äußerten verschiedene Sahel-Teilnehmer:innen den Wunsch, am Hybrid-Format festzuhalten – trotz der damit einhergehenden Verunsicherungen, weil ja bei Hybrid-Formaten nie in Gänze sichergestellt werden könne, dass ausschließlich wohlmeinende Personen zuhören würden. Dem stand das bereits in der Einleitung berichtete Interesse mehrerer Fokus Sahel-Mitglieder gegenüber, angesichts der aktuellen Menschenrechtslage geschütztere Veranstaltungsformate anzustreben, also zukünftig keine digitale Teilnahme mehr anzubieten.
- Eine dritte Bitte mehrerer Sahel-Teilnehmer:innen lautete, die Empfehlungen der Konferenz nicht nur gegenüber der europäischen Politik bekannt zu machen, sondern auch gegenüber politischen Verantwortlichen im Sahel, unter anderem, um Vertrauen aufzubauen. Dies wiederum stieß im Steuerkreis von Fokus Sahel auf Skepsis, insbesondere, weil Fokus Sahel kein entsprechendes Mandat habe. Unbeachtet dessen sei es natürlich sämtlichen Teilnehmer:innen aus dem Sahel freigestellt, entsprechend aktiv zu werden, aber gerne, so die explizit formulierte Bitte, unter Abwägung etwaiger Vor- bzw. Nachteile.
- Sowohl Mitglieder von Fokus Sahel als auch Sahel-Teilnehmer:innen forderten, bei zukünftigen Konferenzen mehr Vertreter:innen von Jugend-, Frauen-, Menschenrechts- und pastora-listischen Organisationen einzuladen. In diesem Kontext wurde vereinzelt auch die These ver-

treten, dass Menschenrechtsfragen bei der Konferenz nicht hinreichend zur Geltung gekommen wären – eine Einschätzung, die angesichts der streckenweise sehr kontrovers geführten Debatten umstritten blieb.

- Eine weitere kritische Anmerkung lautete, dass die thematische Dichte zu groß gewesen sei und so die Aufnahmekapazitäten vieler Teilnehmer:innen tendenziell überfordert hätte. Hier gelte es, in Zukunft thematisch stärker zu fokussieren und auf interaktivere Gesprächsformate (anstatt überwiegend Vorträge) zu setzen.
- Schließlich wurde auch mehrfach die Frage der Übersetzung thematisiert. Diese sei einerseits sehr kostspielig, andererseits sei es selbst für professionelle Übersetzer:innen bei dichten Vorträgen oder kontrovers geführten Debatten nicht immer möglich, so zu übersetzen, dass tatsächlich das Gros der zum Teil ja wenig bekannten Sahel-Informationen bzw. -Argumente angemessen «rübergebracht» werden könne (wie unter anderem eine der Übersetzer:innen in einer Pause anmerkte). Daher wurde die Überlegung angestellt, zukünftig nur noch bestimmte Teile solcher Fokus Sahel-Konferenzen simultan zu übersetzen, da ja die meisten Teilnehmer:innen ohnehin Französisch verstünden.



## 7.3 Referent:innen und Moderator:innen der Konferenz

### Referent:innen:

- **Asche, Helmut (Deutschland)** ist Diplom-Volkswirt und Diplom-Soziologe, er lehrte als Professor in Leipzig und Mainz. 2012 bis 2014 war er Gründungsdirektor des *Deutschen Evaluierungsinstituts der Entwicklungszusammenarbeit (DEval)* in Bonn. Davor war er für die heutige *Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)* rund 25 Jahre als Regierungsberater in Burkina Faso, Ruanda, Kenia und in der GIZ-Zentrale in Eschborn tätig.
- **Braune, Bernhard (Deutschland)** ist promovierter Jurist. Er leitet das Sahel-Referat im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Von 2008 bis 2011 war er Referent für wirtschaftliche Zusammenarbeit an der Deutschen Botschaft Dakar/Senegal. Danach lebte er drei Jahre (als mitausreisender Partner) in Tunesien.
- **Cissé, Augustin (Mali)** ist Jurist und Entwicklungssoziologe. Er arbeitet als Berater internationaler Organisationen, zudem ist er Gründungsmitglied und Generalsekretär der NGO *Organisation pour la réflexion, la formation et l'éducation à la démocratie et au développement* – kurz: ORFED [Organisation für Reflexion, Bildung und Erziehung zu Demokratie und Entwicklung]. Zu seinen Schwerpunkten gehören unter anderem Mehrparteiendemokratie und politische Partizipation.
- **Coulibaly, Ibrahima (Mali)** ist als Bauer in den Bereichen Gemüseanbau, Viehzucht, Obstbau und Getreideanbau tätig. Er ist unter anderem Vorsitzender des Réseau des *Organisations paysannes et des Producteurs Agricoles de l'Afrique de l'Ouest* – kurz ROPPA [Netzwerk der Bauernorganisationen und landwirtschaftlichen Erzeuger in Westafrika]. Zudem war er als Gründer und Vorsitzender der Coordination Nationale des Organisations Paysannes du Mali – kurz CNOP [Nationale Koordination der Bauernorganisationen Malis] 2006 einer der Initiatoren des wegweisenden Gesetzes zur Förderung der Landwirtschaft in Mali, das unter anderem Ernährungssouveränität als Ziel fest schreibt.

- **Dan Yayé, Moctar (Niger)** ist Kommunikationswissenschaftler und Menschenrechtsaktivist im Bereich Migration. Er gehört zu den Gründungsmitgliedern des *Alarme Phone Sahara* und ist dort für Öffentlichkeitsarbeit zuständig, häufig auch als Ansprechpartner für ausländische Journalist:innen, Wissenschaftler:innen und Vertreter:innen internationaler Institutionen. Er ist außerdem Mitglied des Netzwerks *Afrique-Europe-Interact* und setzt sich in lokalen und regionalen zivilgesellschaftlichen Netzwerken für gute Regierungsführung in Afrika und soziale Gerechtigkeit weltweit ein.
- **Diallo, Abdoulaye (Burkina Faso)** ist Historiker, Radioproduzent, Filmregisseur und Menschenrechtsaktivist. Seit 1998 arbeitet er als Koordinator des *Centre National de Presse Norbert Zongo*, dort ist er unter anderem für das *Programm zur Förderung des Friedens in der Sahelzone* verantwortlich. Er ist außerdem Gründungsmitglied und Berater der Bewegung *Le Balai Citoyen* [Bürgerbesen], die maßgeblich zum Sturz von Blaise Compaoré im Oktober 2014 beitrug.
- **Diallo, Daouda (Burkina Faso)** ist promovierter Gesundheitsexperte und Generalsekretär des *Collectif contre l'Impunité et la Stigmatisation des Communautés* – kurz: CISC [Kollektiv gegen Straflosigkeit und Stigmatisierung von Gemeinschaften] mit Sitz in Ouagadougou. Er ist unter anderem in den Bereichen Frühwarnung, Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen, Friedensbildung durch Dialog und Mediation und Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt tätig. 2022 war er Preisträger des renommierten Martin-Ennals-Preises.
- **Diallo, Ibrahim Manzo (Niger)** ist Journalist, Buchautor und Direktor der Mediengruppe *Aïr info*, die sich aus einer Zeitung mit dem Namen *Aïr info* und drei privaten Radiosendern in Agadez, Aderbissinat und Tchirozérine zusammensetzt. Er schreibt unter anderem zu Sicherheitsfragen, zum organisierten Verbrechen und zu Migration. Wegen seiner Recherchen wurde er mehrfach inhaftiert, zudem hat er für seine journalistische Arbeit mehrere Preise auf nationaler wie internationaler Ebene gewonnen.
- **Diarra, Ousmane (Mali)** ist Mitbegründer und Präsident der *Association Malienne des Expulsés* – kurz: AME (Vereinigung der Abgeschobenen Malis) – 1996 wurde er selbst von Angola nach Mali abgeschoben. Die AME unterstützt Abgeschobene sozial, juristisch und politisch und gehört zu den bekanntesten Stimmen Westafrikas für die Rechte von Migrant:innen, Geflüchteten und Abgeschobenen. Ousmane Diarra ist zudem einer der gewählten Vertreter:innen der Kleinhändler:innen auf dem Großen Markt in Bamako.
- **Dicko, Bréma Ely (Mali)** hat in Paris im Bereich Migration und interethnische Beziehungen promoviert und ist derzeit ordentlicher Professor für Soziologie an der *Université des Lettres et des Sciences Humaines de Bamako* kurz: ULSHB. Er war Sonderberater der beiden Premierminister der malischen Übergangsregierung für den Bereich «Binnenvertriebene/Geflüchtete, Migration, Sklaverei und die Rückkehr des Staates ins Zentrum Malis». Zudem war er Mitglied des Redaktionsteams für den Entwurf der neuen Verfassung von Mali.
- **Dionrang, Epiphanie Nodjikoua (Tschad)** ist Feministin, Slammerin und Vorsitzende der *Ligue Tchadienne des droits des femmes* [Tschadischen Liga für Frauenrechte]. Als «Gender-Champion» von Oxfam Tschad ist sie unter anderem Länderkoordinatorin eines Netzwerks junger Feministinnen in Zentralafrika, sie war zudem Kommunikationsbeauftragte des *Public Interest Law Center* (PILC) und Initiatorin des ersten friedlichen Marsches von Frauen im Tschad gegen geschlechtsspezifische Gewalt sowie Straflosigkeit männlicher Täter.
- **Dorlöchter-Sulser, Sabine (Deutschland)** ist Soziologin und arbeitet als Referentin für ländliche Entwicklung in der Abteilung Afrika/Mittlerer Osten des kirchlichen Hilfswerks *Misereor*. Zuvor arbeitete sie 10 Jahre lang vor allem in der deutschen bilateralen technischen Zusammenarbeit, als entsandte Fachkraft für die GTZ lebte und arbeitete sie in Mali und Burkina Faso. Zu ihren aktuellen Schwerpunkten gehören unter anderem Agroökologie, bäuerliche Innovation, bäuerliche Saatgutssysteme, Pastoralismus und Landgrabbing.

- **Gossoumian, Abderamane Ali (Tschad)** ist landesweiter Koordinator des Comité de Suivi de l'Appel à la Paix et à la Réconciliation – kurz: CSAPR [Komitee zur Umsetzung von Frieden und Versöhnung]. Er arbeitet regional, national und international mit Politiker:innen, Vertreter:innen der Zivilgesellschaft, Jugendführer:innen und Frauenaktivistinnen zusammen – im Rahmen unter anderem von Bildungsmaßnahmen, Dialoginitiativen, Mediation, Konfliktprävention und politischer Sensibilisierung.
- **Hamadou, Ibrahim (Niger)** hat Agrarökonomie und Projektmanagement studiert und verfügt über mehr als 20 Jahre Erfahrung in verschiedenen landwirtschaftlichen Projekten. Er ist Koordinator eines Oxfam-Programms zur Agrarökologie in mehreren Sahelländern, das das Ernährungssystem mithilfe agrarökologischer Ansätze autarker, sozial gerechter, integrativer und klimaresistenter machen soll: *Appui à la transition agroécologique par les OSC en Afrique de l'Ouest* – kurz: APAESC-AO [Unterstützung des agroökologischen Übergangs durch zivilgesellschaftliche Akteure in Westafrika]
- **von Holtz, Ottmar (Deutschland/Namibia)** ist für Bündnis90/Die Grünen Abgeordneter im Deutschen Bundestag. Er ist in Südwafrika (heute: Namibia) aufgewachsen und studierte Ökonomie, mit 27 Jahren ist er nach Deutschland gekommen.
- **Jalloh, Blamah** ist Agraringenieur im Bereich Viehzucht und hat einen Abschluss in Unternehmensstrategie und -management. Er begleitet und unterstützt seit über 15 Jahren Viehhirten-Organisationen, unter anderem als technischer Koordinator des *Réseau Billital Maroubé*, einem regionalen Netzwerk afrikanischer Viehzüchter- und Hirtenorganisationen, das in 9 afrikanischen Ländern vertreten ist und 80 Mitgliedsorganisationen vertritt, die ihrerseits 750.000 Einzelmitglieder haben.
- **Kamara, Moctar (Deutschland)** lebt seit 1996 in Berlin. Der studierte Philosoph und Aktivist der African/Black Community in Deutschland war von 2012 bis 2019 Vorsitzender des *Zentralrats der afrikanischen Gemeinde in Deutschland* und Initiator des jährlich in Berlin stattfindenden *Gedenkmarsches zur Erinnerung an die afrikanischen Opfer von Versklavung, Kolonialismus und rassistischer Gewalt*. Von Januar 2021 bis Februar 2024 arbeitet er als Friedensfachkraft von Eirene (Internationaler Christlicher Friedensdienst) in Mali.
- **Keita, Nouhoum (Mali)** ist Soziologe, Aktivist, Ausbilder und (Radio-)Journalist, der sich auf die Themen Ökonomie, Soziales, Kultur, Filmkritik, Politik, Bergbau und Umwelt spezialisiert hat. 1999 nahm er in Paris am Gründungstreffen von ATTAC teil, zudem war er lange in der Bewegung für einen vollständigen und bedingungslosen Schulderlass aktiv. Als Direktor der NGO *Action Solidarité pour les 21 villages de la commune Faléa* – kurz ASFA 21 [Solidarität für die 21 Dörfer der Kommune Faléa] setzt er sich für ökologische Entwicklung, lokale Demokratie und Menschenrechte ein.
- **Klatte, Maria (Deutschland)** leitet seit 2012 mit zwei Kolleg\*innen die Abteilung Afrika/Naher Osten beim kirchlichen Entwicklungshilfswerk *Misereor*. Zu ihren Aufgaben gehören unter anderem die Auswahl und Führung von Mitarbeitenden und die Gestaltung gemeinsamer Prozesse zu projektbezogenen und afrikapolitischen Strategien. Sie arbeitete zudem als Fachkraft in Madagaskar und in Kenia.
- **Klute, Georg** ist emeritierter Professor für Sozialanthropologie und Ethnologie Afrikas an der Universität Bayreuth. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehört die Gesellschaft der Tuareg, er spricht fließend kel-Tamaschek. Er ist zudem Gründungsmitglied und Vorstandsvorsitzender des gemeinnützigen Vereins *TAMAT e.V.*, mit dem er basisnahe Entwicklungszusammenarbeit im Siedlungsgebiet der Tuareg in Mali und Niger umsetzt.

- **Koné, Aichata (Mali)** hat in Bamako Journalismus und Kommunikation studiert. Als Menschenrechtsaktivistin engagiert sie sich für die Rechte von Frauen und Mädchen, zudem ist sie bei der *Union des Associations et Coordinations d'associations pour le Développement et la Défense des Droits des Démuni.es* – kurz: UACDDDD [Union der Vereine und Koordinationen von Vereinen zur Entwicklung und Verteidigung der Rechte der Benachteiligten] für bäuerliche Gemeinschaften aktiv, die Opfer von Bodenspekulation geworden sind und gesellschaftlich ausgegrenzt werden.
- **Lambert, Laura (Deutschland)** ist Anthropologin mit einem Schwerpunkt auf Migration, Asyl und Staatsbürger\*innenschaft in Westafrika (Niger, Sierra Leone). An der Leuphana Universität Lüneburg forscht sie derzeit zur Einführung der digitalen ID in Sierra Leone, zuvor hat sie ethnografisch das Asylsystem in Niger untersucht. Als Ko-Koordinatorin der Westafrika-Arbeitsgruppe von migration-control.info hat sie Beiträge zur Externalisierung europäischer Migrationspolitik verfasst.
- **Maiga, Ousmane (Mali)** ist Jurist und Geschäftsführer der Kanzlei *Skills And Development* und Mitarbeiter des globalen Teams des *Right To Grow-Programms* (Mehrländerprogramms), das sich mit der Einflussnahme von Bürger:innen auf die Politik in den Bereichen gesunde Ernährung und Wasser/Hygiene und Sanitär beschäftigt. Zudem ist er Gründungsmitglied der *Association des Jeunes pour la citoyenneté active et la démocratie* – kurz: AJCAD [Jugendverband für aktive Bürgerschaft und Demokratie].
- **Maïga, Marcel (Deutschland/Mali)** studierte Germanistik in Bamako sowie Literatur- und Sprachwissenschaft (Französisch/Russisch) in Berlin. Er ist seit 1995 als Programmkurator für diverse Filmfestivals mit Schwerpunkt Osteuropa tätig. Zwischen 1997 und 2013 war er an der Durchführung der malischen Präsidentschaftswahlen im Konsularbereich der Botschaft Malis in Deutschland beteiligt. Seit 2010 ist er im *Partnerschaftsverein Chemnitz-Timbuktu* engagiert, er ist zudem im Rat der Auslandsmalier in Deutschland und im Steuerkreis von Fokus Sahel aktiv.
- **Noubatan, Hoinathy G. (Tschad)** ist seit März 2014 Koordinator des *Réseau de Suivi du Projet Pétrole dans le Moyen Chari* – kurz: RESAP/MC [Netzwerk zur Beobachtung der Ölförderung in der Provinz Moyen-Chari], davor hat er in einem Gemeinschaftsradio der katholischen Diözese Sarh gearbeitet. Das RESAP/MC unterstützt die Bevölkerung beim Zugang zu Land und bei der Geltendmachung ihrer Rechte gegenüber Ölgesellschaften.
- **Ramdé, Francois-Paul (Burkina Faso)** ist Leiter der *Union Fraternelle des Croyants Dori* – kurz: UFC Dori [Geschwisterliche Vereinigung der Gläubigen]. UFC Dori ist eine zivilgesellschaftliche Organisation, die sich mit lokal verankerten Ansätzen für die zivile Konfliktbearbeitung von Pastoralismuskonflikten, Familienkonflikten und interethnischen Auseinandersetzungen einsetzt.
- **Sanogo, Carole (Burkina Faso)** studiert angewandte Geologie und Bergbau und engagiert sich seit 2019 in den Friedensclubs des 2003 gegründeten *West Africa Network for Peacebuilding* (kurz: WANEP), das sich für Frieden, Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung einsetzt. 2020 gewann sie einen nationalen Titel im Reden und Debattieren.
- **Sanon, Alain Clovis (Burkina Faso)** ist Jurist bei FIAN Burkina Faso, dem *FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk*, wo er sich unter anderem für die Zulassung von bäuerlichem Saatgut einsetzt. Er ist Doktorand in internationalem öffentlichem Recht an der Universität Thomas Sankara und Gründungsmitglied mehrerer Organisationen, die sich für die Rechte benachteiligter Bevölkerungsgruppen einsetzen. Zudem ist er Mitglied des Zukunftsrats – Futurboard – von *Brot für die Welt*.
- **Sanou, Ouiry (Burkina Faso)** ist Jurist und Mitglied mehrerer Organisationen, unter anderem der Generalunion der Student:innen *Burkina Fasos und der Menschenrechtsorganisation Mouvement Burkinabè des Droits de l'Homme et des Peuples* – kurz: MBDHP [Bewegung für Menschen- und Völkerrechte]. Darüber hinaus ist er Mitglied der *Organisation Démocratique de la Jeunesse du Burkina Faso* – kurz: ODJ [Demokratische Jugendorganisation von Burkina Faso], wo er als Generalsekretär arbeitet.

- **Sedogo, Serge Alfred (Burkina Faso)** hat politische und ländliche Soziologie in Burkina Faso studiert. Er verfügt über mehr als 30 Jahre Erfahrung in der Arbeit mit NGOs in Entwicklungsprojekten und humanitären Interventionen. Als Berater hat er zahlreiche Studien und Seminare zur öffentlichen Politik und zur Entwicklungshilfe durchgeführt. Derzeit ist er Länderdirektor der NGO *Help – Hilfe zur Selbsthilfe e.V.* in Burkina Faso.
- **Sidibe-Gascon, Binta (Frankreich/Burkina Faso)** ist Menschenrechtsaktivistin und hat 2003 in Burkina Faso den Verein *Culture Tourisme Développement Agro-Pastoral* – kurz: CTDAP [Kultur, Tourismus, Agro-pastorale Entwicklung] zur Unterstützung pastoralistischer Gemeinschaften gegründet. Sie lebt seit 2004 in Frankreich und ist seit 2018 Mitglied der in mehreren Sahelländern ansässigen Menschenrechtsorganisation *Observatoire Kisal*, die auch Mitglied der *Coalition citoyenne pour le Sahel* ist [Bürgerkoalition für die Sahelzone].
- **Sounaye, Abdoulaye (Deutschland/Niger)** ist Leiter des Forschungsbereichs «Umstrittene Religion und intellektuelle Kultur» am Leibniz-Zentrum Moderner Orient, Berlin. Er arbeitet seit zwanzig Jahren in der Sahelzone und in Westafrika mit Schwerpunkt auf lokalen und urbanen Dynamiken. Seine Forschungen und Publikationen befassen sich unter anderem mit Medienpraktiken, Jugendaktivismus, islamischen Reformen, Salafismus-Dschihadismus und Religiosität an Universitäten in Westafrika.
- **Touré, Barry Aminata – genannt Madame Barry – (Mali)** hat unter anderem Finanzwesen studiert und gehört zu den Gründungsmitgliedern von *Jubilé 2000/Coalition des alternatives africaines dette et développement* – kurz: CAD-Mali [frei übersetzt: Koalition zur Streichung der Schulden und für Entwicklung]. Heute ist sie unter anderem Vizepräsidentin des Rats der malischen Zivilgesellschaft und Vorsitzende der NGO *Association Malienne pour la Sauvegarde du Bien être Familial* – kurz: AMASBIF [Malische Vereinigung für den Schutz des familiären Wohlergehens].
- **Thum, Ulrich (Deutschland)** leitet das Büro der *Friedrich-Ebert-Stiftung* in Südsudan. Davor war er unter anderem als Programmkoordinator für Friedensarbeit der *Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)* in Zimbabwe und als Friedensfachkraft der *Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe* – kurz: AGEH [heute: *Agiamondo e. V.*] in Südsudan und Nigeria tätig.
- **Zio, Marthe (Burkina Faso)** ist als Ingenieurin spezialisiert auf ökologische, an das Klima der Sahelzone angepasste Bauweisen (lokale Materialien, lokales Know-how etc.). Seit 2022 arbeitet sie für das *Centre d'Études Économiques et Sociales de l'Afrique de l'Ouest/ Association Internationale* – kurz: CESA0-AI [Westafrikanisches Zentrum für Wirtschafts- und Sozialstudien/Internationale Abteilung] im Bereich erneuerbare Energien. Sie ist zudem als Unternehmerin in der Modebranche sowie als Sängerin im *Grand Chœur Polyphonique de Ouagadougou* (GCPO) aktiv.

## Moderator:innen

---

- **Asche, Helmut (Deutschland)**: Siehe oben, unter Referent:innen
- **Bagopha, Raoul (Deutschland)** ist Germanist und Politikwissenschaftler und arbeitet beim kirchlichen Hilfswerk *Misereor*, wo er bis September 2024 als Regionalreferent für Mali, Burkina Faso und Niger zuständig und in dieser Funktion auch als Mitglied im Steuerkreis von Fokus Sahel war.
- **Bernau, Olaf (Deutschland)** ist Soziologe und vertritt das transnationale Netzwerk *Afrique-Europe-Interact* im Steuerkreis von Fokus Sahel. Er hält sich regelmäßig im Sahel auf, insbesondere in Mali. 2022 ist im C.H.Beck-Verlag sein Buch *Brennpunkt Westafrika. Die Fluchtursachen und was Europa tun sollte* erschienen.
- **Lenz, Grit (Deutschland)** ist seit 2016 Koordinatorin des zivilgesellschaftlichen Netzwerks Fokus Sahel. Als Ethnologin forschte sie zu ökonomischen und sozio-kulturellen Anpassungsstrategien einer seminomadischen Gruppe im Nordosten des Tschads. Von 2012 bis 2016 arbeitete sie als Fachkraft des *Zivilen Friedensdienstes* in Kamerun, Schwerpunkte ihrer Arbeit waren die Förderung gesellschaftlicher Teilhabe Jugendlicher sowie die gewaltfreie Transformation von Konflikten.
- **Herrberg, Antje (Deutschland)** ist derzeit Gastprofessorin am *College of Europe*, Fachbereich Internationale Beziehungen und Diplomatie. Sie war Stabschefin von *EUCAP Sahel Niger*, einer Mission zum Aufbau von Sicherheitskapazitäten mit Sitz in Niamey, nachdem sie als Sonderberaterin für Frieden und Stabilisierung an die EU-Delegation in der Demokratischen Republik Kongo abgeordnet war. Sie war zudem im UN-Bereitschaftsteam für Mediation und als Direktorin mehrerer internationaler NRO tätig.
- **Schöneegg, Günter (Deutschland)** hat katholische Theologie und Erwachsenenpädagogik studiert. Für den kirchlichen Friedensdienst *ELRENE* hat er unter anderem als Friedensfachkraft in Niger gearbeitet. Seit 2009 ist er selbstständiger Berater. Mit dem von ihm mitbegründeten Verein *Peace Resources e.V.* bietet er unter anderem Fortbildungen in verschiedenen afrikanischen Ländern zur gewaltfreien Konfliktbearbeitung an.
- **Thiollier, Romain (Deutschland/Frankreich)** hat Geschichte und Internationale Beziehungen studiert und ist seit 2009 in der Entwicklungszusammenarbeit tätig. Beim kirchlichen Hilfswerk *Brot für die Welt* arbeitet er als Referent für Mali und Niger, dabei begleitet er Partnerprojekte in den Bereichen Frieden, Ernährungssicherung, Migration und Jugendförderung. Er ist zudem Mitglied im Steuerkreis von Fokus Sahel.
- **Zeit, Corinna (Deutschland)** studierte in Frankfurt a.M. Soziale Arbeit sowie den postkolonialen Masterstudiengang *Moving Cultures* und arbeitet seit 2023 bei *medico international*. Sie hat dort den Arbeitsschwerpunkt Flucht & Migration bzw. Westafrika/Sahel. Vor ihrer Tätigkeit bei *medico* war sie u.a. als Sozialarbeiterin in der Geflüchtetenberatung tätig. Sie engagiert sich zudem seit Jahren in transnationalen aktivistischen Netzwerken für Bewegungsfreiheit.
- **Zieglmayer, Usha (Deutschland)** ist seit 2024 Referentin für Klimagerechtigkeit & Ernährungssouveränität bei *Oxfam Deutschland*. Zuvor war sie als Büroleitung der Heinrich-Böll-Stiftung in Dakar (Senegal) tätig, wo sie unter anderem Projekte zur agrarökologischen Transition begleitete. Sie promovierte zu Migration und Umweltwandel in Küstengebieten Ghanas und Indonesiens. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen in den Bereichen Klimakrise, Migration und feministische Projekte – sowohl in der konkreten Projektarbeit als auch bei darauf aufbauender Advocacyarbeit..



A large, bold, white number '8' is positioned on the left side of the page. The background is a solid blue color with decorative elements: two overlapping light blue curved shapes and a solid orange triangular shape in the bottom right corner.

# **Programm der Konferenz**

## 10. Juni

---

- **14:00 Uhr:** Begrüßung und Einführung in die Tagung: Grit Lenz, Koordinatorin von Fokus Sahel, Olaf Bernau, Moderator
- **14:30 Uhr:** Keynote: Brema Ely Dicko, Université des Lettres et des Sciences humaines de Bamako (ULSHB), Mali
- **15:15 Uhr:** Im Fokus: Vorträge zur aktuellen Situation in Mali, Niger, Burkina Faso und Tschad
  - Mali – Aminata Touré Barry, Association Malienne pour la Sauvegarde du Bien-être Familial (AMASBIF)
  - Niger – Manzo Diallo, Air Info/ Sahara FM, Agadez
- **16:30 Uhr:** Pause
- **17:00 Uhr:**
  - Burkina Faso – Serge Sedogo, Landesdirektor Burkina Faso, Help e.V.
  - Tschad – Abderamane Gossoumian, Comité de Suivi de l'Appel à la Paix et à la Réconciliation (CSAPR)
- **18:15 Uhr:** Ende des 1. Tages

## 11. Juni

---

- **9.30 Uhr:** Vorstellung des Kompass 2024 – Zur Wirklichkeit der deutschen Entwicklungspolitik (tdh, WHH) – Jonas Schubert, terre des hommes, Bettina Ide, Welthungerhilfe
- **10.00 Uhr:** Parallele Workshops am Vormittag:
  - (1) Pastorale Lebensformen – wirtschaftliche Potentiale vs. Exklusion und ethnische Diskriminierung**
    - Binta Sidibe-Gascon, Coalition Citoyen pour le Sahel, Frankreich/Burkina Faso
    - Jalloh Blamah, Réseau Billital Maroobé, Niger

- Daouda Diallo, Collectif contre l'impunité et la stigmatisation des communautés (CISC), Burkina Faso
- Georg Klute, Universität Bayreuth / Tamat e.V.

Moderation: Günter Schöneegg, Peace Resources

### **(2) Restriktive EU-Migrationspolitik vs. entwicklungspolitische Bedeutung von Migration und Diaspora**

- Ousmane Diarra, Association des Maliens Expulsés, Mali
- Moctar Dan Yayé, Alarmephone Sahara, Niger
- Laura Lambert, Leuphana Universität Lüneburg

Moderation: Corinna Zeitz, medico international

### **(3) Ökonomische Entwicklungsperspektiven: Wie erneuerbare Energien, Infrastrukturausbau und Industrialisierung zusammenhängen**

- Marthe Zio, Centre d'Études et d'Expérimentation Économiques et Sociales de l'Afrique de l'Ouest (CESAO), Burkina Faso
- Nouhoum Keita, ASFA21 FALEA, Mali
- Helmut Asche, VAD-Ausschuss Sahel

Moderation: Olaf Bernau, Afrique-Europe-Interact

### **(4) Die Debatte im Sahel um Multipolarität sowie neue politische und ökonomische Partnerschaften**

- Abdoulaye Diallo, Centre National de Presse 'Norbert Zongo', Burkina Faso
- Marcel Maïga, Partnerschaftsverein Chemnitz-Timbuktu, Deutschland/Mali
- Alain Clovis, FIAN Burkina Faso
- Ulrich Thum, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin

Moderation: Antje Herrberg, College of Europe

- **13:00 Uhr** Mittagspause

- **14:30 Uhr:** Parallele Workshops am Nachmittag:

#### **(5) Kleinbäuerliche Landwirtschaft in der Klimakrise / Stärkung von Agrarökologie und (industrieller) Weiterverarbeitung**

- Noubatan Hoinaty, Réseau de Suivi des Activités Liées au Pétrole (RESAP), Tschad
- Aichata Koné, Union des Assoc. et Coord. d'associations pour le Développement et la Défense des Droits des Démuni.es (UACDDDD), Mali
- Hamadou, Ibrahim (Niger), Appui à la transition agroécologique par les OSC en Afrique de l'Ouest - (APAESC-AO)
- Ibrahima Coulibaly, Coordination Nationale des Organisations Paysannes (CNOP), Mali
- Sabine Dorlöchter-Sulser, Misereor

Moderation : Usha Ziegelmayr, Oxfam Deutschland

#### **(6) Jugend im Aufbruch - Politische Teilhabe und ökonomische Perspektiven**

- Epiphanie Dionrang, Ligue Tchadienne des Droits de Femmes (LTDF), Tschad
- Carole Sanogo, Réseau des clubs de paix /WANEP, Burkina Faso
- Ousmane Maiga, Assoc. des Jeunes pour la Citoyenneté active et la Démocratie (AJCAD), Mali
- Abdoulaye Sounaye, Leibniz-Zentrum Moderner Orient, Berlin

Moderation: Romain Thiollier, Brot für die Welt

#### **(7) Entwicklungszusammenarbeit im Kontext von Dekolonisierung und Multipolarität**

- Augustin Cissé (online), ORFED, Mail
- Ouiry Sanou, (ODJ), Burkina Faso
- François Paul Ramdé, Union Fraternelle des Croyants Dori (UFC-Dori), Burkina Faso

- Moctar Kamara, ehem. ZFD-Fachkraft in Mali für EIRENE e.V., Berlin

- Maria Klätte (online), Misereor

Moderation : Helmut Asche, VAD-Ausschuss Sahel

### **12. Juni**

- **10.00 Uhr:** Einführung in den Tag
- **10.15 Uhr:** Vorstellung der Ergebnisse aus den Workshops vom Vortag
- **11.15 Uhr:** Pause
- **11.45 Uhr:** Länderspezifische Diskussion der Workshop-Ergebnisse, Erarbeitung von Empfehlungen
- **13.00 Uhr:** Mittagspause
- **14.00 Uhr:** Abschlussplenum
- **18.00 Uhr: Öffentliche Abendveranstaltung in Kooperation mit Brot für die Welt**, Raum Amalie Sieveking, Brot für die Welt, Caroline-Michaelis-Str.1, 10115 Berlin

#### **Sahel: Aufbruch im Umbruch – Wie kann Kooperation in unruhigen Zeiten gelingen?**

im Gespräch mit:

- Ottmar v. Holtz, Mitglied des Bundestags, Bündnis 90/Die Grünen
- Bernhard Braune, Leiter des Referats 202 Sahel/Westafrika I, BMZ
- Aichata Koné (Mali), Mitglied der NGO UACDDDD (Landrechte, Agrarökologie)
- Marcel Maïga, Mitglied im Steuerkreis von Fokus Sahel

Moderation: Raoul Bagopha, Misereor

